PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40 000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 18 909 05, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 958 37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 25. Mai 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

27. Mai 1976 Jg. 4 Nr. 21 50 Pfennig

BRD-Imperialismus: Berüchtigter Wucherer

Als der Leiter der Delegation der BRD Jaenecke bei der Welthandelskonferenz in Nairobi bei einer Pressekonferenz einmal mehr das Loblieb auf die Freie Marktwirtschaft sang, ging die Ablehnung unter den internationalen Pressevertretern so weit, „daß im Hintergrund sogar die Bemerkung ‚Faschist' fiel". Das berichtet das „Handelsblatt".

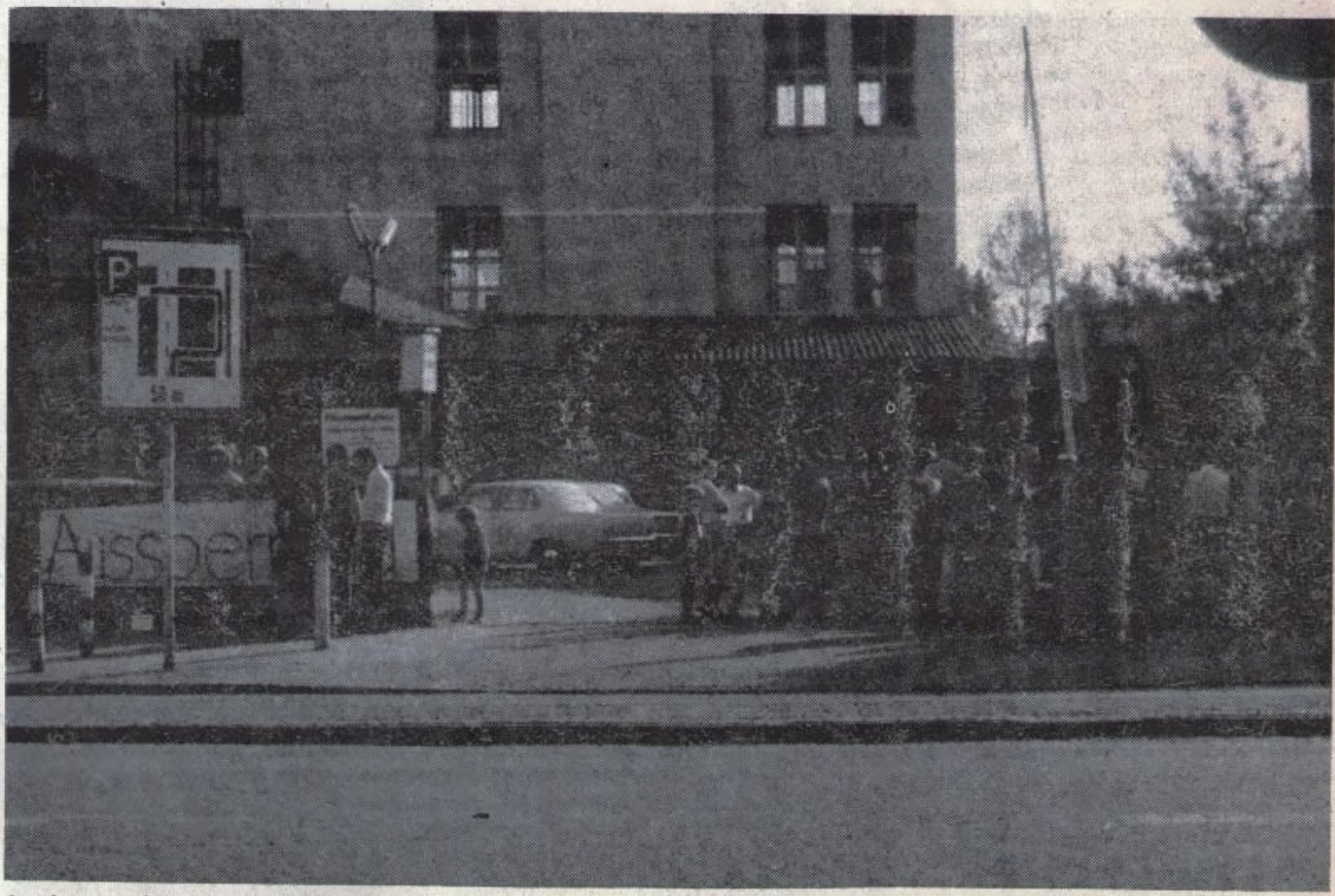
Worum geht es bei der Welthandelskonferenz? Jahr für Jahr haben die imperialistischen Staaten die Entwicklungsländer tiefer in die Schulden getrieben. Die Entwicklungsländer fordern Schuldenaufschub und Schuldenstreichung. Jahr für Jahr haben die imperialistischen Staaten die Preise für Industriewaren in die Höhe getrieben, während sie die Rohstoffe der Dritten Welt zu Spottpreisen plünderten. Dies ist die wichtigste Ursache der Verschuldung der Länder der Dritten Welt. Die Entwicklungsländer wollen einen Preisausgleich zwischen Industriewaren und Rohstoffen. Jahr für Jahr haben die Imperialisten die billigen Arbeitskräfte der Dritten Welt ausgebeutet. Die moderne Technik haben sie diesen Ländern vorenthalten. Die Entwicklungsländer wollen an der Entwicklung der Technik beteiligt sein.

In all diesen Fragen stellt sich der BRD-Imperialismus diametral gegen die Interessen und Forderungen der Dritten Welt. Als berüchtigter Wucherer will er unter keinen Umständen auf die Eintreibung der Schulden verzichten. 18 Milliarden DM hat er verliehen. Einmal haben sie ihm schon Profit gebracht, denn sie mußten von den Entwicklungsländern für westdeutsche Waren ausgegeben werden. Drei Milliarden hat der BRD-Imperialismus schon zurückbezahlt bekommen. Drei weitere Milliarden hat er laut Entwicklungsminister Bahr in Zinsen zurükerhalten. Das bedeutet einen Zins von fast 17 %. Das sei nicht schlecht, meinte Bahr. Nicht gerechnet sind dabei die zahlreichen Erpressungs- und Einmischungsmöglichkeiten, die der BRD-Imperialismus wie jeder Wucherer aus seinen Krediten zieht.

Gegenüber den Forderungen der Dritten Welt nach Schuldenstundung und Schuldenstreichung ist der BRD-Imperialismus laut Bahr dennoch guten Mutes. Die Bundsrepublik und die USA stünden hier nicht allein, „schon deshalb nicht, weil wir in diesem Punkt offenbar auch mit den Russen auf derselben Linie sitzen". Drei saubere Halsabschneider sitzen da auf derselben Linie.

Bezüglich der Rohstoffe sagte Bahr: Die BRD sei mit ihrer kompromißlosen Haltung zwar politisch gegenüber der Dritten Welt isoliert. Aber die Preise machten die Imperialisten. Auf ihre Industriewaren seien die Länder der Dritten Welt angewiesen. Sie träten als Käufer der Rohstoffe auf. Da könne man sich ein bißchen politische Isolierung schon leisten. Zur Beteiligung der Länder der Dritten Welt am technischen Fortschritt führte Wirtschaftsminister Friderichs auf der Welthandelskonferenz aus: „Sorgen Sie doch in den Empfängerländern für ein günstiges Investitionsklima, dann kommt auch die moderne Technik ins Land." Sie bleibt dann auch ein Mittel der imperialistischen Ausbeutung.

Doch diese dreiste Selbstherrlichkeit der imperialistischen Großmacht trügt. Friderichs bezeichnete die Lage in Nairobi als „mehr als kritisch". Immer weniger lassen sich die Völker der Dritten Welt solche Arroganz gefallen. Auf die Dauer wird es dem BRD-Imperialismus nichts nutzen, daß er sich im Kampf gegen die Dritte Welt in einer Front mit den beiden Supermächten weiß. Zusammen mit ihnen gerät er mehr und mehr unter Beschuß.



In einem erfolgreichen Streik konnten die Arbeiter und Angestellten bei den „Bremer Nachrichten" den Versuch des Kapitalisten zurückschlagen, die Tariferhöhung nicht auszuzahlen. Der Kapitalist mußte die Aussperrung zurücknehmen, die Lohnerhöhung auszahlen und den Lohn für zwei Streiktage erstatten. Vor dem Werkstor der „Bremer Nachrichten". Bericht auf Seite 4

CDU und SPD im Bundestagswahlkampf

Freie Bahn für die Bereicherung der Kapitalisten

Vom 24. bis 28. Mai führt die CDU in Hannover ihren Wahlparteitag durch. Zweck der Veranstaltung: Die Spitzenpolitiker üben ihre Wahlkampfauftritte. Die Delegierten beurteilen, ob es ihnen gelingen wird, das Volk zu betrügen.

Mehr als 84 Prozent der Bevölke-

Diesen Pfaffenpredigten, von Weizsäcker gerichtet an Gewerkschaften und SPD als Mahnung vor dem Klassenkampf, von Schmidt ergänzt um einige fromme Sprüche Richtung Bourgeoisie, es an der Wohltätigkeit nicht mangeln zu lassen, hat der ganze Bundestag begeistert zugestimmt.

Solidarisch sein soll also die arbei-

sein soll: „Der Wert der eigenen Arbeit wurde gesehen. Es wurde erkannt, daß es sich lohnt, sich anzustrengen, und es wurde auch ein Aufstieg als gerecht empfunden, wenn er ehrlich erarbeitet wurde. Dieses sind die Elemente einer ... sehr gesunden Freiheit, die als Aufgabe empfunden wird."

Die Arbeiterklasse in Westdeutsch-

sein.

In all diesen Fragen stellt sich der BRD-Imperialismus diametral gegen die Interessen und Forderungen der Dritten Welt. Als berüchtigter Wucherer will er unter keinen Umständen auf die Eintreibung der Schulden verzichten. 18 Milliarden DM hat er verliehen. Einmal haben sie ihm schon Profit gebracht, denn sie mußten von den Entwicklungsländern für westdeutsche Waren ausgegeben werden. Drei Milliarden hat der BRD-Imperialismus schon zurückbezahlt bekommen. Drei weitere Milliarden hat er laut Entwicklungsminister Bahr in Zinsen zurükerhalten. Das bedeutet einen Zins von

ein günstiges Investitionsklima, dann kommt auch die moderne Technik ins Land." Sie bleibt dann auch ein Mittel der imperialistischen Ausbeutung.

Doch diese dreiste Selbstherrlichkeit der imperialistischen Großmacht trügt. Friderichs bezeichnete die Lage in Nairobi als „mehr als kritisch". Immer weniger lassen sich die Völker der Dritten Welt solche Arroganz gefallen. Auf die Dauer wird es dem BRD-Imperialismus nichts nutzen, daß er sich im Kampf gegen die Dritte Welt in einer Front mit den beiden Supermächten weiß. Zusammen mit ihnen gerät er mehr und mehr unter Beschuß.

Palästina

Die israelischen Besatzer kommen nicht mehr zur Ruhe

Machtvoll entwickelt sich seit drei Monaten der Widerstand des palästinensischen Volkes gegen die Rassenunterdrückung und die Besetzung seines Landes durch den Zionismus. Den 15. Mai hatte das palästinensische Volk zum „Tag des Kampfes für Palästina" erklärt. Die PLO, die palästinensische Befreiungsorganisation, hatte zu Demonstrationen, Aktionen und Veranstaltungen die palästinensischen Volksmassen an diesem Tag überall in der Welt aufgerufen. Die „Stimme Palästinas", der offizielle Radiosender der PLO, verbreitete einen Aufruf des Präsidenten der PLO, Arafat, in dem es hieß, das palästinensische Volk erkläre seine Gegnerschaft gegenüber jedem Versuch, es zu bevormunden. (El Moudjahid, 16.5.)

Arafat wandte sich auch dagegen, daß der Wille des palästinensischen Volkes „verfälscht" werde. Der Wille des palästinensischen Volkes ist die Wiederherstellung seiner nationalen Rechte und die vollständige Befreiung seines nationalen Territoriums von der Herrschaft des zionistischen Siedlerregimes.

Deshalb lautete eine Parole bei den Massenaktionen am 15. Mai zum Beispiel: „Palästina gehört uns!" Studenten demonstrierten am 20. Mai in Jerusalem. Dabei führten sie die Bilder der drei von den zionistischen Soldaten erschossenen Palästinensern mit. Sie riefen Parolen gegen den Zionismus und forderten ein „arabisches Galiläa".

Am 18. Mai hatte bereits eine große Demonstration und Kundgebung in Ostjerusalem stattgefunden aus Anlaß der Beerdigung von Mahmoud Kierd. Dabei führten die Palästinenser Transparente mit, auf denen es hieß: „Mit unserem Leben und unserem Blut retten wir Palästina." Die Kundgebung fand auf dem Vorplatz der Al Aqsa-Moschee statt. Die französische Tageszeitung „Le Monde" berichtet: „Ein großes Aufgebot an Sicherheitskräften, das rund um den Platz aufgestellt worden war, hat zu keinem Zeitpunkt eingegriffen. Die Polizisten und israelischen Soldaten sind unbeweglich ge-

Fortsetzung S. 2

CDU und SPD im Bundestagswahlkampf

Freie Bahn für die Bereicherung der Kapitalisten

Vom 24. bis 28. Mai führt die CDU in Hannover ihren Wahlparteitag durch. Zweck der Veranstaltung: Die Spitzenpolitiker üben ihre Wahlkampfauftritte. Die Delegierten beurteilen, ob es ihnen gelingen wird, das Volk zu betrügen.

Mehr als 84 Prozent der Bevölkerung in Westdeutschland sind lohnabhängig. Es versteht sich, daß vor dem Hintergrund so entwickelter gesellschaftlicher Verhältnisse, wo das selbsterarbeitete kleinbürgerliche Eigentum weitgehend vernichtet ist, keine der großen bürgerlichen Parteien die Verteidigung des Privateigentums offen ins Zentrum ihrer Wahlkampfpropaganda stellen kann. Man kann die Massen nicht für die Verteidigung dessen gewinnen, was sie nicht haben.

Gerade in den letzten Wochen haben die Arbeiter wieder für den Lohn gestreikt. Ihr Kampf um Rechte nimmt einen Aufschwung. In diesen Kämpfen wird die Bindung ans bürgerliche Privateigentum immer mehr zerstört. Ins Zentrum ihrer Wahlpropaganda stellen CDU und SPD gleichlautend die Formel „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität", was sie als ihre „Grundwerte" bezeichnen.

Der Vorsitzende der CDU-Programmkommission, von Weizsäcker, hat im Bundestag erklärt, was die CDU unter „Solidarität" versteht: „Solidarität verlangt eben mehr als nur den Kampfruf der Gleichen gegen die anderen. Unsere Gesellschaft heute ist nicht zu kennzeichnen durch den *Klassenkampf*, sondern durch die Forderung und die Ermöglichung *sozialer Partnerschaft*. Die Wurzel der Solidarität weist auf die schwierigste Forderung im Zusammenleben der Menschen hin, nämlich solidarisch zu sein mit dem Nächsten – gerade nicht, weil er gleich, sondern weil er ganz anders ist als ich selber."

Bundeskanzler Schmidt hat dem CDU-Junker geantwortet: „Ich für meine Person stimme Ihnen auch darin ausdrücklich zu." Hinzugefügt hat er: „Das heißt dann nämlich auch: Solidarität des Wohlhabenden, des Vermögenden, des Reichen, mit demjenigen, der nicht wohlhabend ist, der nicht vermögend ist, der nicht reich ist, oder aber, anders ausgedrückt: *Solidarität der wirtschaftlich Stärkeren mit dem wirtschaftlich Schwächeren.*"

Diesen Pfaffenpredigten, von Weizsäcker gerichtet an Gewerkschaften und SPD als Mahnung vor dem Klassenkampf, von Schmidt ergänzt um einige fromme Sprüche Richtung Bourgeoisie, es an der Wohltätigkeit nicht mangeln zu lassen, hat der ganze Bundestag begeistert zugestimmt.

Solidarisch sein soll also die arbeitende, die hervorbringende Klasse mit den „ganz anderen", mit der Kapitalistenklasse, die nicht arbeitet, nichts hervorbringt, sondern damit beschäftigt ist, anzueignen, was die Lohnarbeiter geschaffen haben. Man versteht, warum der CDU-Junker unter den Bourgeois für einen tiefen Denker gilt.

Die Arbeiterklasse schafft alles ...

Die arbeitenden Klassen in Westdeutschland hatten bis zum Ende des Jahres 1973 nicht nur die Mittel für ihren eigenen Lebensunterhalt und für das Luxusleben der besitzenden Klasse geschaffen, sondern dazu laut Statistischem Jahrbuch 1973 ein Nettoanlagevermögen von 2 643 Milliarden DM. Das sind alle industriellen Ausrüstungen und Bauten (Fabriken), die Vorräte sowie Mietwohnungen und die staatlichen Anlagen, die mit 519 Milliarden DM angesetzt sind. Im Besitz der Arbeiterklasse befanden sich davon ganze 4,4 Milliarden DM in Form von Wertpapieren, was knapp 2 Promille sind, wobei überhaupt nur 15 Prozent aller Arbeiterhaushalte Wertpapiere besitzen. Man könnte denken, daß selbst der Gier des frömmelnden CDU-Freiherrn das als ein ausreichendes Maß an „Solidarität mit den ganz anderen" erscheinen möchte.

Aber weit gefehlt. Er sieht eine Tendenz zu „Forderung und Genuß" sich entwickeln und kritisiert die wachsende Neigung, „anspruchsbewußt statt solidarbewußt" sich zu verhalten. Auch darin stimmt ihm der Bundeskanzler zu, der „ein Aufzehren des alten Solidaritätsethos, ein Zunehmen von Ansprüchen in jeder Beziehung" beklagt.

Die CDU sieht dadurch die „Freiheit" gefährdet, die als eine Aufgabe begriffen werden müsse zur Selbstverantwortung. Weizsäcker beruft sich auf die Zeiten der CDU-Regierung, wo das Solidaritätsbewußtsein mit den „ganz anderen" noch stärker gewesen sein soll: „Der Wert der eigenen Arbeit wurde gesehen. Es wurde erkannt, daß es sich lohnt, sich anzustrengen, und es wurde auch ein Aufstieg als gerecht empfunden, wenn er ehrlich erarbeitet wurde. Dieses sind die Elemente einer ... sehr gesunden Freiheit, die als Aufgabe empfunden wird."

Die Arbeiterklasse in Westdeutschland hat nach 1945 die Fabriken und Städte wieder aufgebaut. Hat es sich für sie gelohnt, daß sie unter der Fuchtel der Kapitalisten sich anstrengen mußte? Die Arbeiter sterben früher als der Durchschnitt der Gesellschaft. Die Kapitalisten und solche Leute wie der Freiherr von Weizsäcker werden steinalt. Mangel an Anstrengung kann den Arbeitermassen nicht nachgesagt werden.

... sie besitzt nichts

Und doch, hat ihnen jahrzehntelange Lohnarbeit etwa Eigentum geschaffen? „Keineswegs", schrieben Marx und Engels schon vor mehr als 125 Jahren. „Sie schafft das Kapital, d.h. das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, daß es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von neuem auszubeuten."

„Und die Vermögensbildung?" rufen CDU und SPD gemeinsam. Hat die etwa nicht die Eigentumsbildung in der Hand der Arbeiter gefördert? Abgesehen davon, daß das Eigenheim, in dem manch ein Arbeiter wohnt, oder das Sparguthaben für ihn kein Kapital sind, kein Eigentum, mit dem er fremde Arbeitskraft ausbeutet: Es ist wenig ge-

Fortsetzung S. 2

Solidarität im Kampf gegen die Druckkapitalisten

Daß der Streik der Bremer Druckarbeiter (siehe S. 4) große Unterstützung gefunden hat und alle weiteren Versuche der Kapitalisten, die Tariferhöhung mit innerbetrieblichen Zulagen aufzurechnen, zurückgeschlagen werden, bewiesen die Drucker der Mannheimer Großdruckerei. Sie schickten ein Telegramm an die Weser Kurier Belegschaft, in dem sie ihre Solidarität und Unterstützung in jeder Form versicherten.

Forts...
Palästina

blieben, als die zwei palästinensischen Fahnen, die auf der Moschee gehißt wurden, mit ungeheurem Beifall begrüßt wurden." Palästinensische Fahnen sind auf allen Demonstrationen mitgeführt worden. Daß der Zionismus das nicht verhindern kann, zeigt den Fortschritt, den das palästinensische Volk in seinem Kampf für nationale Befreiung erreicht hat.

Zugleich haben die bewaffneten Aktionen in den besetzten Gebieten zugenommen. Arafat hat das in seinem Aufruf vom 15. Mai ausdrücklich hervorgehoben. Die algerische Zeitung „El Moudjahid" berichtet Beispiele: Mitten in der israelischen Siedlerstadt Kfar Saba wurde ein Militäromnibus in die Luft gesprengt. Eine weitere militärische Aktion fand in der Nähe von Nablus in einem israelischen Ausflugsort statt.

„Tag des Kampfes für Palästina"

Der 17 Jahre alte Palästinenser Abdallah Hawass sei in dem Augenblick erschossen worden, als zwei israelische Soldaten gezwungen waren, sich und ihr Fahrzeug gegen eine angreifende Menge von 200 Personen zu schützen. So lautet der Bericht des Militärkommuniqués der israelischen Armee. Hawass war am 18. Mai in Ramallah in Westjordanien von den zionistischen Besatzungstruppen erschossen worden.

Der Direktor einer von den Vereinten Nationen unterhaltenen Berufsschule war Augenzeuge des Vorgangs. Er berichtet gegenüber Korrespondeten: „Abdallah Hawass und einige andere Studenten hatten die Schule verlassen. Sie waren neugierig. Sie wollten

lassen. Sie waren neugierig. Sie wollten

sehen, was auf der Straße vor sich ging. Er wurde dabei von einer Maschinengewehrsalve getötet, die aus dem Militärfahrzeug kam. Es ist ein Wunder, daß es keine weiteren Opfer gegeben hat." (Le Monde, 19.5.)

Am 15. Mai war in Nablus die 18 Jahre alte Schülerin Lina Naboulsi auf ähnliche Weise erschossen worden. Gour, der Generalstabschef der zionistischen Besatzungstruppen, erklärte, der tödliche Schuß habe sich „zufällig gelöst". Augenzeugen dagegen berichten, daß die junge Palästinenserin von Soldaten aus „nächster Nähe" niedergeknallt worden sei. Man habe sie von hinten erschossen, als sie versuchte, sich vor den Soldaten in einen Hauseingang zu flüchten.

Ein weiterer Palästinenser, der 21jährige Mahmoud Kierd, wurde am 18.5. in Jerusalem erschossen. Drei Tote, eine große Zahl von Verletzten, ist der Beweis für eine Verschärfung des zionistischen Terrors gegen das palästinensische Volk. Das ist die Art, wie der zionistische Kriegsminister Peres sich das Zusammenleben von Juden und Arabern vorstellt. Er erklärte im Fernsehen: „Juden und Araber sind verurteilt, in diesem Land zusammenzuleben." (Le Monde, 20.5.)

Die neuen Gemeinderäte unterstützen den Kampf

Besonders seit den Wahlen vom 12. April hat sich die Kampffront der Palästinenser in Westjordanien verbreitert. Damals wurden neue Gemeindevertretungen in den Städten und Ortschaften des besetzten Westjordaniens gewählt. Überall sind solche Vertretungen gewählt worden, die die Kollaboration mit dem Zionismus ablehnen und die PLO als einzige Vertretung des palästinensischen Volkes anerkennen. Diese neuen Gemeinderäte unterstützen aktiv den Kampf. In Nablus haben sie „aus Trauer" nach der Erschießung der Palästinenser einen Generalstreik von zwei Tagen ausgerufen. Der Gemeinderat hat sich an die UNO gewandt und vom Generalsekretär die Entsendung einer Untersuchungskommission gefordert.

Die internationale Isolierung des zionistischen Siedlerregimes zeigte sich kürzlich bei der Jahrestagung der Weltgesundheitsorganisation WHO. Die Delegierten lehnten einen Bericht über die Gesundheitsversorgung in den besetzten Gebieten Westjordaniens ab, weil die Kommission, die diesen Bericht abgefaßt hatte, sich in Westjordanien nicht frei bewegen konnte. Es wird ein neuer Bericht gefordert, der auf freier Information beruhen soll. Die bürgerlichen Zeitungen befürchten, daß die WHO auf ihrer nächsten Tagung ebenso wie die UNO-Vollversammlung den Zionismus als eine Form des Rassismus verurteilen wird.

CDU und SPD im Bundestagswahlkampf

Freie Bahn für die Bereicherung der Kapitalisten

Fortsetzung

nug, was die Arbeiterklasse an Ersparnissen hat ansammeln können, um Krisenzeiten zu überstehen oder um Konsumgüter kaufen zu können, die vom laufenden Lohn nicht zu bezahlen sind und die doch benötigt werden, um die Arbeitskraft verkaufen zu können, wie z.B. ein Auto.

Ende 1973 hatten Arbeiter in Westdeutschland Besitz an Häusern und dazugehörigen Grundstücken von zusammen 47 Milliarden DM (Einheitswert). Darauf lasteten zum gleichen Zeitpunkt Hypotheken von 45,9 Milliarden DM. Die Eigenheime der Arbeiter sind also vor allem ein Geschäft für die Hypothekenbanken, denen aus dem Lohn der Zins gezahlt werden muß.

In Bausparverträgen hatten Arbeiter 17,5 Milliarden DM angezahlt; Gelder, die lange festliegen und dem Konsum der Arbeiter entzogen sind, mit denen deshalb Baugesellschaften und Banken ihr Geschäft machen können. Das gilt auch für die Spargutheben der Arbeiter von 37,9 Milliarden.

Karl Marx schrieb darüber: „Die Arbeiter liefern so ihren Feinden selbst Waffen in die Hand zur Erhaltung der bestehenden, sie unterjochenden Organisation der Gesellschaft. Das Geld fließt zurück in die Nationalbank (in der Bundesrepublik in die Landesbanken und Landeszentralbanken), diese verpumpt es den Kapitalisten wieder, und beide teilen sich den Profit und vermehren so mit dem ihnen zu Lumpenzinsen vom Volk geliehenen Geld – was eben erst durch diese Zentralisation zu einem mächtigen industriellen Hebel wird – ihr Kapital, ihre direkte Herrschermacht gegenüber dem Volk."

Während ihre Spargroschen durch Vermögensbildung bei den Banken auf Jahre hinaus festgelegt sind, mußten die Arbeiter auf 5,2 Milliarden Kreditschulden den Banken Zinsen zahlen, die sie zum größten Teil hatten machen müssen für Auto-, Möbel-, Kleidungs- und Fernsehererkauf.

Insgesamt ist Ende 1973 den Arbeitern aus fast dreißigjähriger Arbeit nach dem Kriege ein Vermögen von 55,7 Milliarden DM in Sparguthaben, Bausparverträgen, Wertpapieren und Hausbesitz geblieben. Ein Vermögen, das sich selbst wieder ganz in den Händen der Kapitalisten befindet. Dieser Besitz der Arbeiter macht etwa 2 Prozent des Nettoanlagevermögens aus, das die Kapitalisten seitdem aus der Arbeit der Arbeiter sich angeeignet haben. (Daten nach: Wirtschaft und Statistik Nr. 6/1975)

Helmut Schmidt geht in seiner Antwort auf den CDU-Freiherrn von der Einschätzung aus, daß diese Tatsachen sich trotz aller Anstrengungen nicht leicht verbergen lassen. Mit der geforderten Solidarität „mit den ganz anderen" möchte es darum schlecht aussehen, wenn sie sich allein stützen muß auf die Lüge, das Eigentum der Kapitalisten sei von diesen „ehrlich erarbeitet" und verdiene deswegen alle Freiheit bei der Ausbeutung der Lohnarbeit.

Es bedarf einer Ergänzungslüge. Die SPD bedient sich ihrer mit der Behauptung, die Freiheit der Lohnabhängigen würde durch das sogenannte Netz der sozialen Sicherung garantiert, das die SPD geknüpft habe. Tatsächlich handelt es sich darum, daß die Arbeiter aus ihrem Lohn Versicherungsgelder aufbringen, die von den Kapitalisten und ihrem Staat verwaltet werden. Auf Rechnung der Sozialdemokraten geht dabei bloß, daß sie diese Kassen der Arbeiter per Gesetz dem Zugriff der Kapitalisten öffnen.

Wieviel diese Freiheit der Lohnabhängigen wert ist, kann man in Mark und Pfennig abmessen. 60,6 Milliarden DM. Das ist das Vermögen der Arbeiter- und der Angestelltenrentenversicherung. 2 963 DM Freiheit für jeden Arbeiter und Angestellten. Derzeit verliehen an die Kapitalisten und ihren Staat, die auch darüber entscheiden, wann und zu welchen Bedingungen der einzelne Arbeiter von diesen Versicherungsgeldern bekommt. Und die sich über mangelndes „Solidaritätsbewußtsein" und begehrliches „Anspruchsbewußtsein" beschweren, wenn die Arbeiter auf die Gelder ihrer eigenen Kassen Anspruch erheben. Das ist die „Freiheit", welche die Sozialdemokraten den Arbeitern anpreisen, um die große Freiheit der Kapitalisten nicht in Gefahr kommen zu lassen.

Die auf dem Privateigentum begründete Freiheit, Lohnarbeiter ausbeuten zu können, genießen in der Bundesrepublik etwa 600 000 Leute. Das sind 2,6 Prozent der Bevölkerung. Für die Masse der Ausgebeuteten – über 80 Prozent der Bevölkerung – bedeutet diese Freiheit der Wenigen lebenslange Abhängigkeit. Sie können ihre Freiheit nur erringen, wenn sie die Freiheit der Kapitalisten zur Ausbeutung beseitigen und ihr Privateigentum aufheben.

SPD/FDP: Acht Punkte gegen Lohnabhängige im öffentlichen Dienst

Stille Schnüffelei, offizielle Verfolgung

„Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue" haben die SPD-regierten Länder und die SPD/FDP-Regierung für die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst entworfen. Nach diesen Grundsätzen wird künftig in den Bundesbehörden und den SPD-regierten Bundesländern bei der politischen Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst verfahren.

Vor der Presse erklärte Regierungssprecher Bölling, der Ministerpräsidentenerlaß von 1972, durch welchen die politische Überprüfung im öffentlichen Dienst umfassend eingeleitet wurde, sei damit „inhaltlich erledigt". Die politische Überprüfung im öffentlichen Dienst, die Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung stößt auf wachsenden Protest. Gut sehen kann man das an der Universität Bremen, wo der Angestellte Mützelburg entlassen werden soll, seiner politischen Ansichten wegen, und wo sich gegen diesen Schritt der Landesregierung eine ziemlich starke und einheitliche Kampffront der Belegschaft an der Universität entwickelt hat. Solche Fälle gibt es noch einige. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl versucht jetzt die SPD-Regierung mit diesem Manöver, die reaktionäre Spur zu verwischen, welche sie auf der Grundlage des Ministerpräsidentenerlasses gezogen hat. Was die politischen Entlassungen, das Ausmaß der Bespitzelung und Gesinnungsprüferei betrifft, da stehen die SPD-regierten Länder nämlich nicht im geringsten hinter den CDU-Ländern und dem CSU-regierten Bayern zurück.

Erfolg kann dieses Betrugsmanöver nicht haben. Denn die von der SPD beschlossenen „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue" beinhalten gerade diese reaktionäre Spur der Unterdrückung im öffentlichen Dienst. Im wesentlichen laufen sie darauf hinaus, daß künftig entsprechend einem Gesetzesvorschlag der SPD/FDP-Regierung verfahren wird, welcher letztes Jahr von der SPD/FDP-Koalition im Bundestag beschlossen und von der CDU/CSU im Bundesrat zu Fall gebracht wurde.

In der damaligen Sitzung des Bundestages, am 24.10.75, hat der Innenminister Maihofer gesagt: „Deshalb appelliere ich an Sie alle: Lassen Sie mit der gemeinsamen Verabschiedung dieses Gesetzes Ruhe und Befriedigung in diesem Land einkehren, und machen Sie damit endlich auch dem Evergreen jener politischen Kampagne gegen sogenannte Berufsverbote ein Ende!"

Dieses Manöver ist damals gescheitert, weil die CDU/CSU nicht mitgezogen ist, jetzt wird es vor den Wahlen durch die beschlossenen „Grundsätze" wieder neu aufgelegt. Und wovon lebt dieses Betrugsmanöver? Die SPD streicht an ihren beschlossenen „Grundsätzen" heraus, daß nicht die „Regelüberprüfung" vorgesehen sei, sondern nur der, gegen welchen „Bedenken" hinsichtlich seiner „Verfassungstreue" bestehe. Man muß auf ein Zitat des Innenministers aus der Bundestagsdebatte vom letzten Jahr zurückgreifen, um zu sehen, wo hier der praktische Unterschied zu den Vorstellungen der CDU/CSU liegt. Da hat der Innenminister Maihofer, einem entsprechenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts applaudierend, erklärt: „Die entscheidenden verläßlichen Eindrücke hinsichtlich der Verfassungstreue des Bewerbers sollen vor allem anderen aus dem unmittelbaren Eindruck im Vorbereitungsdienst selbst gewonnen werden, hinter dem alle anderen früheren Erkenntnisse zurücktreten können und müssen."

Folgendermaßen sieht der dieser sozialdemokratische Fortschritt aus: Während die CDU/CSU jeden Bewerber für den öffentlichen Dienst einem offiziellen Überprüfungsverfahren unterwerfen will, schlägt die SPD vor, nur jene einem offiziellen Überprüfungsverfahren zu unterwerfen, gegen welche man aufgrund der vorhergehenden informellen Überprüfung bereits „Bedenken" bezüglich der „Verfassungstreue" ermittelt hat. Überprüft werden sollen alle, jedoch „am unmittelbaren Eindruck" im Vorbereitungsdienst, der Lehre oder Studienzeit. Überprüfen wird der Verfassungsschutz jeden, aber nicht jeder wird es erfahren. Nur derjenige wird einem offiziellen Überprüfungsverfahren unterzogen und davon in Kenntnis gesetzt, gegen den bereits „Bedenken" bestehen, das ist das Verfahren der SPD. Das hat ganz offensichtlich nichts mit der Aufhebung der Unterdrückung zu tun, sondern ist ein Vorschlag zur Ökonomisierung der Unterdrückung im öffentlichen Dienst, der gleichzeitig erreichen soll, daß das Ausmaß der Überprüfung und Bespitzelung nicht so offen zutage tritt, wie bei dem Verfahren in den CDU-regierten Ländern der Fall ist. „Lassen Sie mit der gemeinsamen Verabschiedung dieses Gesetzes Ruhe und Befriedung in diesem Land einkehren", hatte der Innenminister Maihofer erklärt, und gemeint hatte er, lassen Sie uns die Unterdrückung in ein wenig unauffälliger vollziehen.

„Inhaltlich erledigt" kann die Sache aber schon aus einem anderen Grund nicht sein. Denn was legen diese „Grundsätze" fest? Die juristischen Verfahrensregeln, nach denen jeder einzelne Lohnabhängige, der mit dem öffentlichen Dienst zu tun hat, darauf überprüft wird, ob er jederzeit aktiv und mit Zuneigung für jenen Kern der bürgerlichen Verfassung eintritt, welcher seit dem KPD-Verbotsurteil als „freiheitlich-demokratische Grundordnung" bekannt ist. Damals ließ sich die bürgerliche Klasse durch ihr Verfassungsgericht diesen Kernbestand der Verfassung als ewig und unabänderlich erklären. Schon der bloße Gedanke an die Änderung dieses Kernbestandes sei strafbar. Was diesen Kernbestand, den das KPD-Verbotsurteil festlegt, betrifft, so handelt es sich in der Tat um den Titel der „Würde des Menschen" um das Recht der Kapitalisten, die Lohnarbeiter auszubeuten.

Um das „parlamentarische System", dessen wesentliche Bedeutung darin besteht, durch Abgeordnete, die ihrem „Gewissen" verantwortlich sind, und durch fünf Bundesverfassungsrichter den Willen des Volkes mit Füßen zu treten, gleichzeitig aber die politische Herrschaft der Kapitalistenklasse in demokratische Formen zu kleiden. Was die Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst betrifft, so haben sie mit diesem Staatszweck der Unterdrückung der arbeitenden Klassen nichts gemeinsam, sondern befinden sich als Lohnabhängige selbst im Widerspruch zu diesem Staatsapparat. Deshalb kann dieser ihnen keine Rechte gewähren, sondern ist derart gezwungen, sie durch das besondere Disziplinarrecht und die Grundsätze des KPD-Verbotsurteils auf die Zwecke dieses Unterdrückungsapparates festzunageln.

Wie soll also mit den von der SPD beschlossenen „Grundsätzen" etwas „inhaltlich erledigt" sein, was durch diese „Grundsätze" gerade festgelegt wird: Die Verpflichtung der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, der bürgerlichen Klassenherrschaft Zuneigung entgegenzubringen. Das Verbot der Freiheit der Lohnabhängigen, sich diesen Gedanken an die soziale Befreiung der Arbeiterklasse hinzugeben. Die Schiedsmauer gegen die Zerschlagung der bürgerlichen Klassenherrschaft zwingend erfordert. Versteht sich, daß die SPD dafür ist.

Deutlicher wird an diesem Manöver der SPD, gegen welche juristischen Grundlagen sich der Kampf gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst richten muß. Nicht nur gegen diese oder jene Grundsätze zur Durchsetzung des KPD-Verbotsurteils und der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung", sondern gegen das KPD-Verbotsurteil selbst. – (c.r.)

Gegenseitige Hilfe unter den Ländern der Dritten Welt

Die Finanzminister der OPEC-Länder haben letzte Woche auf ihrer Konferenz in Paris beschlossen, ihren Hilfsfonds für andere Entwicklungsländer sofort in Kraft zu setzen. Im Gegensatz zu den Krediten der Imperialisten werden die 800 Millionen Dollar Kredite zinslos vergeben. (Handelsblatt, 14.5.)

Auch das sind „Auslandsanlagen"

Den 12. Platz in der Länderliste der westdeutschen Vermögensanlagen im Ausland nehmen die Kanarischen Inseln ein. Für 806 Millionen DM hat sich die westdeutsche Bourgeoisie dort Villen und Grundstücke erstanden. Insgesamt wurden vom „Wohnungs- und Grundstückswesen" und von „Privaten Haushalten" seit 1952 auf solche Weise über 2 Milliarden DM ins Ausland gebracht, allein im letzten Jahr 160 Millionen DM.

US-Imperialismus plündert mit Hilfe der Junta Chile aus

Als erstes Mitglied der US-Regierung seit dem Militärputsch in Chile ist der Schatzminister Simon Anfang Mai dorthin gereist. Chile muß in diesem Jahr 785 Millionen Dollar an Schuldenrückzahlungen und Zinslasten aufbringen, das sind über 40% seiner gesamten Deviseneinnahmen. Simon lobte die Wirtschaftspolitik der Pinochet-Junta und ihren Willen, die Auslandsschulden zu bezahlen. Er stellte ein „größeres amerikanisches Hilfsprogramm" in Aussicht, sofern Chile zusätzliche Garantien für Auslandsinvestitionen bietet und ein Doppelbesteuerungsabkommen abschließt, damit die US-Konzerne in Chile keine Steuer bezahlen müssen. Das „Hilfsprogramm" soll vor allem darin bestehen, daß unter diesen Be-

Das „Hilfsprogramm" soll vor allem darin bestehen, daß unter diesen Be-

dingungen die US-Imperialisten noch mehr Kapital zwecks Ausbeutung und Unterdrückung ins Land schikken wollen. (Nach: Neue Zürcher Zeitung, 9.5.76)

Abwassergesetz

Der Bundestag hat mit den Stimmen aller Parteien ein Gesetz über Abwasserabgaben gebilligt. Die Kapitalisten dürfen bis 1981 ihren Dreck kostenlos in Flüsse und Gewässer leiten. Danach sollen sie für eine Menge Dreck, die dem ungereinigten Abwasser eines Menschen für ein Jahr entspricht, 12 DM Gebühren zahlen. Das ist billig, die Kanalgebühren liegen höher. Kein Kapitalist wird bei diesen Sätzen auf die Idee kommen, Geld für eine Kläranlage rauszurücken, zumal bis 1981 die Inflation die Höhe der zu zahlenden Gebühren senken wird. Die Bundestagsparteien haben mit diesem Gesetz die Gewässer der Bundesrepublik noch einmal ausdrücklich der Kapitalistenklasse zur Förderung der Profitmacherei übereignet. Für die Arbeiter wird Wasser teuer werden. Die Reinigung des Trinkwassers, das aus Kloaken gewonnen wird, wird immer kostspieliger.

Nationalhymne

In einem Erlaß des niedersächsischen Kultusministers (veröffentlicht im Niedersächsischen Schulverwaltungsblatt vom April 1976) werden die Lehrer aufgefordert, „dafür zu sorgen, daß in den 5. Klassen Text und Melodie der 3. Strophe des Deutschlandliedes eingeübt werden." Wiederbelebung des nationalen Bewußtseins gegen den Kampf der Arbeiterklasse, das ist schon immer ein Mittel der imperialistischen Reaktion gewesen.

Kapitalistische Gutswirtschaft

Ein Diplom-Landwirt Schwab aus Gut Schwaben in Niederbayern berichtete in „Blick durch die Wirtschaft" über den Produktivitätsfortschritt auf seinem Gut: „Zum Beispiel benötigte man von der Saat bis zur Ernte fpr einen Hektar Getreide: im Mähbindeverfahren rund 120 Stunden; mit Mähdreschern, wie sie um 1960 eingesetzt wurden, rund 50 Stunden; mit Großmähdreschern und Hochleistungszugmaschinen heutiger Generation rund 8 Stunden." Diese ungeheure Steigerung in der Produktivität der Arbeit brachte dem Gutsherrn kräftigen Profit. Pro Arbeitskraft ist von 1955 bis 1975 sein Umsatz von 10723,57 DM auf 186158,55 DM gestiegen. Die Landarbeiterlöhne liegen heute bei 6,21 DM und sind seit 1970 von 4 DM gerade auf 6,21 DM gestiegen.

Die italienische Krise ist nur durch die sozialistische Revolution zu lösen

Italienisches Finanzkapital erwägt Pferdewechsel

Bei den italienischen Parlamentswahlen stellen sich zahlreiche Kapitalisten, unmittelbare Vertreter des italienischen Finanzkapitals, zur Wahl. Über die bekanntesten Vertreter hat die bürgerliche Presse berichtet: Ein Bruder und eine Schwester des Fiat-Präsidenten Agnelli, dann der Chef des Olivetti-Konzerns, Roberto Olivetti, weiter der Vizepräsident des Kapitalistenverbandes Confindustria, Mario Corbino, der Repräsentant der kleinen und mittleren Kapitalisten im Verband ist, ebenso der zukünftige Verbandsvorsitzende. In der Reihe steht weiter Guido Carlin, bis vor kurzem Gouverneur der italienischen Zentralbank, und schließlich kandidiert gleich in zwei Wahlkreisen auf Platz 1 der Liste der Vertreter des italienischen Finanzkapitals in der EG-Kommission, Altieri Spinelli. Er kandidiert für die revisionistische KPI in Mailand und in Rom. Auf den Listen aller Parteien befinden sich Mitglieder der italienischen Generalität.

Dem Aufruf des derzeitigen Präsidenten des italienischen Kapitalistenverbandes, Giovanni Agnelli, der zugleich Chef des Fiat-Konzerns ist, ist die italienische Finanzbourgeoisie also breit gefolgt. G. Agnelli hatte erklärt: „Den überaus bedeutsamen Vorgängen, die unser Land in Unruhe versetzen, können wir nicht mehr länger bloß als Zuschauer gegenüberstehen." In der Turiner Zeitung „La Stampa", die vom Fiat-Konzern kontrolliert wird, hatte er hinzugefügt, die „industrielle Bourgeoisie" könne in einem „so wichtigen Augenblick nicht abseits stehen".

Tiefgreifende Umwälzungen in Italien: Die Lohnabhängigkeit ist vorherrschend geworden

Die „Bedeutung des Augenblicks" liegt darin, daß das italienische Finanzkapital sich in einer tiefen wirtschaftlichen Krise befindet und die Democrazia Cristiana, mit deren Hilfe die italienische Finanzbourgeoisie über das Parlament seit dem Zweiten Weltkrieg seine Herrschaft über die italienische Arbeiterklasse und das Volk ausgeübt hat, offenbar zerschlissen ist. Sie werde ihre Stellung als relativ stärkste Partei bei diesen Wahlen an die KPI verlieren, lauten die Vorhersagen.

Der Zerschleiß der Christdemokraten hat seinen Grund in der großen Umwälzung, die sich in den letzten zwanzig Jahren in Italien vollzogen hat: Jahr für Jahr ist die Zahl der Lohnabhängigen zugenommen und die Zahl der kleinen Bauern abgenommen. 1959 betrug der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen an der gesamten erwerbstätigen italienischen Bevölkerung 6,9 Millionen. Bis 1968, also in zehn Jahren, ist dieser Anteil auf 4,3 Millionen gesunken, d.h. um 2,6 Millionen. In Prozenten ausgedrückt, sank der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen von 33,9 auf 22,3 Prozent. Im gleichen Zeitraum nimmt die Zahl der in der Industrie Beschäftigten um 714 000 und die Zahl der im Dienstleistungssektor Beschäftigten um 780 000 zu. Der Rest, rund 1 Million, bleibt arbeitslos oder verdingt sich als Lohnarbeiter außerhalb Italiens. So wandern in den Jahren 1945 bis 1965 im Durchschnitt jährlich 292 000 Italiener aus, der größte Teil (75 Prozent) in europäische Länder.

Dieser gewaltige Umwälzungsprozeß, die Vernichtung des bäuerlichen und städtischen Kleineigentums und das ständige Wachsen der Zahl der Lohnabhängigen, ist die Ursache dafür, daß die Democrazia Cristiana seit Jahren bei Wahlen jeglicher Art einen immer geringer ausfallenden Prozentanteil an den Wählerstimmen erhalten hat. Die Democrazia Cristiana ist keine Partei, die aus der Arbeiterbewegung stammt, und sie wird auch von den Arbeitern wenig gewählt, sondern vorwiegend vom Kleinbürgertum. Ihre Hochburgen sind nicht die Städte, in denen das Proletariat konzentriert ist, sondern das Land.

Die Anschauungen wandeln sich

Und auch dort beginnt sich ihre Vorrangstellung zu zersetzen. Mit dem Verlust der kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Existenzgrundlage begannen sich die Anschauungen im Volk zu wandeln. Der Einfluß der katholischen Kirche geht zurück. In all den früheren Wahlen war es selbstverständlich, daß die Bischöfe und allen voran der Papst sich öffentlich für die Democrazia Cristiana aussprachen. In diesem Jahr hat diese Stellungnahme zu einer breiten Protestwelle geführt, die sich augenblicklich noch verstärkt.

Signal für den Wandel in den Anschauungen war die Auseinandersetzung um die Scheidungsreform 1974. Über eine Volksabstimmung wurde damals das Recht auf Scheidung durchgesetzt. Die Democrazia Cristiana, die gegen das Scheidungsrecht war, verlor die Volksabstimmung.

Danach hat sich im Volk eine große Debatte um Straffreiheit für Abtreibung entwickelt. Eine Million Menschen haben für die Streichung des Abtreibungsparagraphen aus dem italienischen Strafrecht unterschrieben. Und nur die Auflösung des Parlaments und die Durchführung von Neuwahlen hat jetzt verhindert, daß eine Volksabstimmung darüber durchgeführt wird.

Dieser breite Umwälzungsprozeß, der Wandel in den vorherrschenden Anschauungen, hervorgerufen durch die starke Zunahme der Lohnabhängigkeit, hat dazu geführt, daß jene Parteien und Organisationen, die Einfluß auf die italienischen Lohnabhängigen haben, ständig stärker wurden. Dies ist in erster Linie die revisionistische KPI, deren bürgerliche Machthaber sich zu den Verwaltern der Arbeiterklasse aufgeschwungen haben.

Die Schwäche des italienischen Finanzkapitals gegenüber seinen Konkurrenten

In der Konkurrenz mit den imperialistischen Bourgeoisklassen in den USA und Westeuropa ist die italienische Bourgeoisie schwach. Sie hat in der Anhäufung von Kapital nicht Schritt halten können. Am deutlichsten zeigt sich das darin, daß sie kaum in der Lage ist, Kapital zu exportieren, während der Import ausländischen Kapitals nach Italien Jahr für Jahr zugenommen hat.

Das amerikanische Finanzkapital besitzt in Italien 600 Firmen, in denen es 130 000 Arbeiter für sich arbeiten läßt. Die Direktinvestitionen des amerikanischen Finanzkapitals sind gestiegen von 1950 bis 1970 von 63 Millionen Dollar auf 1,521 Milliarden. Das westdeutsche Finanzkapital hatte 1966 in Italien 403,2 Millionen DM investiert und diese Summe bis 1975 fast vervierfacht auf 1,564 Milliarden DM. Größere Investitionen noch als das westdeutsche haben das französische und das schweizerische Finanzkapital in Italien gemacht.

Allein im unterentwickelten Süditalien besitzen zum Beispiel das US-Finanzkapital 104 Betriebe, in denen es 39 000 Arbeiter ausbeutet, das schweizerische Finanzkapital besitzt dort 44 Werke mit 9 300 Arbeitern, das französische Finanzkapital folgt an dritter Stelle mit 32 Werken, in denen 7 600 Personen arbeiten, und an vierter Stelle kommt das westdeutsche Finanzkapital mit 22 Werken und 7 300 Beschäftigten. (Blick durch die Wirtschaft, 20. Mai)

Umgekehrt sind die Direktinvestitionen des italienischen Imperialismus sehr viel geringer und seit 1950 kaum angestiegen. Zum Beispiel hat die italienische Finanzbourgeoisie 1950 in den USA 71 Millionen Dollar investiert. Bis 1970 ist diese Summe gerade auf 100 Millionen angestiegen, angesichts der Inflation also real gesunken.

Gesetzt wird auf Warenexport

Die einzige Hoffnung, sich gegen das internationale Finanzkapital zu behaupten, liegt für die imperialistische italienische Bourgeoisie in der Steigerung des Warenexports. Diesen Weg versucht sie auch schon seit Jahren zu gehen. Der Anteil des italienischen Finanzkapitals am Welthandel stieg von 2,7 Prozent auf 4,8 Prozent. 1972 betrug der italienische Anteil an der Weltausfuhr 5 Prozent, ein gutes Drittel des westdeutschen (13 Prozent). Vor allem Maschinen und Fahrzeuge, chemische Produkte und Fertigwaren werden exportiert, der Anteil von Maschinen und Fahrzeugen ist von 1956 bis 1972 von 21 auf 37 Prozent gestiegen. Entscheidenden Anteil daran hat der Fiat-Konzern, heute der einzige große Konzern des italienischen Finanzkapitals, der noch ohne staatliche Beteiligung arbeiten kann. Am Kapital der restlichen 21 international tätigen italienischen Konzerne ist der Staat mit 70 Prozent beteiligt über die Holdings IRI und ENI.

Vernichtung der Landwirtschaft

Eine Kapitalistenklasse, die über den Warenexport hochkommen will, muß auf dem Weltmarkt als Freihändler auftreten und ihre eigenen Märkte weitgehend öffnen. Das hat der rückständigen, nur schwach mit Kapital ausgestatteten italienischen Landwirtschaft das Leben gekostet und Millionen Bauernexistenzen vernichtet. Entsprechend schnellten die Nahrungsmitteleinfuhren hoch. Von 15 Prozent im Jahr 1956 auf 18,7 Prozent in 1964 und 1972 auf 20,3 Prozent an der Einfuhr. Ihr Anteil an der Ausfuhr sank von 22,5 Prozent in 1956 auf 8,8 Prozent in 1972. Italien ist heute das Land in der EG, bei dem die Lebensmitteleinfuhren – vor allem Fleisch und Milchprodukte – den größten Anteil an der Gesamteinfuhr ausmachen und die noch zunehmen, während sie überall sonst zurückgehen.

Die Vernichtung großer Teile der italienischen Landwirtschaft und die Erhöhung der Nahrungsmitteleinfuhren hat die Abhängigkeit Italiens vom internationalen Finanzkapital noch erhöht. Die Handelsbilanz ist tief im Defizit. Die italienische Bourgeoisie kann die Einfuhren nicht mehr zahlen. Die Schulden des italienischen Staates an das internationale Finanzkapital belaufen sich auf 12 Milliarden Dollar. Einer der Hauptgläubiger ist der westdeutsche Imperialismus, bei dem der italienische Staat mit 2 Milliarden Dollar in der Kreide steht. Allein für Zinsen müssen jährlich 1 Milliarde Dollar Tribut an das internationale Finanzkapital abgeführt werden.

Der italienischen Bourgeoisie bleibt kein anderer Weg, als den Weg, den sie eingeschlagen hat, noch entschiedener zu gehen. Sie muß versuchen, den Warenexport noch mehr zu forcieren und die Einfuhren an Lebensmitteln für die Lohnabhängigen möglichst verringern.

Die Revisionisten werden zur Fesselung der Arbeiterklasse gebraucht

Dieser Weg bedeutet, daß das Kleinbürgertum und die Bauern weiter zugrunde gerichtet und die Arbeiterklasse erheblich unter das erreichte historische Lebensniveau gedrückt werden soll. Dem setzt die Arbeiterklasse einen breiten und erbitterten Widerstand entgegen. Ihre Alternative ist, Revolution zu machen und sich mit der Befreiung von der eigenen imperialistischen Bourgeoisie auch der fremden Blutsauger zu entledigen.

Bei der Durchführung ihres Programms braucht das italienische Finanzkapital die Hilfe der Revisionisten, die starken Einfluß in der italienischen Arbeiterklasse haben. Allein, ohne eine solche Stütze ihrer Klassenherrschaft, wissen sie nicht mehr durchzukommen.

Die amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten zetern und warnen. Sie fürchten das Risiko, daß die Arbeiterklasse sich nicht von den Revisionisten fesseln läßt, sondern nur stärker politisch in Bewegung gerät. Schon heute schreibt das amerikanische Beri-Institut in einer „Risikoanalyse" für US-Kapitalisten, die in Italien investieren wollen:

„Nicht der Kampf der Linksparteien um die politische Macht, sondern die unkooperative Haltung der Arbeiter ist der Grund für die Beri-Note ‚nicht empfehlenswert'. Die Fehlzeiten durch unentschuldigtes Fernbleiben, durch Krankheit und durch Streiks betrugen 18 Prozent. Krankenstand betrug 8 Prozent in 1975, dreimal so hoch wie in den USA oder in Japan, fast doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik. Streiks verursachten Arbeitsausfälle von 4 Prozent (dreimal so viel wie in England). Diese werden auch aus Gründen veranstaltet, die mit Tarif- oder Arbeitsfragen in keinerlei Zusammenhang stehen, zum Beispiel ‚Freiheit für Angola', ‚Wirtschaftshilfe für den Mezzogiorno' u.a." (Blick durch die Wirtschaft, 21. Mai)

Zugleich fürchten sie, daß über die revisionistische KPI in der Regierung die Sowjetunion als ihr Konkurrent im Kampf um die Weltherrschaft in Italien Fuß fassen könnte.

Der italienischen Bourgeoisie aber steht das Wasser am Halse. Sie muß sich solche Bedenklichkeiten sparen. In ihren Reihen wächst offensichtlich die Zahl derjenigen, die das Spiel mit den Revisionisten versuchen wollen. Der Fiat-Chef Agnelli hat geäußert, daß eine Regierungsbeteiligung der KPI kein so großes Unglück wäre.



In großen Streikaktionen wehrt sich die italienische Arbeiterklasse gegen die Krisenpolitik der Kapitalistenklasse.



1. Mai in Mailand

Gegen Abrüstungs- und Entspannungsschwindel! Für Verbot aller Atomwaffen und Abzug aller fremden Truppen!

Köln. In der vergangenen Woche veranstaltete die Kölner Initiative für Abrüstung, die hauptsächlich von der DKP getragen wird, eine Abrüstungswoche. Auf etwa 10 Veranstaltungen sollte für den Abrüstungsschwindel der Imperialisten, hauptsächlich der russischen Sozialimperialisten, geworben werden. Nur etwa 40 Teilnehmer kamen jeweils zu diesen Veranstaltungen, durchweg Organisierte. Die Veranstaltung der DGB-Jugend zum Thema fiel gleich ganz aus. Die Revisionisten konnten auf keiner Veranstaltung die Forderung nach: Rüstungsstopp, Soziale Sicherheit, Mit dem Abrüsten beginnen! durchsetzen.

Der KBW, der auf allen Veranstaltungen anwesend war, hat das Entspannungsgerede der Initiative kritisiert als Geschwätz, womit den Massen Sand in die Augen gestreut werden soll über den Charakter des Imperialismus. Der Sozialimperialismus sollte als sozialistisches Land mit friedlichen Absichten hingestellt werden. Die Revisionisten haben darauf mit Abbruch der Veranstaltungen reagiert. - Die Ortsgruppe des KBW führte in dieser Woche eine Veranstaltung durch mit dem Titel „Der Abrüstungsschwindel dient der imperialistischen Kriegsvorbereitung", auf der 220 Leute anwesend waren, allerdings kein Revisionist. Der Kommunistische Arbeiterjugendbund hat vor dem Pop-Festival am 21. Mai eine Kundgebung durchgeführt, Flugblätter verteilt und Agitation getrieben. Das Soldaten- und Reservistenkomitee hat bei der Abfahrt der Züge zur Bonner Abrüstungsdemonstration der Revisionisten am 22. Mai Flugblätter verteilt, in denen die Pazifisten eingeladen werden zu einem Streitgespräch. Aus Köln fuhrer unserer Schätzung nach 500 bis 600 zur Demonstration nach Bonn. An der Demonstration in Bonn nahmen insgesamt 15 000 teil.

Erfolgreicher Streik der Drucker in Bremen

Mit der Einigkeit und Kampfbereitschaft der Arbeiter hatte der Kapitalist nicht gerechnet

Bremen. Erneut erschienen seit Freitag die beiden Bremer Tageszeitungen, die „Bremer Nachrichten" und der „Weser Kurier", nicht. Die Arbeiter in den beiden Bremer Betrieben des Verlags- und Druckereibesitzers Meyer, der sich vor zwei Jahren den gesamten Bremer Zeitungsmarkt eroberte, streikten seit Freitagnachmittag. Der Grund: die Ankündigung des Verlegers Meyer, die 6 Prozent Tariferhöhung auf die außerordentlichen Zulagen bei den Kollegen der „Bremer Nachrichten" anzurechnen.

Am Freitag werden beim „Weser Kurier" und bei den „Bremer Nachrichten" immer die Löhne ausgezahlt. Diesen Freitag kriegten die Kollegen der „Bremer Nachrichten" nichts. Man brauche wegen der Anrechnung der außertariflichen Zulagen auf die 6 Prozent zwei Tage länger für die Lohnabrechnung, erklärt die Geschäftsleitung. Sofort stellen die Arbeiter die Maschinen ab. Es ist 16 Uhr. Zwei Wochen hatte man nicht gestreikt, um sich mit einem 6-Prozent-Lohnraubabschluß abfertigen zu lassen, der jetzt noch nicht einmal ausgezahlt werden soll. Das haben die Arbeiter von den „Bremer Nachrichten" und vom „Weser Kurier" schon deutlich gemacht, als sie zu 70 Prozent den Tarifabschluß in der Urabstimmung ablehnten. Sie hatten damit erklärt: Für uns ist der Kampf um den Lohn nicht beendet! Wir werden daran gehen, ihn weiterzuführen – und jetzt führen sie ihn weiter. Im Bewußtsein ihrer Stärke und ohne viel Aufhebens davon zu machen, wird die Streikfront sofort wieder errichtet.

Solidarität der Arbeiter

Die Arbeiter versammeln sich in der Halle und bilden eine Verhandlungsdelegation, durch die sie dem Kapitalisten erklären ließen, daß die Arbeit nicht eher wieder aufgenommen wird, bis die beabsichtigte Streichung von Lohnbestandteilen zurückgenommen ist. Ein großer Teil der Arbeiter geht rüber zum „Weser Kurier". Sie fordern die Arbeiter dort zur Solidarität auf. Mit dem Argument, daß man nur die überhöhten Löhne der Arbeiter der „Bremer Nachrichten" an die des „Weser Kurier" angleichen will, kann die Geschäftsleitung zunächst die Solidarität verhindern. Als dort die Arbeiter dann aber nachrechnen und feststellen, daß die Löhne bei den „Bremer Nachrichten" niedriger sind, da stellen sie auch um 19 Uhr die Maschinen ab. Schnell haben die Arbeiter beider Betriebe begriffen, daß man dem Angriff der Kapitalisten auf einen Teil der Arbeiter nur geschlossen mit der Kraft aller Arbeiter begegnen muß.

Die Arbeiter haben ihre Erfahrung mit den Kapitalisten. Im Interesse des Höchstprofits sind diese immer und überall bestrebt den Lohn zu senken. Hart und unversöhnlich stehen die besitzlosen Arbeiter und der steinreiche Kapitalist gegenüber.

Der steinreiche Kapitalist Meyer, der schon mit dem Nichterscheinen der Zeitungen am Samstag mehr Verlust hatte (über eine Million DM) als ihm die geplante Lohnsenkung einbringen würde, geht nicht zurück. Im Gegenteil: Er versucht jeden Widerstand der Arbeiter zu unterdrücken. Im Laufe des Jahres hat er sich von den Gerichten „im Namen des Volkes" bestätigen lassen, daß er zu dieser Art Lohnkürzung das Recht hat. Mit der höchsten Autorität der Staatsmacht im Rücken meinte er wohl die Arbeiter klein zu kriegen. Er hat sich verrechnet. Die Arbeiter haben auf diese höchste Autorität gepfiffen.

Samstag früh um 0.20 Uhr erklärt er die Arbeiter für ausgesperrt. Er erhebt ein großes Geschrei über den „wilden Streik", die Verletzung der Friedenspflicht und „illegale Aktionen", um mit Hilfe des Gerichtsbeschlusses die Staatsmacht zum Eingreifen zu bewegen und die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung dazu zu bringen, den Streik abzubrechen.

Der Kapitalist kommt nicht durch

Meyer kommt nicht durch. Die Streikfront steht. Samstag morgen beschließen die Vertrauensleute beider Betriebe, solange zu streiken, bis Meyer den Lohnraub zurücknimmt. Sie erklären, daß es keine Verhandlungen gibt, weil dort nur über Art und Weise der Anrechnung verhandelt werden könne. Gleichzeitig beschließen sie ein Flugblatt, das noch am selben Tag in ganz Bremen verbreitet wird und zur Solidarität aufruft.

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung, ihnen voran Klaus Grobecker, Bundestagsabgeordneter der SPD, der in Bremen Vorsitzender der IG Druck und Papier ist, haben von Anfang an alles getan, um diesen Streik zu zerschlagen. Sie fürchten genauso wie die Kapitalisten den Kampf der Arbeiterklasse, den Streik, der bei den Arbeitern unweigerlich das Bewußtsein von der eigenen Kraft nährt und ihnen vor Augen führt, daß sie es sind, die die ganze Produktion in Gang halten und den ganzen Reichtum schaffen, den sich die Kapitalisten bloß aneignen. In jedem Kampf der Arbeiterklasse wird deutlich, daß die Sozialdemokraten erbitterter Feind der Revolution sind, daß sie mit beiden Beinen auf dem Boden des Kapitalismus stehen und immer bereit sind, die Interessen der Arbeiter im Namen des Gesamtwohls an die Kapitalisten zu verkaufen.

Auf einer Versammlung der Drukker und Setzer am Sonntag erklärten sie dann auch, daß sie es ablehnten, den Streik als gewerkschaftlich zu übernehmen. Nachdem sie in den letzten Jahren Tarifverträge abgeschlossen haben, die die Schere zwischen Tarif- und Effektivlohn immer mehr geöffnet haben und damit den Kapitalisten den Weg zur Lohnsenkung bereiten, nachdem sie mit einem Lohnraubabschluß von 6 Prozent den Druckerstreik vor anderthalb Wochen abgewürgt haben, berufen sie sich jetzt auf die Friedenspflicht. Ein Vertreter des Landesbezirksvorstandes erklärte sogar, daß die Streikenden wieder an die Arbeit gehen sollten, daß man über den Druckverband, also über die anderen Kapitalisten, Meyer Druck machen könne, damit er die Aussperrung aufhebe. Dann wäre der Weg zu Verhandlungen frei. So seine Worte.

Die streikenden Arbeiter gingen einen anderen Weg, den des Kampfes. Sie beschlossen einstimmig, am Montag eine Demonstration durch die Stadt zu machen, um öffentlich für ihre gerechte Forderung einzutreten und um die Solidarität der ganzen Klasse herzustellen. Sie wird auf 17 Uhr festgelegt, ausdrücklich deshalb, damit sich die anderen Industriebereiche anschließen können.

Die Sozialdemokraten helfen ihm aus der Klemme

Den Kapitalisten und Sozialdemokraten wird das Eisen bei klein zu heiß. Die Solidarität mit den Kollegen der „Bremer Nachrichten" und des „Weser Kurier" weitet sich blitzschnell aus. Sie bringt die Arbeiter erneut in Bewegung. Das aber können sich die Kapitalisten nicht leisten. Noch am Sonntag abend setzen sich Landesverband Druck und Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier an einen Tisch und treffen folgende Vereinbarung, der Meyer sofort zustimmt: Das Schreiben und der Plan der Anrechnung kommen vom Tisch. Überprüfung der Zulagen jedes einzelnen Arbeiters. Falls diese unter dem Niveau vergleichbarer Tätigkeiten der Arbeiter beim „Weser Kurier" liegen, Anhebung auf das Niveau des „Weser Kurier". Keine Maßregelung. Tarifliche Festlegung der außertariflichen Zulagen.

Meyer hat damit einen wichtigen Schritt zurück gemacht. Die Arbeiter haben einen ersten Erfolg erzielt. Die Streikenden sollen am Montag morgen in einer Betriebsversammlung über das Ergebnis abstimmen. Es kommt aber noch zu keinem Abschluß. Die Abstimmung hält sich die Waage. Viele Kollegen erkennen, daß Meyer diese Vereinbarung nutzen will, um wieder zwei Schritte nach vorn zu kommen. Die Überprüfung der Zulagen der Arbeiter der „Bremer Nachrichten" eröffnet ihm den Weg, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen, direkt einzelne Tätigkeiten zu überprüfen und Bewertungen vorzunehmen. Die Arbeiter fürchten, daß Meyer diese Maßnahme als Grundlage zur weiteren Rationalisierung und Verschärfung der Arbeitshetze nimmt und sie ihm dazu dient, weitere Entlassungen vorzunehmen. Deshalb sind die Hälfte von ihnen dagegen und für die Fortsetzung des Streiks.

Weil nicht alle Arbeiter an der Abstimmung beteiligt sind, beschließt man eine Urabstimmung durchzuführen und den Streik bis zum Abschluß fortzusetzen. Noch einmal muß Meyer einen Schritt zurück machen. Zwei der bestreikten Tage werden bezahlt, heißt es plötzlich.

Um 18 Uhr ist die Urabstimmung beendet. 212 Arbeiter und Angestellte der „Bremer Nachrichten" stimmen für das Ergebnis, 81 für Fortsetzung des Streiks. 5 Stimmen sind ungültig. Wenn Meyer jetzt denkt, er kann aufatmen, irrt er sich gewaltig. Die Arbeiter, die für diesen Abschluß gestimmt haben, taten das nicht mit dem Bewußtsein, daß der Kampf zu Ende ist. Der Bremer Pressezar wird es nicht leicht haben, weiter zu rationalisieren. Das werden die Arbeiter nicht hinnehmen. Sie haben dies eindeutig erklärt. Die 81 Stimmen sind eine scharfe Kampfansage an die Kapitalisten, sind die Stimmen direkt gegen das Lohnsystem.

Es ist so, wie Lenin 1899 in seiner Schrift „Über Streiks" zeigt:

„Und so gewöhnen die Streiks die Arbeiter an den Zusammenschluß, die Streiks zeigen ihnen, daß sie den Kampf gegen die Kapitalisten nur gemeinsam führen können, die Streiks lehren die Arbeiter, an den Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen die ganze Klasse der Fabrikanten und gegen die autokratische Polizeiregierung zu denken. Das ist der Grund, weshalb die Sozialisten die Streiks eine „Schule des Krieges" nennen, eine Schule, in der die Arbeiter es lernen, Krieg zu führen gegen ihre Feinde und für die Befreiung des ganzen Volkes, für die Befreiung aller Werktätigen vom Joch der Beamten und vom Joch des Kapitals." (r., Bremen)

Ein starkes Stück

Laut ZDF vom 19.5.1976 hat der Vorsitzende der IG Druck, Mahlein, „von einem stark ausgeprägten nationalsozialistisch-faschistischen Ausdruck in Äußerungen gegen die Streikenden" gesprochen. Die Solidaritätsresolutionen und Geldsammlungen aus den Betrieben, Versammlungen, durch Jugendzentren, aus Schulen und Hochschulen strafen ihn Lügen. Selbstverständlich hat die Bourgeoisie gegen die Forderung der Druckarbeiter und ihren Streik vom Leder gezogen, selbstverständlich sind Reaktionäre aufgetreten, um die Massen gegen die Arbeiter aufzuwiegeln. Dagegen sind die Druckarbeiter mit Erfolg vorgegangen: mit Informationsständen in der Stadt, Kundgebungen, Entsendung von Sprechern auf Versammlungen. Diese Politik mußte oft genug gegen die sozialdemokratischen Funktionäre durchgesetzt werden, die sie gebremst und sogar direkt unterdrückt haben.

Während des Streiks hat Mahlein wirklich alles getan, um die durch Urabstimmung festgelegte Forderung von 9 %, mindestens 140 Mark, zu beseitigen, die Ursachen des Streiks zu verhüllen und damit die Solidarität zu schwächen. Er hat Richtigkeit und Gerechtigkeit der Forderung nicht erklärt. Er hat sie gleich gar nicht erwähnt. Stattdessen hat er dauernd von der 6 vor dem Komma geredet, um die es nicht ging und die purer Lohnraub ist. In Hamburg auf der Gewerkschaftsversammlung am 22.5.. hat er sich durch schlichte Lüge aus der Verantwortung schleichen wollen: Er hat behauptet, er habe nie von den 6 % gesprochen. Was ist das für eine Sorte von Gewerkschaftsführern, die vor der Kritik der Arbeiter mit Lügen die Flucht ergreifen müssen und von der eigenen Verantwortung für den Lohnraubabschluß dadurch ablenken, daß sie sie den Massen in die Schuhe schieben?

Druckzentrum Möhringen (Stuttgart)

Im Kampf viel gelernt

Stuttgart. Im Druck- und Verlagszentrum Möhringen, wo unter verschiedenen Firmennamen 700 Lohnabhängige zusammengefaßt sind (400 Arbeiter, 300 Angestellte), waren in der Urabstimmung 88 %, in einem Betrieb 100 % für Streik.

Bereits zu dem Zeitpunkt mußte der Kampf gegen die Aufweichung der Kampffront durch die Gewerkschaftsführung geführt werden. Es begann, als Mahlein erstmals über seine berüchtigten 6 % begann, die vor dem Komma stehen müßten. Das war bereits einen Tag vor der Urabstimmung! „Für 6 % streike ich nicht!" hieß es gleich bei einigen Arbeitern. Wir mußten diese Stimmung sehr ernst nehmen, denn wie sich später als richtig bewies, baute sich die gesamte Kampfkraft auf die Forderung 9 % – mindestens 140 DM auf.

In unseren Betriebszeitungen für die Arbeiter und Angestellten des Druckzentrums, die später – während des Streiks – auch an Beschäftigte anderer Betriebe verteilt wurden, vergaßen wir deshalb nie, immer wieder die Grundlage der Einheit hervorzuheben.

So stand in Stuttgart der Streik geschlossener, als es die Gewerkschaftsführung haben wollte. Sogar Belegschaften kleinerer Betriebe forderten die Fortsetzung des Streiks, als sie nach dem Vollstreik wieder an die Arbeit geschickt werden sollten. Die örtlichen Streikversammlungen wurden von bis zu 1000 Druckern besucht. Noch am Tag vor dem vollständigen Abbruch des Streiks und dem Tarifabschluß bekräftigten sie die 9 %, mindestens 140 DM. Kein einziger, schon gar nicht die Gewerkschaftsfunktionäre, trat öffentlich für einen Kompromiß unterhalb von 140 DM ein. Nicht weil es keine gab, die es nicht wollten, sondern weil die Gewerkschaftsführer es nicht wagten, obwohl sie auf der gegenüberliegenden Straßenseite den Lohnraubabschluß vorbereiteten. Mahlein wagte sich nie vor die Drucker in Stuttgart, obwohl er dort seinen Dienst- und Wohnsitz hat. Seine „Bereitschaft zum Lohnabschluß" bei „einer 6 vor dem Komma" erklärte er lieber im Fernsehen, denn da konnte ihm keiner an die Gurgel springen.

Die Angestellten ...

Von Tag zu Tag spitzte sich die Frage bei den Angestellten zu: Was machen wir? Das Einkommen vieler Angestellten liegt 300 bis 500 unter dem der Facharbeiter. Die IG Druck hatte zu Solidaritätsstreiks aufgerufen. Im Druckzentrum war es schwer, diesen auch zu organisieren. Maximal 25 % sind Mitglied der IG Druck. Nur diese würden Unterstützung bekommen.

Zur Zeit des erneuten Schwerpunktstreiks nach dem Vollstreik versuchte auch die „Stuttgarter Zeitung" eine Notausgabe zu fertigen. Dadurch erfuhr die Auseinandersetzung zwischen den Angestellten und Journalisten einerseits und den Kapitalisten andererseits noch einmal eine Zuspitzung.

... sind solidarisch

32 Angestellte, die in der IG Druck und der DJU organisiert sind, unterzeichneten eine Solidaritätsresolution, in der sie sich weigerten, Streikbrecherarbeiten durchzuführen. Die Geschäftsleitung reagierte prompt. Die Redaktionsmitglieder wurden noch am selben Abend ausgesperrt. Die Angestellten der Anzeigenabteilung und des Rechnungswesens wurden am nächsten Morgen zum Geschäftsführer zitiert, der ihnen in netter, freundlicher Form, von Kollege zu Kollege, das „Angebot" machte, die Unterschrift zurückzunehmen oder aber sofort das Gebäude bis Ende des Streiks zu verlassen. Er behielt sich weitere Schritte wie z.B. fristlose Kündigung vor. Bis auf eine einzige Kollegin verließen alle geschlossen das Gebäude und gingen zur Streikversammlung ins Gewerkschaftshaus.

In der Zwischenzeit hatten die Kollegen der „Turmhaus-Druckerei" und der „Südrolle" bereits beschlossen, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor nicht diese Maßnahmen zurückgenommen würden. Das wurde von der Geschäftsleitung zugesichert; die Angestellten konnten nach zweitägiger Aussperrung am Freitag ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Der Streik stand geschlossen. Viele, die bisher nicht gewerkschaftlich organisiert waren, insbesondere Ausländer und Frauen, organisierten sich. Keiner ist nach dem Abschluß – soweit uns bisher bekannt – ausgetreten. Die Lohnabhängigen im Druckzentrum sind gestärkt aus dem Kampf gegangen, das sind gute Bedingungen für die Zukunft. – (w., Stuttgart)



Oldenburg. „Seit 23 Jahren wird zum ersten Mal wieder richtig gestreikt." Das sagten vor allem ältere Arbeiter während des Druckerstreiks bei der Firma Stalling in Oldenburg, wo 540 Lohnabhängige ausgebeutet werden. In der Urabstimmung stimmten 58 Prozent gegen den Abschluß und für Fortsetzung des Streiks.

Die Stahlkapitalisten gehen ihren Weg:

Von der Neuaufteilung des Marktes zur Neuaufteilung der Welt

Mit einer Lohnerhöhung von 5 Prozent hatte die Stahlindustrie noch Ende des letzten Jahres die Serie von Lohnraubabschlüssen eingeleitet, mit denen die westdeutschen Kapialisten die Lage der Arbeiter und Angestellten drükken, um gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten weiter in die Vorhand zu kommen. Praktisch bedeutete dieser Tarifabschluß lediglich 4,2 Prozent, weil gleichzeitig die bis zum Abschluß gültige Stahlpauschale von 200 DM gestrichen worden war. Begründet wurde dieser Abschluß mit der krisenhaften Lage in der Stahlindustrie.

Inzwischen haben die Stahlkapitalisten unter Ausnutzung der Kurzarbeit die Arbeitsleistung der Stahlarbeiter pro Schicht und Stunde noch einmal mächtig in die Höhe gedrückt. In der Nummer 20 der KVZ berichtete die Betriebszelle Klöckner Bremen, daß im ID-Stahlwerk, wo früher 11, höchstens 12 Chargen gefahren wurden, heute 14 oder 15 Chargen gefahren werden. Von Klöckner Osnabrück berichtete die Betriebszelle, daß im März bei einem Ausfall von 24 auf 93 Schichten 20410 Tonnen produziert wurden, wo früher bei normaler Schichtzahl etwa 22000 Tonnen monatlich produziert worden sind. Entsprechend lauten die Berichte aus anderen Stahlbetrieben.

Bereits 1975 hatte die Produktionssteigerung je Beschäftigtenstunde im Schnitt der letzten 6 Jahre in der Stahlindustrie 7,3 Prozent betragen. Dabei hatten die Stahlkapitalisten zwischen 1971 und 1975 die Belegschaften von 354590 Beschäftigten auf 333629 Beschäftigte und die Zahl der Arbeiter von 271758 auf 256071 abgebaut.

Bereits im Boomjahr 1974 mit der bisher höchsten Stahlerzeugung in Westdeutschland hatten die Stahlkapitalisten ihre Rekordergebnisse aus 265793 Arbeitern, das sind rund 6000 Arbeiter weniger als 1971, herausgepreßt. Von 1974 auf 1975 haben sie die Zahl der Arbeiter dann noch einmal um rund 9700 und die Belegschaften insgesamt um rund 10400 reduziert.

Verglichen mit anderen Industrien ist dieser Abbau der Belegschaften, selbst der Zahl der Arbeiter für 1975, jedoch immer noch relativ gering. Rund 3,6 Prozent der Arbeiter wurden entlassen gegenüber 7,8 Prozent Entlassungen von Arbeitern in der ganzen Industrie.

Die vergleichsweise geringen Entlassungen haben ihre Ursache einerseits darin, daß die westdeutsche Stahlindustrie bereits von 1971 auf 1972 eine großangelegte Rationalisierungswelle mit entsprechenden Entlassungen durchgeführt hatte. In diesem Zeitraum wurden die Belegschaften um rund 15000 und die Zahl der Arbeiter um rund 11600 so sehr reduziert, daß 1973 mit Beginn des Stahlbooms größere Neueinstellungen vorgenommen werden mußten.

Andererseits liegt es daran, daß die Stahlkapitalisten die Belegschaften auf einem Stand halten wollten, mit dem sie sofort auf volle Kapazität umschalten können, damit sie gegenüber der Konkurrenz bei einem Neuaufschwung der Produktion keine Reibungsverluste haben. In dieser Hinsicht haben die Stahlkapitalisten aus der Vergangenheit gelernt. Es hat also mit irgendwelchen sozialen Erwägungen rein gar nichts zu tun, wenn die Stahlkapitalisten vor allem Kurzarbeit machen ließen und vergleichsweise wenig Entlassungen vorgenommen haben. Erstens erreichten sie ihre Zwecke, Lohnabbau und Erhöhung der Arbeitshetze, auch bei Kurzarbeit und zweitens wissen die Stahlkapitalisten inzwischen ausgezeichnet, was ihnen ihre Arbeiter wert sind. Bereits im Oktober 1975 hatte Birnbaum, Aufsichtsratsvorsitzender Salzgitter AG, dazu folgendes ausgeführt:

„Trotz Unterbeschäftigung und schlechter Ertragslage hat die deutsche Stahlindustrie ihren Personalstamm gehalten, lediglich Fluktuationsabgänge nicht ersetzt. Dieses Verhalten hat soziale und ökonomische Gründe. Es sind dies nicht allein die soziale Verpflichtung gegenüber den Mitarbeitern, die in der Hochkonjunktur Mehrarbeit geleistet haben, oder die Rücksichtnahme auf die derzeitige Verfassung der Volkswirtschaft mit ihrem hohen Arbeitslosenstand. Auch die Erkenntnis, daß abgewanderte Spezialisten nur noch in Ausnahmefällen zurückzugewinnen sind und die Ausbildung neuer Fachkräfte viel Geld erfordert, hat dazu beigetragen." (Die Zeit, 3.10.75) Das wichtigste Kapital der Stahlkapitalisten seien die „sach- und fachkundigen disziplinierten Belegschaften", sagte damals der Hauptberater der Direktion Stahl der EG-Kommission Dr. Kutscher (Süddeutsche Zeitung, 24.10.75).

Warum die Stahlkapitalisten die Kurzarbeit Entlassungen in großem Umfang vorgezogen haben, das kommt in einem Artikel der „Frankfurter Rundschau" vom 17. Mai dieses Jahres gut heraus: „Ob sie freilich schon im laufenden Jahr jene Verluste wieder ausgleichen können, die ihnen im abgelaufenen Jahr entstanden, wagen die Bosse in den Manageretagen noch nicht vorherzusagen. Froh sind sie nur alle darüber, daß sie auch in den Zeiten ärgster Not im Herbst 1975 ihre qualifizierten Mitarbeiter nicht entlassen haben, weil diese im neuen Aufschwung im Zweifel nicht mehr alle wiedergekommen wären: Wer jahrelang die schwere und unangenehme Arbeit an einem Hochofen oder im Walzwerk leistet und dann bequemere Arbeitsstätten kennenlernt, pflegt in der Regel nicht mehr ins Stahlwerk zurückzukehren." So stellt sich also dem bürgerlichen pfiffigen Verstand der Hintergrund der sozialen Überlegungen der Stahlkapitalisten dar. Jedenfalls hatten die Stahlkapitalisten Grund, ihre Arbeiterheere zusammenzuhalten, denn sie haben einiges vor.

Nachdem sie in der Krise durch Produktionsabsprachen innerhalb der EG wie auch teilweise im Weltmaßstab die Stahlpreise möglichst hoch gehalten und die Kartellierung vorangetrieben haben, bereiten sie gegenwärtig neue Schlachten um Weltmarktanteile vor.

Die westdeutschen Stahlkapitalisten schließen sich zu diesem Zweck mit den anderen europäischen Stahlkapitalisten, insbesondere den niederländischen und luxemburgischen Stahlkapitalisten enger zusammen. Gegenwärtig handeln sie mit der EG-Kommission die Bedingungen aus, unter denen diese Zusammenschlüsse das Licht der Öffentlichkeit erblicken sollen. In einer gemeinsamen Wirtschafsvereinigung haben sich die westdeutschen, luxemburgischen (Arbed) und niederländischen (Hoogovens) bereits zusammengeschlossen. Ihren Sitz hat diese Wirtschaftsvereinigung in Luxemburg.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete im Februar 1976 über die Pläne der westdeutschen Stahlkapitalisten und ihrer niederländischen und luxemburgischen Verbündeten unter der Überschrift: „Das Super-Ding der Stahlbosse". Scheinheilig erhob sie die Frage: „Will die Stahlindustrie, nachdem sie in der Bundesrepublik zunächst mit den Walzstahlkontoren (1967 und 1971) inzwischen mit den Rationalisierungsgruppen (seit 1971) einige Blöcke zur Kooperation innerhalb der nationalen Grenzen zusammengeschweißt hat, nun über die Grenzen hinaus Kristallisationspunkte für das Wiedererstehen internationaler Stahlkartelle schaffen?" Die „Stuttgarter Zeitung" berichtet am 22.5.76 über diese Bemühungen der westdeutschen Stahlkapitalisen, daß „sich ein luxemburgisch-niederländisch-deutsches Riesen-Stahlkartell abzeichnet, das nach den jüngsen Produktionszahlen 43 Prozent der gesamten Stahlproduktion in den neun Ländern der EG auf sich vereinigen würde".

Nicht aus irgendwelchen sozialen Gründen haben die Stahlkapitalisten ihre Belegschaften beieinander gehalten. Was soll auch sozial daran sein, daß durch Kurzarbeit die Löhne mächtig gesenkt werden und die Leistungen pro Arbeiterstunde gewaltig gesteigert werden, während die Tariflohnerhöhung selbst noch unter die Inflationsrate gesenkt worden ist? Die Stahlkapitalisten halten ihre Arbeiterheere und versuchen sie durch Kurzarbeit zu drillen, um neue Schlachten für Weltmarktanteile schlagen zu können. Damit man die ganze Angelegenheit in der richtigen Perspektive sieht, zitieren wir nochmals die FAZ vom Februar: „Sogleich taucht auch die Erinnerung an die 1924 gegründete deutsche Rohstahlgemeinschaft auf, die 1926 zur internationalen Rohstahlgemeinschaft erweitert und 1933 duch die internationale Rohstahlexport-Gemeinschaft ersetzt wurde."

Solcher „Internationalismus" hat über Schlachten um Weltmarktanteile noch immer zu Kriegen um die territoriale Neuaufteilung der Welt geführt. Vor allem daran werden die Stahlarbeiter denken müssen, wenn ihnen jetzt die Stahlkapitalisten und die führenden Sozialdemokraten gemeinsame Interessen bei der Nutzung des „Aufschwungs" aufschwatzen wollen: wie schädlich dafür doch Lohnerhöhungen oder die Verbesserung der Arbeitsbedingungen seien. Bis zu Beginn der Tarifauseinandersetzung wird sich dieses Geschwätz Monat für Monat verstärken. Es gibt keinen Grund, darauf hereinzufallen. Die Kapitalisten pressen große Arbeiterheere in ihre Fron. Die Arbeiter haben die Fähigkeit, die eigene Geschlossenheit gegen die Herren zu wenden. – (j.s.)

Angaben aus: Eisen und Stahl, 4. Vierteljahresheft 1975, Herausgeber: Statistisches Bundesamt

Meldungen

Die Lohnschere zwischen Effektiv- und Tariflohn haben die Kapitalisten angesetzt, um die ausgezahlten Löhne zu beschneiden. Bei den Arbeitern in der Industrie entwickelten sich die Tariflöhne und die Effektivlöhne folgendermaßen (Steigerung in Prozenten):

Arbeiter

	Tarifstundenlöhne	Stundenverdienst effektiv
1974	11,6	10,0
1975	8,8	7,6

Angestellte in Industrie und Handel

	Tarifmonatsgehalt	Monatsverdienst
1974	11,6	10,0
1975	8,9	7,8

Der höchste Stundenverdienst der Arbeiter in der Industrie überstieg den niedrigsten 1973 um 42 %, 1974 um 48 % und 1975 um 52 %. Durch den Kampf für Mindesterhöhungsbeträge und Festgeldforderungen ist erreicht worden, daß die Löhne der Frauen in sämtlichen Industriezweigen stärker gestiegen sind als die Löhne der Männer, da Frauen in stärkerem Maße in den unteren Lohngruppen eingestuft sind. (Nach: Wirtschaft und Statistik 4/76, Statistisches Bundesamt)

Austritt aus der Konzertierten Aktion: Auf der Landesbezirkskonferenz Nordrhein-Westfalen vom 14.5. beschlossen die Delegierten der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), daß ihre Organisation aus der Konzertierten Aktion austreten müsse, „um gar nicht erst in den Geruch einer Gemeinsamkeit mit den Arbeitgebern zu kommen". Die Unternehmer seien grundsätzlich als Gegner zu betrachten, stellten die Delegierten fest. Außerdem forderte die Konferenz die Absicherung eines 13. Monatsgehaltes.

Jahreshauptversammlung der GEW Kreis Norden gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse: In einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution fordert die Jahreshauptversammlung der GEW Kreis Norden die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. In der Resolution heißt es: „Im Interesse eines solidarischen Vorgehens aller abhängig Beschäftigten und mit Hinweis auf die Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaft lehnt der Kreisverband Nord die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ab." In einer weiteren Resolution wird das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz abgelehnt und das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im öffentlichen Dienst bekräftigt. In einem Beschluß zur Arbeitsplanung wird ein Schwerpunkt gelegt auf den Kampf für die Durchsetzung der Forderungen: Einstellung aller Lehrer! Arbeitslosengeld für arbeitslose Lehrer!

Hannover. Auf der Jahreshauptversammlung der GEW Hannover am 30.4.76 stand die Verabschiedung einer neuen Satzung für den Kreisverband an. Als der Kreisvorstand die Übernahme der **GEW-Bundessatzung** für den Kreis vorschlug, wurde das **abgelehnt.** Unter anderem wurde ausgeführt, daß die Bundessatzung die Einheitsgewerkschaft spaltet, weil sie Kommunisten aus der Gewerkschaft ausschließt. Die Bundessatzung schreibt vor, in der GEW soll sich nur organisieren können, wer die „freiheitlich demokratische Grundordnung" anerkennt. Dagegen wurde gehalten, der Zweck der Gewerkschaft im öffentlichen Dienst ist, alle Lohnabhängigen gegen den staatlichen Dienstherrn auf dem Boden ihrer selbständigen Interessen zusammenzuschließen und nicht auf dem Boden der „Staatstreue". Mit 42 zu 41 wurde beschlossen, daß der Kreisverband die Übernahme der Bundessatzung ablehnt.

Frankfurt/M. Die Personalratswahlen an der Universität Frankfurt Kernbereich waren ein Erfolg für die Kandidaten von ÖTV und GEW, die auf einer **gemeinsamen Liste** und einem gemeinsamen Programm kandidierten. In dem Programm sind die aktuell wichtigsten Forderungen zusammengefaßt: zum Beispiel nach Aufhebung der Stellensperre, Rücknahme von Mittelkürzungen, unbefristeteten Arbeitsverträgen für wissenschaftliche Angestellte, Eingruppierung aller Sekretärinnen nach BAT VI b. Von 16 Sitzen erhielt die Liste 10. Die Zusammensetzung des vorigen Personalrats war: 4 Gewerkschafter, die übrigen Beamtenbund, Unabhängige und DAG.

Kelsterbach. Wieder einstellen mußten die Glanzstoff-Herren im Werk Kelsterbach einen Elektrotechniker, dem sie einen Artikel über Glanzstoff in der 1. Mai-Zeitung des DGB-Ortskartells Kelsterbach anlasteten. Die Geschäftsleitung hatte ihn fristlos entlassen wegen „Verletzung der Treuepflicht". In dem Artikel „Wie sozial ist Glanzstoff?" waren die heruntergekommenen Arbeiter-Werkswohnungen kritisiert worden, während die Direktoren in werkseigenen Einfamilienhäusern mit großem Garten wohnen. In zahlreichen gewerkschaftlichen Solidaritätsadressen war die Entlassung verurteilt und die Zurücknahme gefordert worden. Der DGB hatte eine Solidaritätsveranstaltung organisiert.

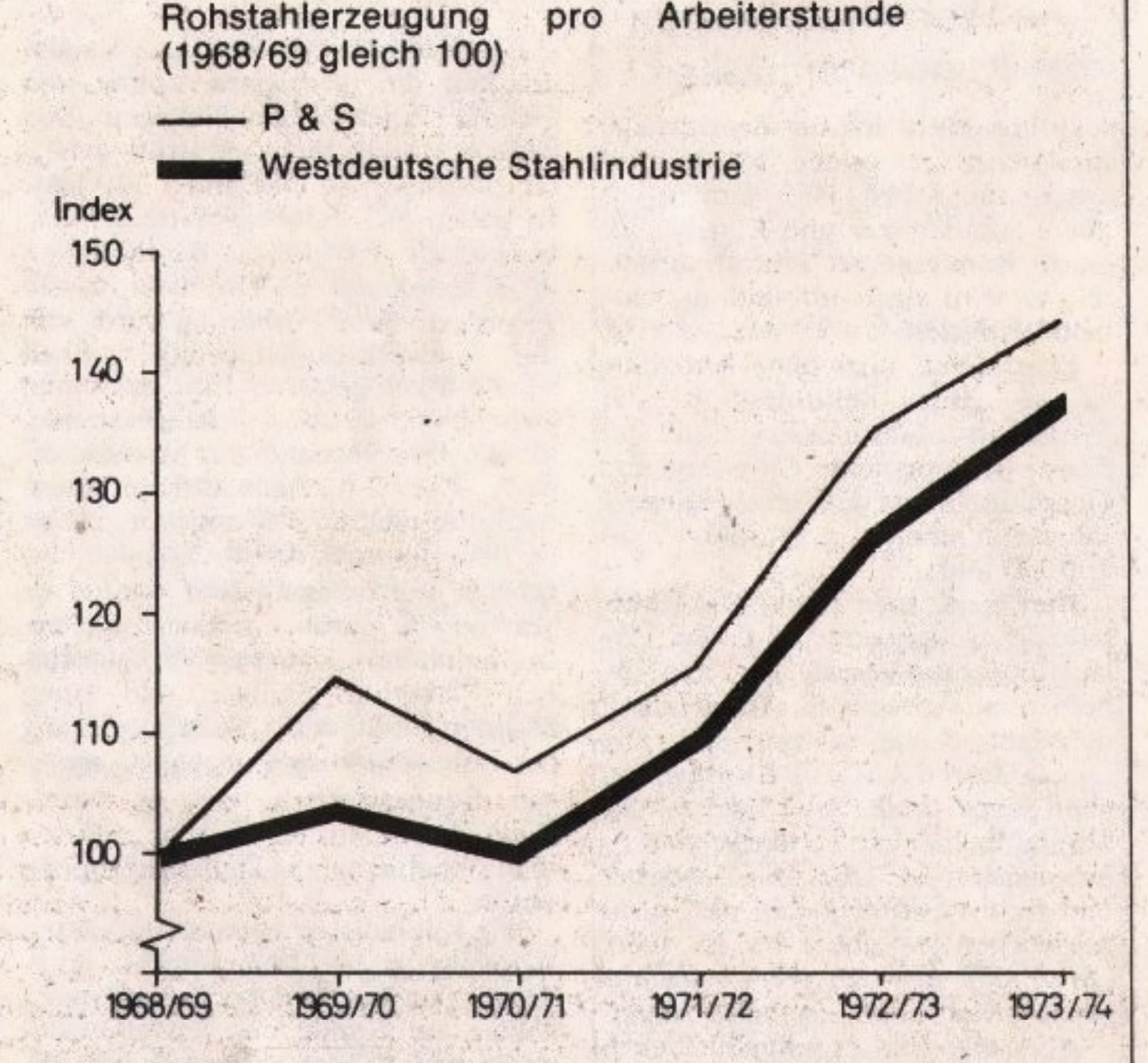
Peine-Salzgitter

Schwerpunkt Mehrarbeit

Salzgitter. „Das weltwirtschaftliche Klima ist härter geworden. Ein Unternehmen ist so gut und so konkurrenzfähig wie die Leistungsbereitschaft seiner Mitarbeiter in dieser Zeit. Alle Bemühungen des Unternehmens und der Betriebsräte, die den Werken und den Menschen dienen, können nur Erfolg haben, wenn sie auch von allen mitgetragen werden." So heißt es in einem Neujahrsgruß zur Jahreswende, der von Vorstand und Gesamtbetriebsrat gemeinsam unterzeichnet ist und in der Werkszeitschrift von P & S veröffentlicht wurde.

Die Belegschaft von P & S wurde durch Einstellungsstopp von 19 897 am 30. September 1974 um 1 177 Kollegen auf 18 720 am 31. Dezember 1975 abgebaut, hinzurechnen muß man den Abbau der im Werk beschäftigten Fremdfirmen, der gut und gerne noch einmal 600 Arbeiter und Angestellte ausmacht. Gestiegen ist im letzten Jahr die Produktivität. Lag die Produktivität Ende 1974 im Peiner Blasstahlwerk bei 3,56 Tonnen pro Arbeiterstunde, so lag sie im August letzten Jahres bei 3,83 Tonnen, 7,6 % höher. Aus der Stranggießanlage im Blasstahlwerk Salzgitter wurde z.B. im letzten Monat eine absolute Höchstleistung herausgeholt, 120 000 Tonnen ebenfalls mit weniger Leuten, während 90 000 bis 100 000 normalerweise gefahren wurden.

Ein wesentlicher Teil der Bemühungen um Steigerung der Konkurrenzfähigkeit liegt in Investitionen, bei denen, wie Birnbaum, Vorstandsvorsitzender des Salzgitter-Konzerns und Aufsichtsratsvorsitzender von P & S, selbst sagte, der Schwerpunkt auf Rationalisierung liegt. Z.B. die neue Universalmittelstraße im Werk Peine. Sie ist die modernste Walzenstraße Europas und ersetzt das veraltete Walzwerk 2. Schafften im Walzwerk 2 300 Kollegen 12 000 Tonnen im Monat, so in der neuen Universalmittelstraße eine etwas geringere Anzahl Kollegen 35 000 bis 40 000 Tonnen, bei einer möglichen Erweiterung sogar 80 000 Tonnen im Monat. Also eine ungeheure Steigerung der Ausbeutung. – (w)



Peine-Salzgitter (P & S): 1963/64 waren 18300 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, 2,5 Mill. Tonnen Rohstahl wurden produziert. 1973/74 waren 19900 beschäftigt, 5,5 Mill. Tonnen Rohstahl wurden produziert. Die Produktivität ist weiter gestiegen. Im Peiner Blasstahlwerk lag sie Ende 1974 bei 3,56 Tonnen pro Arbeiterstunde, im August 1975 bei 3,83 Tonnen.

Bundesarbeitsminister Arendt (SPD): Die Lohnabhängigen essen zuviel

Bundesarbeitsminister Walter Arendt (SPD) erklärte auf der gesundheitspolitischen Fachkonferenz der SPD, es müsse damit Schluß gemacht werden, „nachträglich die gesundheitlichen Schäden eines ungezügelt verlaufenen Konsums zu beheben". (Frankfurter Rundschau, 22.5.76) Also: Arbeiter, iß weniger! Trink kein Bier mehr, sondern Selterswasser! Der schädliche Bohnenkaffee wird ersetzt durch Muckefuck und mit den Zigaretten ist ganz Schluß! Im Dienst an der Volksgesundheit erhöht die Regierung jetzt schon die Branntwein- und Tabaksteuer. – Das ist die gesundheitspolitische Botschaft des Walter Arendt. Den Kapitalisten springt darüber das Herz im Leibe. Seit Jahr und Tag versuchen sie den Wert der Arbeitskraft zu drücken. Selber halten sie von solchen Gesundheitsappellen natürlich nichts. Die offizielle Statistik verhüllt die Prassereien der Kapitalisten. Schon für die Haushalte der Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen (4000 DM monatlich) gibt sie aber an, daß vier Personen von ihnen im Durchschnitt 10 Eier mehr im Monat (70 statt 60), ein Drittel mehr an Sahne (0,88 statt 0,66 kg), um 50 % mehr Käse (4,2 kg statt 2,8 kg) und Obst (17,1 kg statt 12,9 kg) im Monat verbrauchen als ein „4 Personen-Arbeitnehmerhaushalt". Der 4 Personen Arbeitnehmerhaushalt ist dabei 1975 mit Monatsausgaben von netto 2760 DM angesetzt. Arbeiter können da nur drunter fallen, wenn Mann und Frau Akkord arbeiten und massenhaft Überstunden machen. Bei den Arbeitern ist Arendts Magermilch-Gesundheitsprogramm schon in voller Wirkung.

Chemie-Lohnraubabschlüsse in Rheinland-Pfalz, Hessen und Westberlin

BASF-Arbeiter: Der Abschluß wird verurteilt

In Rheinland-Pfalz, in Westberlin und in Hessen hat die IG Chemie eine Tariferhöhung von 5,85 %, mindestens 85 DM abgeschlossen. Über die Entwicklung der Auseiandersetzungen schreibt die BASF-Zelle Ludwigshafen:

Ludwigshafen. Am Mittwoch letzter Woche, dem 19.5.,haben die Tarifkommission und die Chemiekapitalisten in Rheinland-Pfalz die Tarifrunde mit 5,85 %, mindestens 85 DM abgeschlossen. Gefordert wurden 5,4 % und 50 DM. Der Abschluß bedeutet also:

Lohngruppe	Monatsgrundlohn	Ergebnis
I	1255	85,00
II	1317	85,00
III	1376	85,00
IV	1447	85,00
V	1552	90,80

Alle, die unter 1452 verdienen, stehen mit der 85 DM Tariflohnerhöhung besser da. Wer über 1452 DM verdient, erhält durch die 5,85 % Erhöhung mehr. Bei BASF ist die Festbetragserhöhung von 85 DM für die Lohngruppen 1 bis 4 besser. Bei den Angestellten für K1/T1 in allen Altersgruppen, für K2/T2 bis 23 Jahren und für K3 bis 23 Jahren. Danach bringt die Prozenterhöhung mehr. Die Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen ist in den Lohngruppen 1 bis 4. Die Masse der Angestellten fährt mit der Prozenterhöhung besser. Dieser niedrige Abschluß spaltet also die Belegschaft und von den Arbeitern konnte man hören: „Das ist ein Abschluß für die Angestellten." Die Vertrauensleute von BASF hatten dagegen einen Betrag von 130 DM gefordert.

Die Kapitalisten haben mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung jetzt einen Lohnraubabschluß durchgesetzt. Sie wollten zunächst einen noch niedrigeren Abschluß durchsetzen. Aber durch den Druckerstreik hatte sich die Lage geändert. Und sie haben die Kraft der Chemiearbeiter zu spüren bekommen.

Nachdem die Kapitalisten in der zweiten Verhandlungsrunde ihr provokatives 5 %-Angebot vorgelegt hatten, gingen erstmals die Lehrlinge im Anschluß an Jugendversammlungen dreimal hintereinander auf die Straße. Und insgesamt fast 3000 traten in Demonstrationen durch das Werk gegen das Kapitalisten-Angebot auf. Es folgten am 7.5. die Streiks der Arbeiter aus den Bauten I 400, H 307, H 400 und den umliegenden Zentralwerkstätten. Diese Aktion umfaßte 2000 Kollegen und schloß auch Lehrlinge mit ein. Die Aktion schloß mit einer Demonstration und einem Marsch zum Betriebsrat. Zur Geschäftsleitung marschierten am 10.5. etwa 900 Vertrauensleute. Einige Tage später, am 14.5., legten Hunderte von Drehern und Armaturendrehern ab morgens 10 Uhr für einen Tag die Arbeit nieder.

Es saß den Kapitalisten die Angst im Nacken, als sie nach der Aktion der Handwerker ein Flugblatt verteilen ließen, in dem sie an die „Friedenspflicht" appellierten und „Besonnenheit" sowie „Vertrauen" auf die Verhandlungen forderten.

Gerade in der jetzigen Situation können die Kapitalisten keine Streiks brauchen: Die Auftragsbücher sind voll, die Anlagen sind jetzt im Durchschnitt 80 bis 90 % ausgelastet (vorher zwischen 50 und 60 %).

Sofort nach dem Abschluß haben sie ihren Geschäftsbericht für das erste Quartal 1976 vorgelegt. „Die wirtschaftliche Entwicklung der Gruppe hat sich im ersten Quartal wesentlich gebessert." Gegenüber dem Vorjahr hat die BASF AG eine Umsatzsteigerung von 15,3 % und einen Gewinn vor Steuern im Vergleich zu 1/75 um 35,9 %. Freuen werden sich mit den Kapitalisten die außertariflich bezahlten Angestellten, deren Schmiergelder rückwirkend ab 1. Januar erhöht werden sollen. Die Aktionäre bekommen 14 % Dividende.

Keinen Grund zum Jubeln haben die Arbeiter: Für sie bedeutet der Jubel der Kapitalisten eine Produktivitätssteigerung bei gleichzeitigem Reallohnabbau (in der Chemieindustrie war das Produktionsergebnis einer Arbeiterstunde von 1970 auf 1974 von 100 auf 142,5 gestiegen): Eingeleitet durch den Nacht- und Nebelabschluß von 6,8 % im letzten Jahr folgten dann eine Kurzarbeitsperiode, Zulagen wurden gestrichen, das Weihnachtsgeld wurde gekürzt.

Die Belegschaft wurde um 2,9 % abgebaut. Ganze 250 Kollegen wurden in der Produktion eingestellt, als Ausgleich für natürliche Abgänge. Getreu dem Motto des Sprechers der Chemiekapitalisten, Sammet: „Steigern ohne Neueinstellungen." (30.4. im Deutschlandfunk)

Ein paar Beispiele:

In einem Farbenbetrieb war vor der Kurzarbeit im letzten Jahr eine neue Maschine aufgestellt worden. Zwei zusätzliche Arbeiter sollten eingestellt werden. Vor und während der Kurzarbeit stand sie still. Inzwischen wird sie gefahren. Von Neueinstellungen ist nicht mehr die Rede. Sie muß von den Kollegen mitbedient werden. Die Schichten sind zum Teil so schlecht besetzt, daß die Arbeiter wie die im Betrieb F 700 nicht mal Gelegenheit haben, während der Arbeitszeit aufs Klo zu gehen.

Im Werk Oppau führte die Arbeitshetze erst kürzlich zu einer Verwechslung beim Abnehmen von Tankwagen, so daß Kesselwagen, die nicht in Ordnung waren, freigegeben wurden. In einer Dispersionsfabrik im Werksbereich G wurden in den Labors immer weniger Spülfrauen beschäftigt, so daß die übriggebliebenen kaum noch mit der Arbeit zurechtkommen. Überstunden werden gemacht, in einigen Sparten werden Freischichten gestrichen.

Chemiekapitalisten liegen im scharfen Kampf mit der Konkurrenz. Jetzt, wo sie die Produktion steigern, trifft sie jeder Streik besonders stark.

Die BASF-Arbeiter haben diese für sie günstigen Kampfbedingungen für sich durch die Warnstreiks genutzt. Aber einige Tage vor dem Abschluß wurden weitere Aktionen von den Sozialdemokraten im Betriebsrat und der Gewerkschaftsführung offen sabotiert. So erschien auf einer Versammlung der Arbeiter und Angestellten aus der AWETA (Anwendungstechnik) weder ein Betriebsrat noch einer von der Geschäftsführung.

Für Dienstag letzter Woche waren Versammlungen in den Kantinen geplant. Diese wurden vom Betriebsrat direkt zurückgepfiffen.

Der Abschluß wird von den Arbeitern abgelehnt: „Wir sind verkauft worden." „Die muß man wieder schaffen schicken." Die Kollegen waren sauer und die Empörung bekam auch Bezirksleiter Hans Schweitzer, Mitglied der Tarifkommission, auf der Vertrauensleuteversammlung am letzten Donnerstag zu spüren.

Der Betriebsratsvorsitzende Bauer wurde als „Oberabwiegler" bezeichnet und die Vertrauensleute aus den Ammonlabors verurteilten in einer [illegible] Resolution das Verhalten von Betriebsrat und Gewerkschaftsführung. – (n., Zelle BASF)



Die Chemiekapitalisten wollen 1976 ihre Profite um 35 Prozent steigern. Sie zwingen die Arbeiter, immer schneller zu arbeiten. Bei der Tochterfirma von Bayer, der Kieler Pharma- und Veterinärprodukte GmbH, ist in der Spraydosenabfüllung (siehe Bild) die Stückzahl von 12000 auf 19000 Spraydosen pro Tag erhöht worden. An der Spritzenabfüllmaschine wurde die Stückzahl von 7000 auf 12000 Spritzen erhöht, innerhalb eines Jahres wurde die Zeit für das Saubermachen der Arbeitsgeräte von 25 Minuten auf 5 Minuten gekürzt. (Siehe auch die Meldung über die Entlassung wegen einer Unterschriftensammlung für 135 DM-Mindestforderung.)

Keine Entlassung wegen Unterschriftensammlung!

Kiel. Weil er Unterschriften für eine Mindestforderung von 135 DM gesammelt hatte, wurde der Betriebsschlosser M. Smit von der Kieler Pharma- und Veterinärprodukte GmbH, einer Tochterfirma des Bayer-Konzerns, entlassen. Im Entlassungsschreiben wird als weiterer Entlassungsgrund genannt eine Unterschriftensammlung für die Forderungen der Komitees gegen den § 218: Weg mit dem § 218! Volksentscheid gegen den § 218! Gegen die Entlassung verteilte der Entlassene einen offenen Brief an die Belegschaft, worin er nachwies, daß seine Entlassung im Zusammenhang damit steht, daß die Belegschaft zu erhöhter Leistung angetrieben und in ihrem Zusammenschluß gehindert werden soll. Die IG Chemie hat Rechtsschutz gegeben. Das Kiel/Wiker Komitee gegen den § 218 hat in einem offenen Brief die Rücknahme der Entlassung gefordert und führt eine Unterschriftensammlung durch.

Auf dem Arbeitsamt

Wie auf dem Sklavenmarkt!

Das Arbeitsförderungsgesetz droht jedem, der eine „zumutbare Arbeit" ablehnt, mit dem Entzug des Arbeitslosengeldes. Im letzten Jahr wurde das Gesetz verschärft. Die Arbeitslosen sollen jetzt gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen, wenn Tariflohn gezahlt wird. Wie die Lohndrückerei durch den kapitalistischen Staat, der das Arbeitsamt in seiner Hand hat, betrieben wird, berichtet die Zuschrift.

Goslar. Ich bin seit ein paar Monaten arbeitslos und muß mich deshalb regelmäßig nach Aufforderung beim Arbeitsamt melden, wenn ich nicht riskieren will, eine vierwöchige Sperrfrist meines Arbeitslosengeldes zu bekommen.

Am Dienstag war ich nun wieder einmal für den frühen Nachmittag zum Arbeitsamt bestellt worden. Als ich dort ankam, war es noch geschlossen und davor warteten etwa 60 Menschen, größtenteils türkische Frauen, auf Einlaß. Nachdem endlich geöffnet wurde, zerstreute sich die Menge nicht, sondern alle liefen in die gleiche Richtung und allmählich merkten wir alle, daß wir zu einer „Massenabfertigung" bestellt worden waren.

Wir wurden in einen viel zu kleinen Raum gepfercht, wo die Hälfte sich mit Stehplätzen, teilweise sogar auf dem Flur, begnügen mußte. Als wir jetzt auch noch eine Viertelstunde warten mußten, machte sich überall der Unmut Luft: „Mit uns können die's ja machen, uns können sie ja erpressen mit dem Geld."

„Wir sind doch keine Affen hier", solche und ähnliche Äußerungen hörte man überall.

Die Empörung wuchs jedoch noch, als wir endlich den Zweck erfuhren. In einem arroganten Tonfall wurden wir erst einmal gebeten, still zu sein.

„Eine Konservenfabrik in Seesen braucht mal wieder Kräfte für die Obst- und Gemüseverarbeitung, und zwar von etwa Anfang Juni bis Dezember. Die Bezahlung ist 5,96 DM für die Frauen" (starker Protest bei den Frauen) „und 7,50 DM bei den Männern – die müssen ja auch andere Arbeit machen. Für den Bus muß jeder noch 7,50 DM pro Woche Eigenbetrag zahlen, den Rest trägt die Firma.

Ich sage ihnen gleich, daß sie jede zumutbare Arbeit annehmen müssen, sonst kriegen sie eine Sperrfrist. Die Arbeit hier ist zumutbar, das Gemüse muß verarbeitet werden, sonst schadet das unserer Volkswirtschaft. Und jetzt unterschreiben sie hier mal alle, daß sie die rechtlichen Konsequenzen anerkennen."

Diesen Vertrag hielt uns eine Dame vom Arbeitsamt und wir waren alle wie geplättet.

Deutlicher kann sich die völlige Rechtlosigkeit aller Arbeitslosen gar nicht zeigen, wir kamen uns vor wie auf einem Sklavenmarkt. „Das Arbeitsamt nutzt nur den Unternehmern", meinte ich zu meiner Nachbarin, die mir voll zustimmte. Eine andere sagte: „Da kann der Chef sich eins ins Fäustchen lachen, die nutzen die Arbeitslosigkeit aus, um uns immer weniger Geld zu geben."

Die Tatsache, daß man hier für einen Hungerlohn massenweise verschachert werden soll, zeigt wie richtig die Forderung ist nach Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet und aus dem Versicherungsfonds unterhalten werden, dessen Kosten von den Kapitalisten bestritten wird. – (c.)

„An Wertvorstellungen der Kunden anpassen"

In Frankfurt sitzt die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit. Hier werden vor allem Akademiker und Künstler ins ganze Bundesgebiet zentral vermittelt; es wird auch vom und ins Ausland vermittelt.

Eine kleine, aber feine Abteilung ist das „Büro Führungskräfte der Wirtschaft". Führungskräfte auf der Ebene der Vorstände, Direktion und Geschäfts(bereichs)leitung (Mindesjahreseinkommen 80000 bis 100000 DM).

Hier merkt man nichts vom Haushaltssicherungsgesetz und dem Arbeitsförderungsgesetz, das den arbeitslosen Arbeiter in Arbeiten mit niedrigem Lohn zwingen soll. Die feinen Herren Ausbeuter werden mit gediegener und zuvorkommender Sorgfalt behandelt. Es herrscht absolute Diskretion. Über die Bewerber und freie Positionen z.B. darf nicht gesprochen werden, das ist tabu. *„Man paßt sich den Wertvorstellungen der Kunden an"*, so heißt es hier.

Aber hier geht es schließlich auch nicht um die Vermittlung von Arbeitern, wird erklärth, sondern darum, das Management der Unternehmen durch Beratung und Vermittlung zu stärken; also: mit den Geldern der Lohnabhängigen ihren Ausbeutern fähige Sachwalter zu besorgen. – (e)

Einzelhandel

Gezwungen, zusätzlich zu arbeiten

Die Beschäftigten im Einzelhandel erhalten die niedrigsten Löhne und Gehälter aller Lohnabhängigen. Das bedeutet für die Mehrheit Bruttogehälter zwischen 840 DM und 1 300 DM. In Baden-Württemberg hatte die Gewerkschaft HBV für die Beschäftigten im Einzelhandel 135 DM mehr für alle gefordert. Diese Forderung wurde von der Gewerkschaftsführung schnell wieder fallen gelassen. Eine Erhöhung zwischen 6,5 % und 8 % kam zustande, als die Druckarbeiter im Streik standen. Die Einzelhandelskapitalisten hatten zunächst 5,4 % angeboten. Unter dem Eindruck der wachsenden Unruhe in den Belegschaften wurden sie gezwungen, darüber hinaus zugehen. In Mannheim z.B. haben Verkäuferinnen Plaketten getragen und einen Stand in der Stadt für die Propagierung der Lohnforderung gemacht. In anderen Bundesländern, z.B. in Nordrhein-Westfalen in Essen, führten die Lohnabhängigen Demonstrationen durch.

Die Kapitalisten konnten mit diesen Abschlüssen die Löhne im Einzelhandel für den Großteil der Beschäftigten weiter am Rande des Existenzminimums halten. Eine gelernte Verkäuferin bekommt jetzt nach der Lehre 900 DM, das sind 60 DM mehr als bisher. Erst nach neun Berufsjahren erhält sie ein Gehalt von 1385, zuvor waren es 1300 DM. Eine ungelernte Verkäuferin bekommt im ersten Tätigkeitsjahr nach der Lohnerhöhung von 50 DM 713 DM, im achten Tätigkeitsjahr 1080.

Die geringen Löhne reichen zum Leben kaum aus. Aus Freiburg berichtet eine Zuschrift: „Ein Teil des Personals bei Kaufhof Freiburg ist dazu gezwungen, zusätzlich abends oder am Wochenende noch an einer anderen Arbeitsstelle zu arbeiten."

Der jetzige Lohnraubabschluß wird von den Arbeitern und Angestellten abgelehnt. Mit „Herzlichen Glückwunsch für die Beschäftigten im Einzelhandel", wie die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung den Abschluß bekannt machte, kann die HBV-Führung den Abschluß den Beschäftigten im Einzelhandel nicht verkaufen. Die Kapitalisten gaben schon bekannt, daß sie eine Gewinnsteigerung von 17 Prozent für 1976 erwarten. So nannte ein Gewerkschaftsfunktionär auf der Betriebsversammlung von Hertie, Freiburg, den Abschluß „enttäuschend". Er berichtete, daß die große Tarifkommission den Abschluß nur mit einer Stimme Mehrheit annahm.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel wurde 1975 im Durchschnitt um 2 % abgebaut, zugleich wurde der Umsatz preisbereinigt um 2,7 % erhöht. Die Kapitalisten werden versuchen, diesen Weg der verstärkten Auspressung von Mehrarbeit weiter zu gehen. Dagegen entwickelt sich der Widerstand, wie die Aktionen während der Tarifrunde zeigten. – (Red)

ÖTV-Vertrauensleute im Kreiskrankenhaus Schwetzingen fordern:

„Keine REFA-Kontrolle am Krankenhaus!“

Schwetzingen. Nach den Lohnraubabschlüssen geht der staatliche Dienstherr jetzt daran, Arbeitsplätze wegzurationalisieren und durch Steigerung der Arbeitshetze noch mehr aus den Kollegen herauszuholen.

Am Kreiskrankenhaus hat sich der Dienstherr zunächst den „Botendienst“ aufs Korn genommen. 5 Kollegen waren bis jetzt damit beschäftigt, Laborzettel einzusammeln und die Befunde auf die Stationen zu verteilen, das Essen aus der Zentralküche auf die Stationen zu bringen, die Abteilungen mit Medikamenten zu versorgen usw.

Bis zu 15 km Wegstrecke werden dabei am Tag zurückgelegt. (Das ist mit einem Schrittzähler ziemlich genau ermittelt worden.) Hat ein Bote noch Wochenenddienst, dann beträgt die wöchentliche Wegstrecke bis zu 110 km. Hinzu kommt, daß die Boten Arbeiten verrichten müssen, die anfangs gar nicht vorgesehen waren. Über Mangel an Arbeit können sie sich nicht beklagen. Zur Zeit ist es sogar so, daß ein Arbeiter aus der Gärtnerei und einer der Bettenzentrale mit aushelfen müssen, weil sonst die Arbeit nicht erledigt werden kann.

In der letzten Woche passierte nun folgendes: Ein Bote bekommt seine Rente wegen Berufsunfähigkeit in seinem früheren Beruf durch. Der Verwaltungsdirektor Michael reagiert darauf sofort: Er kündigt die Entlassung des Kollegen an (was nach Anerkennung des Rentenanspruchs wegen Berufsunfähigkeit gesetzlich möglich ist, obwohl der Bote in seinem jetzigen Beruf voll einsetzbar ist und gebraucht wird.

Die übrigen 4 Boten sollen die Arbeit des Entlassenen mitschaffen. So denkt sich das der Direktor. Damit nicht genug: Aus den verbleibenden Boten soll noch mehr herausgepreßt werden. Der Kerl, der nur seinen Schreibtisch kennt, ordnet an: Die Bildung von einem ersten bis vierten Dienst. Das, was bislang von 5 Boten in zusammen täglich 40 Stunden geschafft wurde – bei großer Anstrengung – soll jetzt von 4 Boten in nur 25 Stunden bewältigt werden. Das heißt: mehr als doppelt soviel schaffen.

Begründet hat der Verwaltungsdirektor die Anordnung damit, angeblich wäre zu wenig Arbeit für die Boten vorhanden. Er, Michael, habe die Grundrißpläne der einzelnen Abteilungen und Etagen studiert (!) und auf Grund seiner Berechnungen sei er zu dem Ergebnis gekommen, daß die anfallenden Botengänge mit einem geringeren Zeitaufwand, nämlich 25 Stunden, erledigt werden müssen.

Mit dem Zirkel auf den Grundrißplänen sind 15 km schnell zurückgelegt. In die Verlegenheit, das Pensum mit den Füßen bewältigen zu müssen, kommt der feine Verwaltungschef nicht. Schwitzen sollen die Boten.

Als Kalkulator ist der Verwaltungsdirektor schon im August letzten Jahres übel aufgefallen, als er versuchte, mit dem Notizblock in der Hand die Arbeitsleistung des Personals im Operationsbereich zu messen. Daran wurde er damals durch den Widerstand der Angestellten gehindert.

Man weiß jetzt genau, wozu seine Berechnungen, die er in seiner guten Stube im bequemen Ledersessel anstellt, nötig sind: noch mehr aus den Arbeitern und Angestellten herauszuholen und die Schweißauspressung bis zum Gehtnichtmehr zu steigern. Dafür wird er auch fett bezahlt.

Ob er mit seinen Plänen durchkommt, ist mehr als fraglich. Die Boten haben schon gezeigt, daß sie sich das nicht einfach gefallen lassen. Sie sind zum Personalrat gezogen und haben ihn aufgefordert, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Anordnung zu Fall zu bringen.

REFA-Kontrollen am Krankenhaus

Die Rationalisierungsmaßnahme beim Botendienst ist jedoch nur das Vorgeplänkel eines noch größeren Feldzuges, den der Dienstherr gegen die Kollegen plant: Für Mitte Juli hat das Landratsamt Heidelberg das Erscheinen einer sogenannten „Wirtschaftlichkeitsprüfungskommission“ am Kreiskrankenhaus angesagt. Geprüft werden soll die „Wirtschaftlichkeit“ des Betriebes. Das Landratsamt teilt mit, die Prüfung sei von den Krankenkassen nach § 24 und 25 des Krankenhausgesetzes von Baden-Württemberg beantragt worden, weil ihnen die festgesetzten Pflegesätze zu hoch erschienen seien. Ein Stuttgarter REFA-Institut soll zur Überprüfung der Personalkosten mit einer Arbeitsplatzanalyse den Arbeitern und Angestellten auf den Leib rücken und Rationalisierungen vorschlagen, die auf Personalverknappung, verschärfte Arbeitshetze, Steigerung der Intensität der Arbeit und der Vernutzung der Arbeitskraft hinauslaufen werden. Kurz, es wird sich um eine hundsgewöhnliche kapitalistische Rationalisierung handeln, genau wie das beim Botendienst der Fall ist.

Und so wird sie auch von den Herren Antreibern eingesetzt. Der Chirurgiechefarzt Gögler z.B. mokierte sich jüngst im OP-Saal darüber, daß einige Kollegen kurzfristig ohne Beschäftigung waren, weil der Operationsbeginn sich verzögerte und drohte mit der REFA-Kommission, da würde der Laden geschmierter laufen und die Faulenzerei würde aufhören. Dabei ist gerade der OP ein Bereich, wo besonders intensiv geschafft wird.

Die meisten Kollegen haben jetzt schon einen gehörigen Haß auf die REFA-Leute.

Wie man gegen die Maßnahmen vorgehen soll, darüber gibt es verschiedene Meinungen.

Einige sagen, man müsse, wenn die Leute da sind, sich auf den Hosenboden setzen und ranklotzen, und wenn es nichts zum ranklotzen gebe, müsse man eben so tun, als ob man vor Arbeit nicht wisse, wo vorne und hinten ist.

Andere halten den „Dienst nach Vorschrift“ für das beste Rezept. Sie glauben, wenn man sich nicht überschlage, wie das oft der Fall ist, käme sofort raus, daß die Arbeit von dem vorhandenen Personal gar nicht zu schaffen sei.

Mit beiden Rezepten wird man den Rationalisierungsmaßnahmen keinen Riegel vorschieben können.

Tut man das eine, verzichtet man z.B. auf die Zigarettenpausen, schindet sich, fördert man genau das, was die Rationalisierungskommission beweisen will: Mehrarbeit, größere Arbeitsintensität kann verlangt werden.

Mit dem Aufbau von Potemkinschen Dörfern dagegen hat man nicht viel gewonnen. Das wird die Kommission schnell durchschauen. Die sind in solchen Sachen ja schließlich Profis.

Tut man das andere, will man der Kommission beweisen, daß eigentlich mehr Personal nötig sei, wird man auch nicht weit kommen. Die REFA-Kommission ist nun einmal nicht hergekommen, um den Personalbedarf festzustellen, sondern mit dem Auftrag und festen Vorsatz, Rationalisierungsmöglichkeiten zu finden.

Will man die Rationalisierung auf dem Rücken der Kollegen abwehren, wird man darauf hinarbeiten müssen, daß die REFA-Kommission gar nicht erst einen Fuß auf die Erde bekommt.

Das Personal setzt sich zur Wehr

Der Personalrat des Kreiskrankenhauses hat als erstes auf die Empörung unter den Kollegen mit einem Flugblatt reagiert, in dem es unter anderem heißt:

„Wir möchten aber an dieser Stelle keinerlei Zweifel daran lassen, daß wir von dieser Prüfung und vor allem von der Tätigkeit des REFA-Instituts für die Interessen der Belegschaft wie der Patienten nichts Gutes erwarten und nicht zuletzt eine ernsthafte Störung des Betriebsfriedens befürchten, weil am Ende nicht eine Erweiterung, sondern allenfalls eine Kürzung des Stellenplans stehen wird. Der Personalrat wird sich solchen Vorhaben mit aller Entschlossenheit widersetzen.“

Die ÖTV-Vertrauensleute haben ebenfalls gehandelt und eine Erklärung als Flugblatt den Kollegen zur Kenntnis gebracht und eine Unterschriftenaktion vorbereitet. Außerdem wurde die Einberufung einer Personalversammlung gefordert, auf der Personal und Personalrat gemeinsam über mögliche Schritte gegen die REFA-Kontrollen beraten können.

In der Resolution der Vertrauensleute heißt es unter anderem:

„Es ist noch nicht lange her, daß durch den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst es den staatlichen Dienstherren gelungen ist, den Lohn abzubauen. ... In wenigen Monaten haben Streichungen von betrieblichen Sozialleistungen wie Essensgeldzuschuß, Mietzuschuß etc. ein weiteres getan, um unsere Arbeitskraft für den Dienstherren zu verbilligen. Jetzt sollen Kollegen für überflüssig erklärt, die Arbeit der anderen intensiviert werden. Um das zu untermauern, soll die Arbeit der Kollegen durch die REFA-Kommission überprüft werden. ...

Alle diese Maßnahmen dienen der Senkung der Kosten für die Arbeitskraft. Davon hat nur der staatliche Arbeitgeber einen Vorteil sowie die Unternehmer, die der Staat mit dem Eingesparten mehr subventionieren kann. Das Personal des Kreiskrankenhauses muß sich gegen diese Angriffe des Dienstherren wehren.

Unterstützt die Forderungen der Unterschriftensammlung:
– Keine REFA-Kontrollen am Kreiskrankenhaus
– Keine Rationalisierungen auf dem Rücken der Kollegen
– Keine Ausdehnung von Mehrarbeit und Überstunden
– Ausweitung der Stellenpläne.“ – (Zelle Kreiskrankenhaus Schwetzingen)

GEW-Demonstration Hessen 2. Juni

Für die Vorbereitung zum Lehrerstreik nutzen

Frankfurt/M. In Hessen findet am 3. Juni eine zentrale Demonstration der GEW Hessen gegen die Arbeitszeitverlängerung der Lehrer und gegen die befristete Einstellung von 2000 Lehrern auf Zwei-Drittel-Stellen statt. Der Bezirksverband Frankfurt ruft zu der Demonstration unter der Losung auf: „Wir werden für unsere Forderung kämpfen.“ Aus den Erfahrungen des Kampfes gegen die Gehaltskürzungen der Grundschullehrer durch das zweite Besoldungsverordnungsneuregelungsg setz heraus erklärt das GEW-Infowird es notwendig sein, die Demonstration als Schritt zum Aufbau eine rFront für Urabstimmung und Warnstreik zu nutzen. Dies ist auch die Aussage einer Resolution der Mitgliederversammlung der Fachgruppe kaufmännische und gewerbliche Berufsschullehrer Frankfurt, die zur Streikvorbereitung beschlossen:

„1. Jede Schulgruppe untersucht die Lage an ihrer Schule, stellt auf dieser Grundlage Forderungen auf, die eine Streikbeeiligung begründen und faßt dies in einem offenen Protestschreiben an das Kultusministerium und die Presse zusammen.

2. Jede Schulgruppe führt eine ausführliche Beratung der Streikfrage durch ...

3. Jede Schulgruppe bemüht sich um ihre geschlossene Beteiligung an der Demonstration am 3. Juni unter einem eigenen Transparent.“

GEW-Demonstration in Stuttgart am 21. Juni

Forderungen untersagt

Am 21. Juni findet in Stuttgart eine GEW-Kundgebung gegen die Lehrerarbeitslosigkeit statt. Obwohl an den Berufsschulen 6000 Lehrer fehlen, werden im Juni 1976 250 Absolventen der Berufspädagogischen Hochschule Stuttgart arbeitslos. Für zirka 3000 PH-Absolventen (Pädagogische Hochschule) stehen im Herbst 1976 keine Stellen bereit. Rund 1600 PH-Absolventen werden ab April 1976 bei 13 Wochenstunden lediglich bis Schuljahrsende beschäftigt. Bisher sind 700 Bewerber für die Referendarausbildung abgelehnt worden.

Gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen organisieren die Lehrer den gewerkschaftlichen Kampf, indem sie von ihren Interessen als Lohnabhängige ausgehen. Die GEW-Führung dagegen versucht, die Aufstellung gewerkschaftlicher Kampfforderungen zu hintertreiben. Forderungen nach Einbeziehung aller arbeitslosen Lehrer in die Arbeitslosenversicherung und Forderungen gegen das Beamtenrecht und für das Streikrecht sollen nicht erhoben werden.

Um zu verhindern, daß die einzelnen Fachgruppen auf Orts- und Kreisebene diese Forderungen beschließen, hat die GEW-Führung verboten, daß die einzelnen Fachgruppen eigene Transparente herstellen. Die allein zulässigen Transparente hat die GEW-Führung bei einer Stuttgarter Firma in Auftrag gegeben. In Mannheim wurde einem Ausschuß, der die Texte für eine GEW-Infostand- und Unterschriftenaktion ausarbeitete, untersagt, Forderungen wie „Einbeziehung aller arbeitslosen Lehrer in die Arbeitslosenversicherung“ aufzustellen.

Daß die GEW-Führung den Kampf für die Einstellung aller Lehrer hintertreibt, das wird deutlich an dem Verhalten des GEW-Vorstandes in Pforzheim; er verbot zum 1. Mai, die Forderung nach Einstellung aller Lehrer mitzuführen, da die Forderung nach „25 Kinder in der Klasse sind genug – jedem Kind den vollen Unterricht“ auch „ausreiche“. Die Durchsetzung des Streikrechts für Lehrer will der GEW-Vorstand auf Eis legen. Darauf zielt seine Empfehlung ab: Die Durchsetzung des Streikrechtes für Lehrer sei „unabdingbar verbunden“ mit der Reform des Beamtenrechts, da diese jedoch noch nicht vollzogen sei, müsse empfohlen werden, die Forderung vorerst zurückzustellen.

Die GEW-Führung setzt alles daran, um einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß aller Lehrer für eine machtvolle Demonstration zu verhindern. Zunächst wurde eine Demonstration untersagt, nur eine Kundgebung ist zulässig. Statt die Kundgebung auf einen unterrichtsfreien Samstag zu legen, wie von vielen Kreisen gefordert, wird sie auf einen Montag angesetzt. Die Begründung dafür: Die Kundgebung würde sowieso nur eine Zusammenfassung der Lehrer aus dem „Herzgebiet“ um Stuttgart werden. In einigen Kreisverbänden wurde der letzte Anmeldetermin für die Fahrt nach Stuttgart auf den 15. Mai festgelegt.

Zu einer Demonstration, die zum Kundgebungsort führt und um 15 Uhr beginnt, rufen die Landessprecherkonferenz der Studienreferendare und die Landesastenkonferenz auf. – (a., Mannheim/Red.)

Fernmeldeamt Freiburg:

Entlassung einer Postarbeiterin stützt sich auf Adenauer-Erlaß

Freiburg. Am 19.5.1976 hat das Fernmeldeamt Freiburg die kommunistische Fernmeldehandwerkerin Ulrike Küstler fristlos entlassen. Die Genossin war seit 1971 beim Fernmeldeamt Freiburg beschäftigt und mehrere Jahre Personalrätin. Die Kündigung kam zum jetzigen Zeitpunkt, weil die Genossin seit Mitte Mai nicht mehr Mitglied im Personalrat ist. Da sie von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden war, hatte sie nicht erneut zum Personalrat kandidiert, weil sie dann allein gegen die gewerkschaftliche Liste hätte kandidieren müssen und damit weder der Durchsetzung einer klassenbewußten Politik in den Gewerkschaften noch der Bildung einer einheitlichen , starken Belegschaftsvertretung gedient hätte. In einer Presseerklärung der KBW-Ortsgruppe Freiburg heißt es:

„Als Begründung für die außerordentliche Kündigung führt das Fernmeldeamt Freiburg an: Frau Küstler hat zusammen mit zwei anderen Fernmeldehandwerkern am 6.12.1974 eine Erklärung gegen ihren Ausschluß aus der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) wegen Unterstützung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) an ihre Kollegen im Fernmeldeamt verteilt. In dieser Erklärung heißt es:

‚Was es mit dieser Demokratie westlicher Prägung auf sich hat, erfahren immer mehr Menschen in letzter Zeit. Wir sehen, daß Krisen in dieser Gesellschaftsordnung keine Pannen sind, sondern unausweichlich immer wieder hervorgetrieben werden. Warum? Deshalb, weil der Zweck der gesamten Produktion auf Profit ausgerichtet ist, weil der Kern der Demokratie westlicher Prägung das Privateigentum an allen Arbeitsmitteln ist. Und hier sind auch die Grenzen, an die Leute wie Gotterbarm (sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionär, der die Ausschlüsse unter Hinweis auf ‚die westliche Demokratie‘ öffentlich rechtfertigte) stoßen müssen, wenn sich in gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen die Interessen gegenüberstehen. Hier steht dann die Erhaltung der Demokratie westlicher Prägung den Interessen der Mehrheit gegenüber, weil sie erfordert, daß die Arbeiter Lohnabbau und Arbeitslosigkeit hinnehmen, Rationalisierungen und Leistungsdruck, weil sie nur funktioniert, wenn die Profite auf Kosten der Mehrheit gesichert werden.‘

Die Amtsleitung des Fernmeldeamtes Freiburg sieht in dieser Erklärung und ihrer Verbreitung unter den Fernmeldeamtsangehörigen einen Verstoß gegen die besonderen Dienstpflichten eines Arbeiters bei der Deutschen Bundespost.

Als weitere schwere Verletzung der Dienstpflichten führt die Amtsleitung des Fernmeldeamtes an, daß Frau Küstler für den Kommunistischen Bund Westdeutschland bei den Stadtratswahlen in Freiburg und den Landtagswahlen in Baden-Württemberg kandidiert hat.

Sie stützt sich bei der außerordentlichen Kündigung auf den Erlaß der Bundesregierung vom 19.9.1950, den sogenannten Adenauererlaß. In diesem Erlaß heißt es, daß Arbeitern bei Bundesbehörden fristlos zu kündigen ist, die an Bestrebungen teilnehmen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu untergraben.

Der Adenauererlaß diente in den fünfziger Jahren zur Säuberung des Staatsdienstes. Damit wurde das KPD-Verbot vorbereitet und die Wiederbewaffnung. Tausende von Kommunisten und fortschrittlichen Menschen wurden von ihrem Arbeitsplatz entlassen. Auch heute leitet die Säuberung des Staatsdienstes wieder eine Welle der verschärften Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes ein. Nachdem das KPD-Verbot jahrelang faktisch außer Kraft war, wird jetzt auf Grund des Adenauererlasses erstmals wieder das KPD-Verbot auf einen Arbeiter im öffentlichen Dienst angewandt. Dies geschieht in einer Situation, wo die Arbeiterklasse und das Volk sich immer entschiedener gegen die herrschende Reaktion, gegen Lohnabbau und politische Rechtlosigkeit zur Wehr setzen. Diese außerordentliche Kündigung zielt darauf ab, zu verhindern, daß die Lohnabhängigen im Staatsapparat gemeinsam mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen sich gegen die herrschende Ausbeuterklasse und ihren Staat zusammenschließen und im öffentlichen Dienst die Erkenntnis verbreitet wird, daß es keine gemeinsamen Interessen zwischen den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst und den Dienstherren gibt.

Wir fordern:
Sofortige Zurücknahme der Entlassung von Ulrike Küstler!
Weg mit dem besonderen Dienstrecht!
Weg mit dem KPD-Verbot!“

Bourgeoisie sucht Schnüffler

Amtsblatt für Berlin **26. Jahrgang**
Nr. 23 **23. April 1976**

Beim **Senator für Inneres** sind demnächst folgende Stellen zu besetzen:
a) eine Stelle der BesGr. A 15 – **Regierungsdirektor** –
b) einige Stellen der BesGr. A 14 – **Oberregierungsrat** bzw. der BesGr. A 13 – **Regierungsrat** – und
c) eine Stelle der BesGr. A 11 – **Regierungsamtmann** –
Kennziffer: 676.

Sachgebiet:
Zu a) Leitung der Geschäftsstelle der Landeskommission für die Prüfung der dienstrechtlich geforderten Verfassungstreue von Bewerbern. Bearbeitung von Angelegenheiten der Gewährleistung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst. Vorsitz bei Anhörungen.
Zu b) Mitarbeit in der Geschäftsstelle der Landeskommission für die Prüfung der dienstrechtlich geforderten Verfassungstreue von Bewerbern, insbesondere in Einzelangelegenheiten der Gewährleistung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst.
Zu c) Organisation der Geschäftsabläufe der Geschäftsstelle der Landeskommission für die Prüfung der dienstrechtlich geforderten Verfassungstreue von Bewerbern.

Kampfaktionen für selbstverwaltete Jugendzentren

Köln: Die Besetzung hatte Erfolg

Köln. Am 15. Mai haben 120 Jugendliche in dem Kölner Stadtteil Höhenhaus ein Schulgebäude besetzt. Die Stadtverwaltung hat den Jugendlichen inzwischen zusagen müssen, daß das Haus in der Regie der Jugendlichen bleibt und in zwei bis drei Wochen ein Nutzungsvertrag abgeschlossen wird.

Für die Jugendlichen in Höhenhaus/Dünnwald ist dies ein Sieg in einem seit über 2 Jahren geführten Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Um mit ihrer Freizeit etwas Vernünftiges anfangen zu können, brauchen die Jugendlichen dringend Räumlichkeiten, denn außer Kneipen gab es bisher in den beiden Stadtteilen nur Heime der Kirchen. Eine Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum war zuerst von den Jusos ins Leben gerufen worden, die aber bald völlig an Einfluß verloren. Die Initiative erhob die Forderung, daß die Stadt ein leerstehendes ehemaliges Rittergut, das Haus Haan, als Zentrum für die Jugend zur Verfügung stellt. An einer Demonstration für diese Forderung nahmen im November 1974 150 Jugendliche teil. Es kam zu monatelangen fruchtlosen Verhandlungen mit dem Jugendamt, bis dann herauskam, daß hinterrücks das Liegenschaftsamt den Verkauf des Rittergutes an einen Architekten schon fast bis zum Abschluß vorbereitet hatte. Darauf organisierte die Initiative eine erneute Demonstration, an der wiederum 120 Jugendliche teilnahmen. Der Verkauf wurde erst einmal aufgescho

Die Behörden setzen ihre Verschleppungstaktik weiter fort. Verhandlungen mit den verschiedensten Ämtern. Nichts kam heraus. Nach fast einem Jahr war das Maß voll.

Nachdem im Februar eine Jugendzentrumsinitiative in dem Stadtteil Vingst mit gutem Beispiel vorangegangen war und den von ihnen geforderten „Fränkischen Hof" besetzt hatte, wurde Anfang März die Besetzung des Hauses Haan vorbereitet und die Bevölkerung im Stadtteil für die gerechte Forderung der Jugendlichen mobilisiert. Jetzt kamen die Verhältnisse in Bewegung. Die Stadt ließ 50 Polizisten und eine Spezialeinheit sich mit einem Wasserwerfer in dem Rittergut verbarrikadieren. 11 weitere Mannschaftswagen wurden in der Nähe in Reserve gehalten. Nach einer kämpferischen Demonstration konnten die 200 bis 250 Jugendlichen zwar das Haus nicht besetzen, aber sie drehten den Spieß um und sperrten erst mal die Polizei in dem Haus ein. Daß die Jugendlichen sich nicht mehr mit ergebnislosen Verhandlungen abspeisen ließen, sondern selbständig gehandelt hatten, zwang die Stadtverwaltung, einen anderen Weg einzuschlagen. Um die „Situation zu entschärfen" wurde den Jugendlichen als Ersatz für das Haus Haan ein ehemaliges Schulgebäude in der Honschaftstraße in Aussicht gestellt und die Initiative als „Träger der freien Jugendhilfe" anerkannt, Ende April / Anfang Mai sollten sie das Haus übernehmen.

Die Jugendlichen verließen sich auf diese Zusage. Dann kam der Nackenschlag. Es wurde bekannt, daß der Stadtrat erst Ende April beschließt, dann erst das Schulamt usw., so daß vor Sommer nichts sein würde.

Im Stadtrat wurde währenddessen der Angriff auf die Selbstverwaltung vorbereitet. Es wurde nicht von Selbstverwaltung, sondern von „Mitverantwortung" geredet. Bei der Anerkennung der Jugendinitiative durch den Jugendwohlfahrtsausschuß wurde direkt darauf hingewiesen, daß diese Anerkennung und damit die finanzielle Förderung jederzeit zurückgenommen werden könne. § 9 des Jugendwohlfahrtsgesetzes: „Träger der freien Jugendhilfe dürfen nur unterstützt werden, wenn sie die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit ... bieten". Mit dem stillen Zwang des Geldes soll die Initiative an die Kette gelegt werden. Den Jugendlichen war klar, sollte das Erreichte nicht verschenkt werden, mußten sie weiter in die Offensive gehen. Der nächste Schritt war die Besetzung des „grauen Hauses", des ehemaligen Schulgebäudes. Es wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Selbstverwaltetes Jugendzentrum Höhenhaus/Dünnwald" herausgehängt und mit dem Aufräumen begonnen.

Sofort tauchte der Schuldezernent Leirich auf. Die Jugendlichen sollten bis zum Mittwoch das Haus verlassen und dann weitere Abmachungen abwarten. Die Jugendlichen einstimmig: Das Jugendzentrum wird in 6 Wochen eröffnet. Wir bleiben im Haus.

Die Aktion fand im Stadtteil große Unterstützung, so wurden zahlreiche Möbelstücke und andere Sachen vorbeigebracht. Die Stadtverwaltung war isoliert und einen Polizeieinsatz konnte sie nicht riskieren. Also verlegte sie sich auf ein neues Spaltungsmanöver. Plötzlich hieß es Bürgerverein und Kirchengemeinde erhöben Anspruch auf das Haus. Der Elternpflegschaftsvorsitzende der neu errichteten Schule neben dem „Grauen Haus" wurde vorgeschickt. Doch das half nichts, am Mittwoch erschienen Schuldezernent Leirich und weitere Beamte der Stadt und mußten erklären, „alles zu tun, damit das Jugendzentrum möglichst bald in Betrieb genommen werden kann". Die Verwaltung werde „eine Ausnahmeregelung" machen, normalerweise würde das alles 3 bis 7 Jahre dauern, hieß es. Die Jugendlichen akzeptieren schließlich, daß die Stadt die Renovierungsarbeiten durchführt und sie erhielten die Zusage, daß bis dahin das Haus auf keinen Fall geräumt wird. Die Stadtverwaltung mußte die Respektierung der Beschlüsse der Vollversammlung des Jugendzentrums zusagen Die Jugendlichen haben gelernt, daß sie im Vertrauen auf die eigene Kraft und mit der Unterstützung der Werktätigen im Stadtteil gegen den bürgerlichen Staat Siege erringen können und Fortschritte in ihrem Zusammenschluß. – (j., Köln)



Ravensburg Das Jugendzentrum wurde von einer Übermacht von Polizei überfallen und sämtliche Jugendlichen, die an der Besetzung teilnahmen in Haft genommen.

Ravensburg:

In den Zellen wurden Kampflieder gesungen

Ravensburg. Seit Januar hatte die Stadt Ravensburg den Jugendlichen ein leerstehendes Schulgebäude als Jugendhaus versprochen. Um die Einrichtung der Selbstverwaltung zu verhindern, zögerte sie die Übergabe immer wieder hinaus. Am Samstag machten die Jugendlichen diesem Zustand ein Ende. Nach einer Demonstration, an der 150 Jugendliche teilnahmen, besetzten 60 das Schulgebäude. Sofort wurden Vorbereitungen für die Arbeit im Haus getroffen und eine provisorische Leitung gewählt und in der Stadt Plakate für das Eröffnungsfest am gleichen Abend geklebt.

Vier Stunden nach Eröffnung des neuen Jugendhauses ließ die Stadt 84 Polizisten anrücken. Mit Stiefeltritten und Schlägen rissen sie die Ketten auf, die die Jugendlichen in engen Kreisen am Boden sitzend gebildet hatten. Ohne Ausnahme wurden alle Jugendlichen abgeschleppt und in Einzelzellen gesperrt. 17 Mädchen in einer Zelle von 8 Quadratmetern und in einer anderen 24 Jungen. Um Luft zu kriegen, mußten die Gefangenen die Fenster aufbrechen, weil die Polizisten sie nicht öffnen wollten. Die Moral war gut. Kampflieder wurden gesungen, die Freigelassenen sprachen den Gefangenen von draußen Mut zu, bis sie vertrieben wurden. Alle wurden erkennungsdienstlich behandelt und verhört. Erst nach fünf Stunden waren alle wieder frei.

Noch am gleichen Abend wurde beraten, was zu tun ist. Es wurde beschlossen, am Montag in den Stadtrat zu gehen und die Zurücknahme der Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, die Zurückgabe des erkennungsdienstlichen Materials und die sofortige Wiedereröffnung des Jugendhauses zu fordern und so lange zu bleiben, bis die Forderungen erfüllt sind. An der Kundgebung vor dem Rathaus nahmen am Montag 200 bis 250 Jugendliche und eine Reihe von Erwachsenen teil. Die meisten gingen dann in den Stadtratssaal. Durch stundenlanges Hinhalten und durch Drohungen mit Räumung durch die Polizei versuchte der Oberbürgermeister zu spalten. Etwa die Hälfte ging wieder vors Rathaus und wartete. Die anderen gingen erst, als über 90 Polizisten und ein Krankenwagen anrückten.

Noch lange wurde vor dem Rathaus diskutiert, wie die Forderungen gegenüber der Stadt durchgesetzt werden können. (Ort gruppe Ravensburg/Weingarten)

„Oberstufenreform" an den Gymnasien

Ein gewaltsames Siebe- und Verschleißverfahren

In diesem Jahr soll die „Oberstufenreform", die schon an einem Teil der Gymnasien eingeführt ist, auf alle Bundesländer ausgeweitet werden (mit Ausnahme von Baden-Württemberg, wo sie ein Jahr später eingeführt wer-

ein und verlegt einen Teil der Schüler auf andere Kurse.

Durch die Kursreform wird der herrschende Lehrermangel zum Teil verschleiert und die Kursüberfüllung wird den Schülern in die Schuhe geschoben

Schülervertretung waren 96 % der Schüler mit dem Kursangebot unzufrieden. Über die alten Fächer des Gymnasiums hinaus werden ihnen gewisse Spezialkenntnisse angeboten, die sie brauchen, um den Kapitalisten als

„Oberstufenreform" an den Gymnasien

Ein gewaltsames Siebe- und Verschleißverfahren

In diesem Jahr soll die „Oberstufenreform", die schon an einem Teil der Gymnasien eingeführt ist, auf alle Bundesländer ausgeweitet werden (mit Ausnahme von Baden-Württemberg, wo sie ein Jahr später eingeführt werden soll). Durch diese Maßnahme werden an den Gymnasien die Klassen abgeschafft und die bisherigen Fächer. Der Unterricht wird in der Form von halbjährigen Kursen erteilt. Die Schulhoheit des bürgerlichen Staates wird ausgedehnt, während die Rechte der Schüler, Lehrer und der Eltern eingeschränkt werden. Die folgende Korrespondenz berichtet über die Erfahrungen in dem Schuldorf Bergstraße (15 km von Darmstadt), wo die Oberstufenreform bereits „probeweise" praktiziert wird.

Darmstadt. Bei uns am Schuldorf wird seit mehreren Jahren ausprobiert, ob die mit der Oberstufenreform erstrebte Verschärfung der Auslese und des Konkurrenzkampfes auch richtig zum Tragen kommt.

Praktisch sieht das so aus: Vom 11. Schuljahr an wird der Klassenverband aufgelöst. Dem Schüler wird am Anfang gesagt, daß er jetzt ähnlich wie an der Universität soundsoviel Kurse in diesem und in jenem Fach und soundsoviel „freie" Kurse bis zum Abitur zu absolvieren hat. Es wird ihm ein kleines Heftchen in die Hand gedrückt, in dem er alle Kurse vom jeweiligen Lehrer sich bescheinigen lassen muß, und nun muß er sehen, daß er das Heft vollkriegt mit den nötigen Punkten, die anstelle der Noten eingeführt worden sind. Und zwar mit möglichst vielen Punkten, denn vom ersten Augenblick an zählt jeder Punkt fürs Abitur mit.

Für den Schüler beginnt die Rennerei von einem Kurs zum anderen. In jedem ist er mit anderen Schülern zusammen.

Jeder ein einsamer Punktejäger, das ist die Wunschvorstellung der Schulbürokratie. Die Schüler werden gezwungen, die Kurse weitgehend unter dem Gesichtspunkt auszusuchen, wo kriege ich die meisten Punkte zusammen. Lehrer, die wegen scharfer Zensierung bekannt sind, werden möglichst gemieden. Es kommt vor, daß bestimmte Kurse nur 7 bis 8 Schüler haben, andere dafür 70 bis 80. Dann greift die Schulleitung ein und verlegt einen Teil der Schüler auf andere Kurse.

Durch die Kursreform wird der herrschende Lehrermangel zum Teil verschleiert und die Kursüberfüllung wird den Schülern in die Schuhe geschoben wegen ihrer Kurswahl. Aber inzwischen ist es so, daß alle Eingriffe und Umlegungen der Schulleitung nichts daran ändern, daß die Kurse eben doch infolge des Lehrermangls bersten. Diese Situation hat dann das Kultusministerium zu dem Erlaß veranlaßt, nach dem die unterste Grenze für Kurse 12 Schüler ist und daß nach oben keine Grenze gesetzt wird.

Der Verfeinerung der Auslesemethoden dient insbesondere auch die Ersetzung der Noten durch das Punktsystem. Statt der Noten 1 bis 6 werden Punkte zwischen 15 und 0 verteilt. Was früher zum Beispiel mit 1 benotet wurde, kann jetzt mit 13, 14 oder 15 Punkten benotet werden. Damit können dann die feinsten Unterschiede gemacht und die Konkurrenz bis in den feinen Unterschied angeheizt und Streit angezettelt werden. Bei dieser Verfeinerung der Auslesemethoden versucht die Schulbürokratie die Vertretungsorgane der Schüler direkt einzuspannen. Zum Beispiel machte bei uns die Schülervertretung eine Umfrage. Die Schüler sollten im Zuge der „Mitbestimmung" wählen, wie bei der Endbewertung eines Kurses verfahren werden soll. Soll die „mündliche Beteiligung" zu 60 Prozent oder zu 50 Prozent gewertet werden im Verhältnis zur schriftlichen Arbeit?

Bei dieser gnadenlosen Auslese sehen sich viele Schüler bei uns am Schuldorf gezwungen, noch ein viertes Jahr dranzuhängen, um überhaupt auf Punktzahlen zu kommen, mit denen sie einen „akzeptablen" Notendurchschnitt beim Abitur haben.

Die Oberstufenreform sollte den Schülern damit schmackhaft gemacht werden, daß sie durch „freie Wahl" der Kurse „weitgehend ... selbstbestimmen, wie ihr Weg zum Abitur aussehen soll". (So in einer „Informationsschrift" des Kultusministeriums für die Schüler) Mit Einschränkungen können sie tatsächlich wählen, zwischen verschiedenen Wegen, sich schinden zu lassen. Daß durch die Oberstufenreform auf die Bildungsinteressen der Schüler eingegangen würde, ist leeres Geschwätz. Nach einer Umfrage der Schülervertretung waren 96 % der Schüler mit dem Kursangebot unzufrieden. Über die alten Fächer des Gymnasiums hinaus werden ihnen gewisse Spezialkenntnisse angeboten, die sie brauchen, um den Kapitalisten als Führungsnachwuchs zu dienen, z.B. betriebswirtschaftliche Kenntnisse.

Als bei uns die Schüler wegen ihrer Unzufriedenheit mit dem Kursangebot ein eigenes Kursangebot aufstellten und vorschlugen, Kurse in „Geschichte des § 218", „Geschichte der Arbeiterbewegung", "Liberale und marxistische Wirtschaftstheorie" zu halten, ließ sich die Schulleitung auf nichts ein und richtete stattdessen Kurse über die „Europäische Gemeinschaft", „Einführung in das Strafrecht" usw. ein.

Bei uns am Schuldorf entwickelt sich der Widerstand gegen diese „Reform". So haben sich zum Beispiel in zwei Kursen die Schüler bei Klausuren geweigert, den Leistungsterror weiter so mitzumachen. In dem einen Kurs über Brecht zum Beispiel haben sich die Schüler zusammengesetzt, über Brecht so gearbeitet, wie sie es für richtig hielten, und dann ein Diskussionsprotokoll als Gruppenklausur abgegeben.

Eine andere Form des Widerstands gegen den Leistungsdruck und den Konkurrenzkampf hat sich bei uns schon weit entwickelt: die organisierten Abschreibedienste gerade während der Klausurzeit. Zum Beispiel kommen Schüler in ihrer Freizeit nachmittags extra in die Schule, um heimlich für schlecht stehende Schüler Klausuren zu schreiben.

Vor Klausuren ist es üblich, daß sich die Schüler zusammensetzen und gemeinsam überlegen, wie die hohen Anforderungen am besten zu hintergehen sind, und das klappt dann meistens auch zufriedenstellend!

Daß die Oberstufenreform dem Kampf gegen die Unterdrückung durch die Schulbürokratie nur Nahrung gegeben hat und die Masse der Oberschüler nicht bereit ist, sich gegeneinanderhetzen zu lassen bei der Jagd nach einem Studienplatz, das hat sich auch daran gezeigt, daß das Schuldorf und die Oberstufe der Bert-Brecht-Schule in Darmstadt beim Streik gegen die Maulkorbverordnung gegen die Schülervertretungen gleich die ersten gewesen sind (KJB-Initiative Darmstadt, Zelle Schuldorf)

Ohne Ausnahme wurden alle Jugendlichen abgeschleppt und in Einzelzellen gesperrt. 17 Mädchen in einer Zelle von 8 Quadratmetern und in einer anderen 24 Jungen. Um Luft zu kriegen, mußten die Gefangenen die Fenster aufbrechen, weil die Polizisten sie nicht öffnen wollten. Die Moral war gut. Kampflieder wurden gesungen, die Freigelassenen sprachen den Gefange-

Oberbürgermeister zu spalten. Etwa die Hälfte ging wieder vors Rathaus und wartete. Die anderen gingen erst, als über 90 Polizisten und ein Krankenwagen anrückten.

Noch lange wurde vor dem Rathaus diskutiert, wie die Forderungen gegenüber der Stadt durchgesetzt werden können. (Ort gruppe Ravensburg/Weingarten)

Berufsschüler demonstrieren gegen Raumnot

Offenbach. Am 19.5. demonstrierten 300 Schüler und Lehrer der Käthe-Kollwitz-Berufsschule durch die Offenbacher Innenstadt vors Rathaus. Sie protestierten damit gegen die katastrophalen Raumbedingungen an der Schule, die gegenwärtig auf vier verschiedene Schulgebäude aufgeteilt ist, und gegen die Verschleppung des nötigen Neubaus. Der Stadtrat Busch wurde von einer Delegation nach draußen geholt und mußte sich anhören, daß Schüler und Lehrer nicht länger bereit sind, sich weiter an der Nase herumführen und vertrösten zu lassen. An der Demonstration hatten die Schüler und auch fast alle Lehrer trotz massiver Drohungen der Schulleitung im Anschluß an eine Vollversammlung geschlossen teilgenommen.

Jugendvertreterwahlen bei Merck

Darmstadt. Die Forderung nach Übernahme aller Lehrlinge nach der Ausbildung stand bei der diesjährigen Jugendvertreterwahl im Vordergrund. Gleich zu Beginn der Jugendversammlung wurde ein Transparent mit dieser Forderungaufgehängt. Die Kandidaten trugen dann das von der gewerkschaftlichen Jugendgruppe vorbereitete Wahlprogramm vor, das sich gegen die Kapitalisten und die Gewalt des kapitalistischen Lehrherren richtet. Mit einer Ausnahme wurden nur Jugendvertreter gewählt, die sich eindeutig für die bisherigen Aktionen für Übernahme aller Lehrlinge ausgesprochen hatten. Diese schlugen nach der Wahl sofort vor, erneut durchs Werk zu demonstrieren und die Forderung zu bekräftigen. 50 Jugendliche nahmen daran teil. Eine klare Antwort auf den Spaltungsversuch, den die Betriebsleitung jetzt plant. 40 der 80 Lehrlinge sollen übernommen werden, davon aber wiederum 15 nur als Hilfsarbeiter.

Demonstration gegen Sparmaßnahmen im Volksbildungswesen

Tübingen. 250 Schüler, Eltern und Lehrer demonstrierten am 14.5. in Tübingen gegen die Sparmaßnahmen im Bildungsbereich, die Nichteinstellung von Lehrern und die Aushöhlung der Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs. Aufgerufen hatte das „Komitee gegen die Sparmaßnahmen im Bildungsbereich", in dem Vertreter von acht Tübinger Schulen aller Zweige arbeiten. Auf einer vorausgehenden Veanstaltung hatten 120 Menschen dem Staatssekretär Weng vom Kultusministerium klar zu verstehen gegeben, was sie von der Schulpolitik der Landesregierung halten.

Eine Pausenregelung nach dem Geschmack der Kapitalisten

Heidelberg. An der Heidelberger Gewerbeschule I hat Rektor Karl am 10.5. eine neue Pausenregelung eingeführt. Die Pausen werden um 10 Minuten verkürzt. Dadurch haben die meisten Berufsschüler jetzt nur noch insgesamt 4 Stunden und 55 Minuten Unterricht. Das heißt, sie müssen nach dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz anschließend wieder in den Betrieb, denn arbeitsfrei ist der Berufsschultag erst nach 5 Stunden. Der Erlaß des Direktors ist das Ergebnis von zahlreichen Anrufen Heidelberger Kapitalisten, die keine Stunde auf die billigen jugendlichen Arbeitskräfte verzichten wollen.

Das baden-württembergische Kultusministerium hat inzwischen zugegeben, daß solche Regelungen etwa in der Hälfte der Berufsschulen praktiziert werden.

Auch in **Frankfurt** sind solche Pausenkürzungen bekannt geworden. Die Stenokontoristinnen von Hoechst haben sich das gleich gar nicht gefallen lassen. Sie sind einfach trotz Pausenkürzungen nach der Berufsschule nach Hause gegangen.

§ 218 im Wahlkampf

Die zwei Gesichter der SPD

In den Bundestagswahlen will die SPD die Verabschiedung des neuen § 218 als eine ihrer „wichtigsten Reformleistungen" verkaufen und den Wahlkampf nutzen, um für die praktische Durchsetzung des neuen Paragrafen Voraussetzungen zu schaffen. Die SPD weiß, aus dem Wahlkampf wird sich die Frage dieses Strafparagrafen nicht heraushalten lassen. Die Forderung nach seiner Abschaffung steht, zahlreiche Gewerkschaftsbeschlüsse nach Verabschiedung des neuen Paragrafen zeigen das.

Der SPD bleibt also nichts übrig, als über ihr Machwerk das Blaue vom Himmel zu lügen, in der Hoffnung, daß davon etwas hängen bleibt, zumal der Gesetzestext noch wenig bekannt ist.

In der letzten Nummer des „Stern" hat denn auch die Gesundheitsministerin Focke palavert, wie großartig jetzt die „Möglichkeiten" für eine schwangere Frau sind. Daß dieser § 218 sich im Strafgesetzbuch befindet, wird von der vornehmen Frau erst gar keines Wortes gewürdigt. Eine legale Abtreibung ist nach Focke jetzt eigentlich ein Kinderspiel. „Das Verfahren braucht ... nicht länger als vier Tage zu dauern ..."" Die Schwangere „kann" wählen, ob sie „zu ihrem Haus- oder Frauenarzt geht" oder zu einer der Beratungsstellen, „die den ratsuchenden Frauen" „zur Verfügung stehen". Problematisch könne höchstens noch werden, daß Ärzte von ihrem „Weigerungsrecht" Gebrauch machen und die Schwangere niemanden findet, der bereit ist, eine Abtreibung durchzuführen. „Dann wird man die Schaffung von Spezialkliniken erwägen müssen."

Dieser Geschäftszweig, der seine Grundlage gerade in der Strafverfolgung der Abtreibung hat, kann mit dem Segen des Ministeriums rechnen.

Soweit das Gesicht der SPD zum § 218 in Richtung Volk.

Wie anders klingt die Melodie doch da, wo die SPD vor ihren Auftraggebern Meldung macht über ihre Leistungen bei der Unterdrückung des Volkes. In der Vorstellung des Kanzleretats am 11.5. führte der Abgeordnete Schäfer aus Tübingen, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, folgendes aus:

„Die Reform des § 218 ... ist ein Beispiel dafür, wie wir durch Reformpolitik, durch Reformgesetze Mißstände beheben. Das im Sinne des Lebensschutzes, um den es uns geht, unwirksame alte Strafrecht wurde verändert. Die mit dem sozialen Reformwerk verknüpfte strafrechtliche Regelung ermöglichte erst die lebensschützende Funktion des Rechts. Der bedrückende inhumane Zustand, daß ein Gesetz nur auf dem Papier steht, das werdende Leben jedoch in Wahrheit schutzlos läßt ..., ist beseitigt. Darauf, daß wir das beseitigt haben, sind wir stolz."

Ihre Richter, Staatsanwälte und Gefängniswächter bei der Verfolgung aufgrund des § 218 unbeschäftigt zu sehen, weil das alte Gesetz nicht mehr entsprechend „effektiv", dieser Zustand ist für die Bourgeoisie unerträglich, zumal, wo sich die ständig sinkende Geburtenrate mit ihren imperialistischen Expansionsplänen nicht verträgt.

Die SPD hat sich um Abhilfe gekümmert. Es ist ein Gesetz herausgekommen, das für schärferes Durchgreifen und Abstrafen Handhaben gibt. Statt des einen Straftatbestands finden wir jetzt ein halbes Dutzend, damit auch niemand durch die Lappen geht.

§ 218 (1) „Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft ..."

Wer eine Abtreibung vornimmt, ohne daß die Schwangere sich der Zwangsberatung unterzogen hat, „wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Gefängnis bestraft ..." (§ 218 b (1))

Einem Arzt, der wegen § 218 bestraft ist oder gegen den ein Verfahren läuft, wird verboten, Gutachten über „Indikationen" auszustellen. (§ 219 (2))

„Wer als Arzt wider besseres Wissen eine unrichtige Feststellung" über „Indikation" „trifft, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren .., bestraft." (§ 219 a (1)) usw.

Der alte Paragraf 218 ist millionenfach gebrochen worden, ohne daß die staatlichen Verfolger zum Zuge kamen. Das soll der neue Paragraf 218 ändern. Um den Staatshäschern die Angeklagten auszuliefern, hatte sich das Parlament einen besonderen Dreh ausgedacht. Mit dem Versprechen der „Straffreiheit" und dem Schwindel von der „sozialen Notlagenindikation" soll die Schwangere in die Zwangsberatung gelockt und registriert werden. Dort wird ihr dann die legale Abtreibung verweigert, weil ihre Gründe für das Gesetz nicht zwingend sind. Praktisch kann sie zur Austragung und Hergabe des Kindes zur Adoption gezwungen werden. Treibt sie aber illegal ab, kann sie aufgrund der „Straffreiheit" zur Denunziation aller Beteiligten gezwungen werden.

Wegen soviel Gründlichkeit bei der Strafverfolgung mag die SPD sich vor der herrschenden Klasse brüsten, durchgesetzt ist damit das reaktionäre Strafgesetz nicht.

Wo die Sozialdemokraten in die Lage kamen, den § 218 in den Gewerkschaften vertreten zu müssen, hat sich gezeigt: Weder ziehen Lügengeschichten à la Focke, noch besteht bei den Arbeitern die geringste Bereitschaft, die Strafverfolgung aufgrund des neuen § 218 eher zu dulden als aufgrund des alten § 218. – (hv)



Beschäftigte in der Psychiatrie fordern ersatzlose Streichung des § 218

Osnabrück. Auf einer Tagung des „Mannheimer Kreises", einer Vereinigung von Beschäftigten im Bereich der Psychiatrie (Ärzte, Pfleger, Krankenschwestern usw.) stimmten drei Viertel der rund 600 Teilnehmer für eine Resolution, in der die ersatzlose Streichung des § 218 und die Einstellung aller Prozesse aufgrund des § 218 und gegen Gegner des § 218 gefordert wird. Insbesondere wehren sich die Teilnehmer der Tagung dagegen, „Notlagen, die zur Abtreibung zwingen, für das persönliche psychische Versagen der einzelnen Frau erklären" zu sollen.

Heilbronn. 70 Menschen kamen zu einer Veranstaltung des Heilbronner Komitees mit Mitgliedern des Heilbronner Theaters, von dem gegenwärtig das Stück „Cyankali" von Friedrich Wolf aufgeführt wird (ein Stück aus den 20er Jahren, in dem Anklage gegen den § 218 geführt wird).



Frankfurt. Am Samstag demonstrierten 5000 für die sofortige Freilassung von G. Strecker. Eine Sonderkommission der Landesregierung hatte ihn festnehmen lassen und in der Öffentlichkeit als „Molotowcocktail-Werfer" präsentiert, nachdem es bei Protesten gegen die Isolationshaft anläßlich des Todes von Ulrike Meinhof zu heftigem Widerstand gegen Polizeiüberfälle gekommen war. Die vom Allgemeinen Studentenausschuß der Universität angemeldete und von zahlreichen politischen Organisationen (darunter der Ortsgruppe des KBW) unterstützte Demonstration wurde durch Polizeipräsident Müller verboten. Durch die Demonstration werde „öffentlicher Druck auf unabhängige Richter ausgeübt, die nach geltendem Verfassungsrecht ausschließlich berufen sind, über die Anordnung oder Aufhebung der Untersuchungshaft für die Person, für die demonstriert werden soll, zu entscheiden". Das Verbot war ein Angriff auf die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit überhaupt. Welche politische Demonstration richtet sich nicht gegen ein „verfassungsmäßiges Organ"! Die Ortsgruppe des KBW und Teile der demokratischen Bewegung traten dafür ein, sich das Recht auf Demonstration und Versammlung nicht nehmen zu lassen. Am Freitag sah sich das Verwaltungsgericht gezwungen, die Verbotsverfügung aufzuheben. Am Dienstag mußte beim Haftprüfungstermin G. Strecker freigelassen werden.

Freiburg

Sofortige Freilassung des Studenten Jost G.!

Freiburg. Für die sofortige Freilassung des inhaftierten Studenten Jost G. demonstrierten am Samstag in Freiburg über 1200 Menschen durch die Innenstadt.

Wie wir in der KVZ Nr. 17 berichteten, war bei einem Demonstrationszug gegen den Abriß von zwei Häusern in der Belfortstraße einem Spitzel, den die Demonstranten gestellt hatten, die Kamera abhanden gekommen. Daraufhin war willkürlich ein Demonstrant verhaftet und in Vorbeugehaft genommen worden. Eine Woche später ein weiterer Student. Seither rissen die Proteste gegen die Inhaftierungen nicht ab. An der Universität gibt es inzwischen kein Seminar und keine Fachschaft mehr, die nicht eine Resolution verabschiedet oder andere Maßnahmen ergriffen hätte.

Die „Badische Zeitung" kam nicht drum herum, in der Ausgabe vom 19.5. zu schreiben: „Selten hat ein Ereignis in Freiburg einen solchen Protest per Leserbriefe gebracht, wie die Verhaftung zweier Studenten ... Einhellig war die Kritik an der Maßnahme der Staatsanwaltschaft ..." Inzwischen hat die Justiz einen Studenten wieder freigelassen. Dies war ein Erfolg des Kampfes, gleichzeitig beabsichtigt die Bourgeoisie damit eine Spaltung. Die Demonstration vom Samstag hat diesen heimlichen Wünschen der Reaktionäre einen Strich durch die Rechnung gemacht. Nachdem die Demonstration offiziell aufgelöst wurde, zogen wir geschlossen zum Gefängnis. Auf dem Weg zum Gefängnis wurde 20 Minuten lang ein Sprechchor gerufen, der in den anliegenden Stadtteilen noch zu hören war: Jost raus aus dem Knast! Nach einer kurzen Kundgebung zogen wir wieder geschlossen in die Innenstadt. Neben der Hauptlosung wurde immer wieder gerufen: Die Anklage gegen Bernhard und Jost muß weg! Einstellung aller Freaiau-Prozesse! Weg mit den Maulkorbparagrafen! Weg mit den Paragrafen 130 a und 88 a! Weg mit dem KPD-Verbot! Unter strömendem Regen wurde die Demonstration dann in der Innenstadt aufgelöst, nachdem unter großem Beifall gesagt wurde: Die Freilassung von Bernhard T. ist ein Teilerfolg. Es wird in der Stadt keine Ruhe geben, ist Jost G. auch frei ist. – (rm)

Immer mehr Menschen obdachlos

Zwangsarbeit für Bettelpfennige

Frankfurt. Im Dezember 1975 sind in Frankfurt 6200 Menschen als „nichtseßhaft" registriert worden. Das sind um zwei Drittel mehr als 2 Jahre zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen war bis Dezember auf ca. 19000 angewachsen. Für immer mehr Arbeiter bedeutet die Arbeitslosigkeit den ersten Schritt ins Elend. Sind sie erst aus der Wohnung geworfen, verlieren viele den Halt und fangen an zu verlumpen.

Der bürgerliche Staat hat sich verschiedene Einrichtungen geschaffen, um solche Menschen durch Unterdrückung, Schikane und übelste Auspresserei, wieder „einzugliedern".

Für „Resozialisierung" dieser Art gibt es in Frankfurt z.B. das „Niederräder Haus„ des „Frankfurter Vereins für Soziale Heimstätten". Hier befinden sich all diejenigen Männer, die nach dem Bundessozialhilfegesetz § 72 als „Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten" in eine staatliche „Fürsorge"-Einrichtung eingewiesen wurden.

Ungefähr 80 % der Heiminsassen stammen aus der Arbeiterklasse. Oft sind es ungelernte ältere Arbeiter, die infolge der kapitalistischen Krise auf der Straße liegen und keine Arbeit mehr finden. Der Verelendungs- und Verlumpungsprozeß, dem sie unterworfen sind, und dessen auffälligste Erscheinung der Suff und die Kriminalität sind, führt bei vielen zu Arbeitsunfähigkeit.

Das Haus ist ein kasernenartiger Gebäudekomplex mit einem großen Innenhof. In Zimmern von etwa 16 qm werden 6 Personen untergebracht, also 2,6 qm pro Person.

Zur Arbeit, genannt wird das „gemeinnützige" Arbeit, ist jeder verpflichtet. Das sieht dann so aus, daß die Eingewiesenen für einen Bettelpfennig von 0,50 bis 2,00 DM die Stunde eingesetzt werden für Hofkehren, Putzen, Bettenmachen, die Wäscherei usw. Daneben wird für Firmen wie IBM oder Opel gearbeitet. Stumpfsinnigste Schachtelkleberei oder Ausbau von Einzelteilen bis zu 8 DM die Stunde.

50 %, also 4 DM werden sofort an den Landeswohlfahrtsverband abgeführt. Von den verbleibenden 4 DM wird wiederum die Hälfte zurückgelegt.

Nicht bloß werden die Heimbewohner von der „Fürsorge" als billigste Arbeitskräfte ausgenutzt oder den Kapitalisten zur Verfügung gestellt, sie müssen auch noch dafür bezahlen, daß sie schikaniert und erniedrigt werden. Von dem Tagessatz von 30 DM (14 DM für Unterbringung und Verpflegung) bezahlt jemand, der z.B. 7 Stunden für 8 DM die Stunde gearbeitet hat, 28 DM an die „Fürsorgeanstalt". Für die persönlichen Bedürfnisse bleibt kaum noch etwas übrig. Den Bewohnern, die noch Arbeitslosengeld beziehen, geht es nicht viel anders. Wer z.B. 600 DM Arbeitslosengeld erhält, dem werden 544 DM angerechnet. Davon bezahlt er 25 %, also rund 130 DM an das Heim. Von den verbleibenden 300 DM werden 119 DM als Taschengeld ausbezahlt für den Monat, der Rest wird von der Anstalt verwaltet. Die Heimbewohner werden also regelrecht entmündigt und können nicht einmal mehr über das wenige Geld, das sie erhalten, frei verfügen. (GUV- FFM.)

Kundgebung gegen die Erweiterung des Kernkraftwerks Biblis

Biblis. An die 1000 Menschen kamen am Sonntag zu einer Protestkundgebung gegen den weiteren Ausbau des Atomkraftwerks Biblis. Zwei Kraftwerksblöcke, das größte Atomkraftwerk der Welt, stehen schon in Biblis.

Die Kundgebung, die von Bürgerinitiativen aus Rheinhessen und Südhessen veranstaltet wurde, war die erste größere Zusammenfassung der Aktivitäten in dieser Region. Die Kundgebung war wegen „Störung der sonntäglichen Ruhe" ein paar Tage vorher vom Bürgermeister Selb verboten worden, außerdem wurden Flugblätter von Bürgerinitiativen beschlagnahmt. Einer einstweiligen Verfügung der Veranstalter gegen das Verbot mußte stattgegeben werden.

Universität München

Demonstration und Vollversammlung gegen Polizeieinsatz

München. Am 19. Mai überfielen über sechs Hundertschaften der Polizei eine Vollversammlung der Studenten der Münchner Universität. 497 Teilnehmer der Vollversammlung wurden erkennungsdienstlich behandelt, Fotos wurden gemacht und Fingerabdrücke genommen und die Personalien wurden festgestellt. Das erkennungsdienstliche Material wurde der Universitätsleitung übergeben, die gegen jeden einzelnen Studenten Strafantrag stellen will.

Was war der Grund dieses massiven Polizeieinsatzes? Einberufen worden war die Vollversammlung vom AStA, der sich nach der Zerschlagung der Verfaßten Studentenschaft durch das bayrische Hochschulgesetz 1974 neu gebildet hat mit dem Ziel, die Verfaßte Studentenschaft wieder aufzubauen.

Ziel dieser Vollversammlung war es, die zersplitterten Kämpfe der Studenten gegen den Prüfungsterror, die Unterdrückung der politischen Betätigungsfreiheit an der Universität und die Verschlechterung der Studiensituation zusammenzufassen. Dieser einheitliche Zusammenschluß der Münchner Studenten steht auf der Tagesordnung, denn vielfältig sind die einzelnen Kämpfe, in denen die Studenten mit der Staatsmacht verstrickt sind:

– Am Soziologischen Institut boykottierten die Studenten in den beiden vergangenen Semestern erfolgreich eine zusätzlich eingeführte Klausur.

– Von 330 Studenten des zweiten klinischen Semesters verweigerten 290 die Teilnahme an einer zusätzlichen Klausur und belagerten das Innenministerium,



München: Über 3000 Studenten beteiligten sich an der Demonstration gegen den Polizeiüberfall auf die studentische Vollversammlung.

– An der Pädagogischen Hochschule kämpfen die Studenten zur Zeit gegen die Kürzung der Haushaltsmittel für die Pädagogische Hochschule von 50 Prozent.

– Am 6./7. Mai führten die Studenten der staatlichen Fachhochschule München einen Streik durch, an dem sich 98 Prozent der Studentenschaft beteiligten. An der am nachfolgenden Tag stattfindenden Vollversammlung nahmen 1 000 Studenten teil. 2 000 beteiligten sich anschließend an einer Demonstration unter der Forderung nach Stellenbesetzung und gegen die Lehrmittelkürzungen durch das Ministerium.

Die Staatsmacht fürchtet zu Recht den Zusammenschluß der Studenten gegen diese Angriffe des Staates auf die Studienbedingungen, und sie unternimmt daher alles, um diesen Zusammenschluß zu verhindern. An nichts konnte man das deutlicher sehen als an den sechs Hundertschaften, welche der Rektor eigens geschickt hatte, um die Durchführung der Vollversammlung zu verhindern.

Aber der Polizeieinsatz hat sein Ziel nicht erreicht, denn die Studenten haben diesen Schlag nicht hingenommen. Am darauf folgenden Tag versammelten sich etwa 1 000 Studenten in einer Kundgebung vor der Mensa und beschlossen eine Demonstration durchzuführen unter den Forderungen „Für freie politische Betätigung an der Hochschule! Polizei raus aus der Uni! Vernichtung des erkennungsdienstlichen Materials! Keine Strafverfolgung gegen die Teilnehmer der Vollversammlung!“. Über 3 000 Studenten beteiligten sich an dieser Demonstration, der größten seit Verabschiedung des Bayrischen Hochschulgesetzes.

Die bürgerlichen Politiker samt Universitätsleitung sind über die Breite des studentischen Protests gegen den Polizeieinsatz erschrocken. Jetzt geben sie von sich, der Polizeieinsatz sei eine „Übermaßreaktion“ gewesen, wie es die „Süddeutsche Zeitung“ nennt. Man merkt ihnen den Ärger an, daß es ihnen nicht gelungen ist, die Studenten einzuschüchtern und ihren Widerstand zu zerschlagen. Im Gegenteil, dieser gewinnt an Kraft. Mittwoch dieser Woche werden auf einer studentischen Vollversammlung die weiteren Kampfschritte beraten. In zahlreichen Hochschulen verabschiedeten die Studenten inzwischen Solidaritätsresolutionen an die Münchener Studenten, in denen sich gegen den Polizeieinsatz und für den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft ausgesprochen wird. – (Red., nach einem Bericht aus München)

Köln. 1 000 Studenten demonstrierten am 25.5. in Köln. Alle Kölner ASten hatten dazu aufgerufen für die gesetzliche Anerkennung der verfaßten Studentenschaft mit Satzungshoheit, Finanzautonomie und politischem Mandat zu demonstrieren. Grund: Ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Münster besagt, daß den studentischen Ver-

schaft ausgesprochen wird. – (Red., nach einem Bericht aus München)

Köln. 1 000 Studenten demonstrierten am 25.5. in Köln. Alle Kölner ASten hatten dazu aufgerufen für die gesetzliche Anerkennung der verfaßten Studentenschaft mit Satzungshoheit, Finanzautonomie und politischem Mandat zu demonstrieren. Grund: Ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Münster besagt, daß den studentischen Ver-tretungsorganen keine Satzungshoheit zusteht. Im Fachbereich Sozialwesen der FH-Köln wurde an diesem Tag durch einen Streik der Lehrbetrieb lahmgelegt.

Mainz. Eine Amtsenthebung des AStA – wie an der Fachhochschule Mainz – hatte der Kultusminister Vogel der Studentenschaft der Universität angedroht, falls sie eine von ihm diktierte Wahlordnung der Studentenschaft nicht übernehmen würde. Urabstimmung für Streik bei einer Amtsenthebung des AStA, das war auf verschiedenen darauffolgenden Vollversammlungen die Antwort der Studenten. Auf diesen Protest der Studenten hin beschloß ein Gericht einen Vergleich und forderte den AStA auf, eine neue Wahlordnung auszuarbeiten und sie den Studenten zur Urabstimmung vorzulegen.

Die Juso- und DKP-Studenten krochen auf diesen Leim. Sie erklärten sich bereit, entsprechend dem Spruch des Gerichts zu verfahren. Anderer Meinung war eine studentische Vollversammlung vom 19.5. Mehrheitlich (107 zu 84) beschloß sie eine Resolution, in der es heißt: „Die Vollversammlung lehnt daher eine Diskussion und eine Urabstimmung über eine neue Satzung entschieden ab.“

Stuttgart. Ob die Landesregierung beabsichtige, bei einer Neuregelung des Landeshochschulgesetzes an der Verfaßten Studentenschaft festzuhalten, hat der Finanzausschuß des Landtages in einer Drucksache „zur Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studentenschaften des Landes“ bei der Regierung angefragt. (Landtagsdrucksache 6/8993) Falls ja, müsse peinlichst genau auf die Einhaltung der haushaltsrechtlichen Vorschriften geachtet werden und diese gegebenenfalls auf dem Weg der Ersatzvornahme durchgesetzt werden. Insbesondere ist damit die Vorschrift gemeint, daß die Studentenschaften keine Druck- und Vervielfältigungsmaschinen zur Wahrnehmung ihres politischen Mandats verwenden dürfen.



Dortmund. Geplatzter Festakt – Am 19.5. sollte dem neuen Rektor der Universität in feierlicher Stunde (mit Orchester und kaltem Büffet für über 20 000 DM) die Amtskette umgehängt werden. Versammelt hatten sich dazu eben die Sippe, die eine Erhöhung der Mensapreise in Dortmund auf dem Kerbholz hat. Die Studenten ließen es sich auch nicht nehmen, auf dem Festakt zu erscheinen und ihre Forderungen nach Zurücknahme der Preiserhöhung vorzutragen. Nach einigen vergeblichen Drohungen brach der neue Rektor die Büffetfeier ab. Am 24.5. beschloß eine studentische Vollversammlung mit 199 gegen 153 Stimmen den Abbruch des Mensaboykotts, der 14 Tage gedauert hatte.

Veranstaltung mit Vertretern der SASM

Die SASM (Southern African Students Movement) hat sich an die westdeutschen Studentenorganisationen, an die Allgemeinen Studentenausschüsse und die Vereinigten Deutschen Studentenschaften gewandt mit dem Vorschlag einer Vortragsreise an den westdeutschen Hochschulen. Die SASM ist die Dachorganisation der Studentenorganisationen von Mozambique, Azania, Zimbabwe und Namibia. Das Ziel der vorgeschlagenen Vortragsreise besteht darin, „Informationen über die Lage im Kampf des Volkes für nationale und soziale Befreiung“ in Azania (Südafrika) zu verbreiten, beizutragen zur Stärkung der Solidarität in der westdeutschen Studentenschaft mit dem Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika und die materielle Unterstützung dieses Befreiungskampfes zu fördern.

Von den Studentenorganisationen des KBW wird der Vorschlag der SASM begrüßt und unterstützt. In Hamburg, wo in der kommenden Woche am 1. Juni die erste Veranstaltung mit einem Vertreter der SASM stattfinden wird, haben sich die DKP-Revisionisten bisher geweigert, diesen Vorschlag der SASM zu unterstützen. Knickrehm, ihr Vertreter im Vorstand der VDS, erklärte auf Anfrage im Zentralrat, der müsse „erst Erkundigungen einziehen über die SASM“. Entsprechend sabotieren die Revisionisten an verschiedenen Hochschulen diesen Schritt in der Stärkung der Solidarität mit dem Befreiungskampf des Volkes von Azania und im ganzen südlichen Afrika.

In Göttingen hat die Universitätsvollversammlung in der vergangenen Woche den AStA beauftragt, die Vortragsreise der Delegation der SASM zu unterstützen. Die Stärkung der Solidarität mit dem Kampf der Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus wurde als eine der wichtigsten Aufgaben der Verfaßten Studentenschaft bezeichnet. Der AStA wurde weiter beauftragt, dafür einzutreten, daß die VDS auf Bundesebene ihre Unterstützung für die Vortragsreise der SASM erklären. Einen entsprechenden Beschluß hat u.a. der Studentenrat an der Universität in Bremen gefaßt.

Prüfungs- und Studienordnungen:

Die Studenten beugen sich dem Prüfungsdiktat nicht

An vielen Fachbereichen westdeutscher Hochschulen, Fachhochschulen und Pädagogischer Hochschulen haben die Studenten in jüngster Zeit gestreikt oder haben Streikvorbereitungen ergriffen, im Kampf gegen den umfassenden Versuch des Staatsapparates, sie über die Verschlechterung der Studienbedingungen an die staatliche Knebelkette zu legen.

Im folgenden dokumentieren wir einige beispielhafte Maßnahmen, mit denen der bürgerliche Staat die Fesselung und Unterdrückung der Studenten verfolgt. An jedem einzelnen Punkt zeigt sich dabei auch, daß die Studenten dies nicht hinnehmen und unter den Forderungen, die ihrem selbständigen Interesse entsprechen, den Angriff gegen den bürgerlichen Staat entfalten.

Baden-Württemberg. Neue Studienordnungen sollen bei den Wirtschaftswissenschaftlern und Psychologen eingeführt werden. Sie beinhalten die Einführung der Regelstudienzeit mit Zwangsexmatrikulation, den Verlust des Prüfungsanspruches und die Erhöhung der durchschnittlichen Semesterwochenstundenzahl sowie das ausdrückliche Verbot des Rechts auf freie Prüfer- und Themenwahl. Landesfachschaftstreffen beider Fachschaften beschlossen inzwischen auf einen Streik hinzuwirken. An der Universität Tübingen wurde eine Streikurabstimmung sowohl bei den Psychologie- wie bei den Wirtschaftswissenschaftsstudenten mittlerweile eingeleitetAm 19.5. traten die Studenten der Mannheimer Universität in einen eintägigen Warnstreik. Der Streik richtete sich gegen die Verschärfung der Prüfungsordnungen. Der Protest war so stark, daß der AStA, der von CDU-Studenten gestellt wird, gezwungen war, zum Streik aufzurufen.

Nordrhein-Westfalen. 93,5 % der 700 Studenten, welche sich an der Pädagogischen Hochschule Neuss an einer Streikurabstimmung beteiligten, stimmten für einen eintägigen Warnstreik und Aktionstage. Der Streik richtet sich u.a. gegen eine neue Studienordnung, welche der Senat der PH Rheinland beschlossen hat. Sie sieht vor: 132 Semesterwochenstunden anstatt 120 wie bisher. 12 Leistungsnachweise anstatt wie bisher 2. Einführung einer Zwischenprüfung, die bei Nichtbestehen die Exmatrikulation zur Folge hat.

stimmten für einen eintägigen Warnstreik und Aktionstage. Der Streik richtet sich u.a. gegen eine neue Studienordnung, welche der Senat der PH Rheinland beschlossen hat. Sie sieht vor: 132 Semesterwochenstunden anstatt 120 wie bisher. 12 Leistungsnachweise anstatt wie bisher 2. Einführung einer Zwischenprüfung, die bei Nichtbestehen die Exmatrikulation zur Folge hat.

Eine Urabstimmung über unbefristeten Streik beschloß die Vollversammlung der Sporthochschule Köln bei 400 Teilnehmern. Grund: Eine neue Diplomprüfungsordnung, daß Sportstudenten gleichzeitig mit Vorbereitung auf das Examen innerhalb 6 Monaten die Prüfungsarbeit machen müssen. Bisher gab es keine Begrenzung.

Baden-Württemberg. Die Landesastenkonferenz vom 24.5. forderte das Kultusministerium auf, bis Pfingsten einen neuen Prüfungserlaß zurückzunehmen. Andernfalls sollen vom 14. bis 21.6. eine Aktionswoche an allen Pädagogischen Hochschulen durchgeführt und eine Streikurabstimmung angestrebt werden. Bereits am 20.5. hatte eine Vollversammlung der PH Karlsruhe mit über 400 Teilnehmern einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Eine Vollversammlung an der PH Heidelberg beschloß am 25.5. bei gut 400 Teilnehmern einstimmig eine dem Landesastenbeschluß entsprechende Resolution. Der Erlaß des Kultusministeriums vom 7.5. sieht vor, daß im Wintersemester keine Prüfungen an den Pädagogischen Hochschulen abgehalten werden, was für viele Studenten bedeutet, daß sie ein zusätzliches Semester anhängen müssen. Weiterhin sieht er die Einführung eines eigenen Prüfungssemesters vor als Voraussetzung für die Einführung verschärfter Prüfungsbedingungen.

Niedersachsen. Streiks gegen die Verschärfung der Prüfungsordnung an den niedersächsischen Pädagogischen Hochschulen fanden in der letzten Zeit an den Pädagogischen Hochschulen Lüneburg, Göttingen, Braunschweig und Hannover statt.

Der Zentrale Studentenrat der PH Niedersachsen (ZSR) hat auf seiner Sitzung am 25.5. die Landesastenkonferenz aufgefordert, entweder einen unbefristeten Streik oder Aktionstage in der Zeit vom 21.6. bis 25.6. zu beschließen. Die Vertretung der niedersächsischen PH-Studentenschaft beschloß auf ihrer Sitzung am 25.5. weiterhin die Durchführung einer Demonstration am 1.6. in Hannover. Vor der Demonstration wird an der TU Hannover eine Veranstaltung gegen den neuen Prüfungserlaß stattfinden. Dieser beinhaltet die Einschränkung der freien Prüferwahl, die Verstärkung der staatlichen Kontrolle der Prüfungen und erhöhte Prüfungsanforderungen.

beschloß auf ihrer Sitzung am 25.5. weiterhin die Durchführung einer Demonstration am 1.6. in Hannover. Vor der Demonstration wird an der TU Hannover eine Veranstaltung gegen den neuen Prüfungserlaß stattfinden. Dieser beinhaltet die Einschränkung der freien Prüferwahl, die Verstärkung der staatlichen Kontrolle der Prüfungen und erhöhte Prüfungsanforderungen.

Polizeistiefel markieren die Grenze der Freiheit der Wissenschaft

„In einer derartigen Übermaßreaktion muß man den Versuch der massiven Einschüchterung oder die Furcht eines auf die Spitze getriebenen Legalismus sehen.“ So kommentiert die „Süddeutsche Zeitung“ den Polizeiüberfall auf die Vollversammlung der Münchener Studenten, die erkennungsdienstliche Behandlung und die angekündigte Strafverfolgung von 497 Studenten.

Gerade für so selbstverständlich, wie die Bourgeoispresse die Korruption und unbegrenzte Bereicherungssucht der Professoren und der höheren Regierungsbeamten an den Hochschulen hält, wird der Polizeieinsatz gegen die Versammlung der Studenten genommen. Zwar „Übermaßreaktion“ – Unterdrückung jedoch muß sein, mit Maß und Ziel. Die Studenten dürfen den „Hausfrieden“ nicht brechen, wie ihn 1974 der bayrische Kultusminister und sein Universitätsstatthalter Lobkowicz mit der gesetzlichen Beseitigung sämtlicher Vertretungsrechte der Studenten oktroyiert haben

Das Ziel, um das es der herrschenden Klasse bei dieser Unterdrückung geht, besteht in der Verwandlung der Masse der Studenten in Agenten des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und in Verteidiger der bürgerlichen Rechtsverhältnisse, die dem Privateigentum der Kapitalisten entsprechen. Dabei steht die herrschende Klasse vor folgenden unlösbaren Widersprüchen: Sie muß die Masse der auszubildenden Studenten für diese Tätigkeiten aus den Volksmassen rekrutieren, um sie an den Hochschulen in die Schablone von Verteidigern ihrer imperialistischen Herrschaft zu pressen. Diesen Widerspruch in ihrem Interesse zu lösen, darin besteht das Ziel der Gewalt, die die herrschende Klasse an den Hochschulen gegen die Masse der Studenten durch ihre Regierungsbehörden und Aufsichtsbeamten im Professorenrang täglich ausübt.

Wie weit die herrschende Klasse dabei zu gehen bereit ist, das zeigt das Ereignis in München. Diese Massenterrorisierung durch Polizeihundertschaften spottet all der Lobreden, die die offiziellen Repräsentanten dieser Universitäten anläßlich von Jubiläumstagen halten, wenn sie sich an die Befreiung der Wissenschaft von feudalen und klerikalen Zwängen erinnern. Der Polizeistiefel markiert die Grenze der Freiheit der Wissenschaft. Diese Grenze liegt da, wo das Interesse des privaten Eigentums nicht gesichert ist. Schon im unmittelbaren Zusammenschluß der Studenten zum Zwecke der Gegenwehr gegen Studienverschärfungen und die Verschlechterung der Studienbedingungen sieht die herrschende Klasse die Bedrohung ihrer Interessen und setzt ihre bewaffnete Macht in Bewegung.

„Hausfrieden“ zwischen Studenten und Regierungsbehörden an diesen Hochschulen gibt es nicht. Der Polizeiüberfall auf die Münchener Studentenversammlung spiegelt beides wider: Die Furcht der herrschenden Klasse und ihre Bereitschaft, für die Durchsetzung ihrer Interessen alle Mittel einzusetzen. Die „Furcht eines auf die Spitze getriebenen Legalismus“ nennt die „Süddeutsche Zeitung“ das Auftreten der Polizei. Sie hat recht. Der Polizei- und Militärapparat ist der Kern der politischen Macht der herrschenden Klasse; sein Eigentum gegen die besitzlosen Klassen ist die „Spitze des Legalismus“ dieser reaktionären Klasse.

Polizeiaufrüstung in einer niedersächsischen Stadt

Braunschweig. Vor der Öffentlichkeit weitgehend geheimgehalten, findet seit ungefähr einem Jahr ein rascher Aus- und Umbau der Polizei statt – verstärkt in den letzten Monaten.

Mehr Fahrzeuge: Die Braunschweiger Polizei hat ihren Wagenpark um mindestens 160 Prozent erweitert; wertmäßig sogar um wesentlich mehr, weil sie auf teurere Typen umsteigt wie Opel Rekord 1900 und Mercedes. Neben 5 neuen Mercedes und 2 neuen VW-Passat verfügt die Polizei über folgende Fahrzeuge (Mindestangaben):

Typ	alt	neu	Zuwachs
VW Käfer	10	12	120 %
VW Transporter	14	5	35 %
VW 412 / Opel Rekord 1900	5/0	0/12	240 %

Am auffälligsten ist der Ausbau der typischen Streifenfahrzeuge VW 412 bzw. seines Nachfolger Rekord 1900. Daß diese Fahrzeuge auch im Einsatz sind, sieht man auf den Straßen, auf denen immer mehr Polizeifahrzeuge unterwegs sind. Um das ganze Ausmaß der vermehrten Streifentätigkeit zu verschleiern, läßt die Polizei mittlerweile ihre Fahrzeuge des Zivilen Streifenkommandos (ZSK) – die früher nur nachts fuhren – auch tagsüber fahren.

Mehr Polizisten: Die Polizei Niedersachsen wird in den nächsten Jahren von 14000 auf 18000 Beamte verstärkt, das heißt um fast ein Drittel. Für die Braunschweiger Schutzpolizei bedeutet dies, daß die 550 Planstellen – von denen 1975 500 bis 525 besetzt waren – um 175 aufgestockt werden und so das Soll des „Programms für Innere Sicherheit" (1974) erreicht wird: 1 Polizist auf 400 Einwohner. (Braunschweiger Zeitung, 15.4.)

Umstellung auf Computer: Ein besonders teurer Ausbau sind die Fahndungscomputer, auf die überall in der BRD umgerüstet wird – seit Jahresanfang in Braunschweig. Über Fernschreiber rufen die Dienststellen Namen oder Kfz-Daten – die ihnen über Funk von den Streifenwagen gegeben werden – aus dem Polizeiinformationssystem „Inpol" ab, das vom Bundeskriminalamt in Wiesbaden und von der Interpol in Paris „gefüttert" wird. (Braunschweiger Zeitung, 10.2.) In Sekundenschnelle erscheint die Antwort auf Datensichtgerät und wird den anfragenden Polizeiwagen gegeben.

Erweiterte Kontrolle und Überwachung: Wegen dieser Möglichkeit, in Sekundenschnelle gesuchte Personen/Kfz aus ganz Europa (!) abzufragen, geht die Polizei dazu über, **jeden** Ausweis und **alle** Kfz-Papiere, deren sie bei Kontrollen habhaft wird, über Funk zu überprüfen, was früher wegen der minutenlangen Wartezeit nicht möglich war.

Gleichzeitig auf Elektronische Datenverarbeitung (EDV) werden oder sind umgestellt:
- die zentralen Meldestellen Niedersachsens (Braunschweiger Zeitung, 22.4.)
- die 55000 Akten mit 77000 Hinweiskarten (!) der Braunschweiger Kripo werden oder sind auf Mikrofilm gebracht (Braunschweiger Zeitung, 10.2.)
- die Namen aller Personen mit „verfassungsfeindlichen Aktivitäten", die beim Bundesamt für Verfassungsschutz oder bei anderen „Sicherheitsbehörden" (Bundeskriminalamt, MAD, BND) „aktenkundig" geworden sind, sind enthalten im Informationssystem NADIS.

All das läßt sich leicht zusammenschalten – falls dies nicht schon längst geschehen ist.

Die technischen Möglichkeiten umfassender Überwachung und Kontrolle werden juristisch abgesichert im Musterentwurf für ein einheitliches Bundespolizeigesetz, in dem die Befugnisse der Identitätsfeststellung und erkennungsdienstlichen Behandlung für die Polizei erheblich ausgedehnt werden. Oder durch den Entwurf für ein Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz, das alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu Spitzeltätigkeit für den Verfassungsschutz zwingen will und diese Erkenntnisse weitergeben will an nichtstaatliche Stellen, d.h. die Kapitalisten und ihre Verbände.

Die Vermehrung von Fahrzeugen, Personal, Umstellung auf EDV, Verschärfung der Gesetze – all das rundet das Paket der Inneren Sicherheit ab. Keineswegs handelt es sich hierbei um Maßnahmen gegen einige Hundert Anarchisten oder die gestiegene Kriminalität (in Braunschweig ist die Zahl der bekanntgewordenen Fälle von 14955 (1971) auf 16253 (1975), das heißt nur um 9 Prozent gestiegen – Neue Braunschweiger, 15.4.). Vielmehr sieht man an all diesen Maßnahmen, daß die Bourgeoisie sich für die kommenden Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk rüstet. Es kommt darauf an, in den stattfindenden Kämpfen das Bewußtsein der Masssen über diesen Staat zu heben und mit dem Wiederaufbau der Kommunistischen Patei eine Organisation zu schaffen, die in der Lage ist, die Massen zum Sturm auf die Festung der Bourgeoisie zu führen. – (f.r.)



Nach dem neuen Polizeigesetz, das bundeseinheitlich von den Länderinnenministern Anfang Juni beschlossen wird, soll unter anderem der „Todesschuß" erlaubt werden. Durch Verstärkung der Schießausbildung wird die Polizei dafür gedrillt.

Übermüdung der Fahrer

Die Offiziere haben Unfälle einkalkuliert

Kiel. Am 26.4.1976 fuhr das 1. und 2. Marinetransportbataillon I zu einer Schießübung in den Westerwald. Ziel der Übung war es unter anderem, „die [illegible] Fähigkeit des Fahrens unter Beweis zu stellen", wobei den Soldaten indirekt Belohnungen in Form von Sonderurlaub versprochen wurde. Alle Fahrer waren natürlich darauf erpicht, so gut wie möglich abzuschneiden, denn jeder ist glücklich, vom Bund einen Tag verschont zu bleiben und vor allem Urlaub zu haben.

Die Hinfahrt verlief einwandfrei, die Marschgeschwindigkeit war 40 km/h, so daß man zum Aufholen der Kolonne nur 60 km/h zu fahren brauchte. (Hierzu muß man wissen, daß leicht ein Zieharmonikaeffekt auftreten kann, wenn die Abstände von 50 m ausgeglichen werden müssen.)

Auf dem Schießplatz im Westerwald wurde dann sechs Tage lang ungeheure Mengen an Munition verballert, wobei kaum ein Soldat Ehrgeiz in seinen Schießkünsten zeigte, sie wollten vielmehr lieber nach Hause, zehn Tage von jeglicher Öffentlichkeit abgekapselt ödet wohl auch den besten „Bürger in Uniform" an. Auf dem Rückmarsch war denn auch die Stimmung so: Nur schnell nach Hause! Das sagten sich wohl auch die Offiziere und beachteten die Geschwindigkeitsvorschriften nicht mehr. Da sie vorausfahren und man ihnen folgen muß, kam man auf Normalgeschwindigkeit von 60 km/h. Die letzten Fahrzeuge kamen so durch den Ziehharmonikaeffekt manchmal auf Höchstgeschwindigkeit, was bei dem [illegible] Zustand mancher Fahrzeuge nicht ungefährlich ist. Alle Fahrer riskierten dies aber mit Blick auf den Sonderurlaub, bis dann ein Unimog aus der Kurve flog, Benzin auslief und der Beifahrer bis zur Unkenntlichkeit verbrannte. Der Fahrer liegt mit lebensgefährlichen Verletzungen im Krankenhaus. Die Offiziersclique bedauerte diesen Unfall abends bei Antreten ungemein. Für sie war es einfach menschliches Versagen. Was sie vielmehr bedauerten, war vielmehr der Papierkrieg.

Daß sie keine Lehre aus dem Unfall zogen, sah man am folgenden Tag, als die Raserei weiterging. Die Fahrer wurden über die Höchstlenkungszeit von vier Stunden beansprucht, so daß sie bei einintöniger Kolonnenfahrt nahe am Einschlafen waren. Die einzigen, die eine Lehre aus dem Tod ihres Kollegen zogen, waren die Fahrer: Sie weigerten sich, schneller als 60 km/h zu fahren. Daraufhin war keine Rede mehr von Sonderurlaub oder anderen Vergünstigungen. Sie haben gemerkt, daß ihr Leben beim Bund keinen Pfifferling wert ist. Sie sind nicht bereit, für solch eine Armee ihr Leben aufs Spiel zu setzen. – (Ein Soldat des Marinetransportbataillons)

Eine bürgerliche Armee

Soldaten der Nationalen Volksarmee – isoliert vom Volk gehalten

Aus dem Sitzungssaal des SED-Parteitages übermittelte das Fernsehen am vergangenen Donnerstag folgende Szene: Mehrere hundert Offiziere der Nationalen Volksarmee, der Armee der DDR, marschierten in Paradeformation in den Saal. Vor dem Rednerpult angekommen, wurde „Still gestanden" kommandiert und dem Vorsitzenden der SED Meldung erstattet. Bisher hat es so etwas auf SED-Parteitagen nicht gegeben. Vor aller Welt und besonders dem Volk in der DDR will die neue Bourgeoisie, die in der DDR die Macht ausübt, zeigen, daß ihr die Offiziere und damit die Armeeführung treu sind. Die Nationale Volksarmee dient dem Zweck, die Klassenherrschaft, die die neue Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und das Volk in der DDR ausübt, zu sichern. Deshalb haben die einfachen Soldaten keine Rechte, sie werden unterdrückt und vom Volk getrennt gehalten. Einen Einblick in die Verhältnisse, denen die Mannschaften dieser Armee unterworfen sind, vermittelt die folgende Korrespondenz.

Als ich mich kürzlich für einige Tage in der DDR aufhielt, nahm ich die Gelegenheit wahr, mich mit einigen Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) über die Lage der Soldaten in der DDR zu unterhalten. In der Mehrzahl waren es Wehrpflichtige, jedoch befand sich darunter auch ein Offiziersanwärter, der sich für drei Jahre verpflichtet hatte, um dadurch mehr Sold zu erhalten, was er jedoch inzwischen bereut, wie er mir erklärte. Ich traf sie alle während eines Wochenendurlaubs in verschiedenen Kneipen. Sie trugen entgegen der gesetzlichen Pflicht keine Uniformen und wagten es daher, sich relativ ungezwungen mit mir zu unterhalten, sobald sie sich sicher waren, daß niemand zuhörte. Mit uniformierten Soldaten gelang es mir nicht zu diskutieren, da sie von jedermann als Soldaten erkannt werden und daher der besonderen Aufmerksamkeit von Funktionären und Spitzeln unterliegen.

Zunächst fällt einem auf, daß man viele NVA-Soldaten nicht in nüchternem Zustand antrifft, was nicht nur in der Freizeit, sondern selbst im Dienst der Fall sein soll. Noch in wesentlich stärkerem Maße als in der Bundeswehr greift in der NVA der Alkoholismus um sich. Ausschlaggebend dafür ist der verschärfte Druck, der auf sie ausgeübt wird, die Angst vor harten Disziplinarmaßnahmen, wenn sie Kritik äußern, und ihre fast völlige Isolation durch die Kasernierung. Ihre Wehrzeit beträgt 18 Monate, wobei sie zunächst 120 Mark erhalten. Nach einem Jahr erfolgt die Beförderung zum Gefreiten, was mit einer Solderhöhung auf 150 Mark verbunden ist. Die meisten werden dann im Grenzdienst eingesetzt. Dafür erhalten sie einen Zuschlag von 30 Mark. Wer zudem eine „Republikflucht" – mit welchen Mitteln auch immer – verhindert, erhält eine sogenannte „Abschußprämie", Sonderurlaub, und, sofern er auf den Flüchtenden *geschossen* hat, auch Papiere mit anderem Namen.

Die Truppen des Sozialimperialismus in der DDR

Die militärische Anwesenheit der US-Imperialismus in Westdeutschland verglichen sie mit der Rolle der sozialimperialistischen Truppen in der DDR. In das Ringen dieser beiden imperialistischen Supermächte um die Weltherrschaft fühlen sie sich wider Willen auf der Seite der Sowjetunion eingespannt, was auch ihr Verhältnis zu den Truppen des Sozialimperialismus bestimmt. Die sowjetischen Soldaten sind von der DDR-Bevölkerung streng getrennt. Ausgang erhalten sie in der Regel zweimal die Woche und auch das nur in Gruppen und natürlich in Uniform. Die Sowjetsoldaten werden gemieden, wo immer sie auftauchen. Zumeist werden sie als „arme Kerle" bezeichnet, von denen viele angeblich kaum lesen oder schreiben können, wie mir mehrfach bestätigt wurde.

Offiziell wird die Anwesenheit der Truppen des Sozialimperialismus so begründet: sie ihre ständige Verstärkung und Aufrüstung mit der „Vorbereitung eines Krieges zur Verteidigung der Interessen der Sowjetunion" (Neues Deutschland, 20. Februar 1975) begründet. Welche Interessen das sind, kann ein jeder Arbeiter in der DDR sagen: Steigerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Ausbeutung der osteuropäischen „Bruderländer", rücksichtslose Aneignung der von der Arbeiterklasse der DDR geschaffenen Werte und das Ringen mit dem US-Imperialismus um die Vergrößerung des Herrschaftsbereichs der Sowjetrevisionisten. Ferner soll durch die Anwesenheit starker sowjetischer Verbände in der DDR der Notwendigkeit vorgebeugt werden, wie in der CSSR „internationalistische Hilfe zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften" (Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU, Berlin/Moskau 1974) leisten zu müssen. Auf solche „Hilfe" freilich können die osteuropäischen Völker verzichten.

Straflager für Soldaten

Wer bei der NVA im Bau sitzt, wird nicht befördert und muß die eingesessene Zeit nachdienen. Wer es gar wagt, Kritik zu üben, oder zeigt, daß er die tatsächliche politische Lage durchschaut, läuft Gefahr, für einige Jahre in ein großes Soldatenstraflager nach Schwedt (ein Ort nordöstlich von Berlin an der polnischen Grenze) geschickt zu werden. Die Verhältnisse dort sollen schrecklich sein, sodaß nicht nur unter den Soldaten in der DDR mehr als der Name dieser Stadt. Die Gefangenen kehren nach Jahren völlig gebrochen zurück und müssen dann noch nachdienen. Andere verschwinden völlig von der Bildfläche.

Angesichts dieses Drucks waren die meisten Soldaten, mit denen ich sprach, resigniert, was die Veränderung der Verhältnisse in der DDR anbelangt. Einer jedoch meinte, es werde der Tag kommen, da sich auch in der DDR die Arbeiterklasse erhebt, um die Revisionistenclique dort zu beseitigen und den Sozialismus aufzubauen. – (Aus: Volksmiliz Nr. 7, Wiesbadener Militärzeitung)

Teilnahme an der Mai-Demonstration soll bestraft werden

Schwanewede. Gegen den Gefreiten M. Tiedtke aus der Stabskompanie der Brigade 32 wird durch den Kompaniechef ein Disziplinarverfahren wegen Verstoß gegen § 11 und § 15 des Soldatengesetzes durchgeführt.

Der Gefreite Tiedtke hatte am 1. Mai an der gewerkschaftlichen Demonstration und Kundgebung in Bremen Nord teilgenommen.

Drei zivile Feldjäger haben jetzt das Material für eine Bestrafung von Tiedtke zusammengespitzelt. Hinzu kommt, daß es ein generelles Verbot gab, in Uniform gewerkschaftliche Demonstrationen am 1. Mai zu besuchen. Unter den Kameraden in Schwanewede hat die Verfolgung des Gefreiten Empörung hervorgerufen. – (d.o.)

Mannschaftsversammlung: Die Vertrauensleute müssen bleiben

Wetzlar. Am Mittwoch, dem 12.5., fand eine Mannschaftsversammlung nach Dienst in der Nachschubkompanie 130 statt. Etwa 35 bis 40 Soldaten waren gekommen. Es ging in der Hauptsache um die geplante Absetzung der Vertrauensleute Badeck und Urban. Sie hatten sich am 1. Mai an der DGB-Demonstration in Uniform beteiligt. Deshalb hatte Major Puder, Kompaniechef der Nachschubkompanie 130, angekündigt, daß er ihre Absetzung beantragen werde. Er hätte kein Vertrauen mehr zu ihnen. Darüber waren viele Soldaten empört. „Uns ist es egal, ob der Major das Vertrauen in unsere Vertrauensleute hat, es kommt doch darauf an, daß wir das Vertrauen in sie haben", empörte sich ein Soldat. Und: „Daß sich unsere Vertrauensleute für uns einsetzen wollen, haben sie doch auch damit gezeigt, daß sie am 1. Mai mit auf die Straße gegangen sind. Sie haben eigentlich für uns alle demonstriert."

Die können nicht so ohne weiteres unsere Vertrauensmänner absetzen, da gibt es Widerstand, war die einhellige Meinung. „Auch wenn wir die Absetzung nicht verhindern können, wir müssen denen da zeigen, daß wir nicht alles mit uns machen lassen", meinte ein anderer Soldat und zeigte auf, wie wir schikaniert und gedrückt werden:

– Soldaten bekommen den Nachtausgang gestrichen, weil sie verschlafen hatten – und das nur für ein paar Minuten.

– Anderen wird sogar der Wochenendausgang gestrichen und sie müssen auch eine ganze Woche um 22.00 Uhr im Bett liegen, weil sie ein zweites Mal beim Wecken verschlafen hatten (5 Minuten nach dem Wecken muß der Soldat aus dem Bett sein; ZDV 10/5).

– Drei Soldaten durften ein Wochenende nicht nach Hause fahren, weil sie bei der Führerscheinprüfung durchgefallen sind.

Die Vertrauensleute müssen bleiben, das war die Meinung aller Anwesenden. Einstimmig wurde beschlossen, eine Unterschriftensammlung durchzuführen, um den Vertrauensleuten Badeck und Urban das Vertrauen auszusprechen. – (nach: Wetzlarer Soldaten Zeitung Nr. 3)

Die PS will die Führung in der Intersindical in die Hand bekommen

Portugal: Die Kämpfe der Arbeiter haben nicht aufgehört

Nach dem 25. April 1974 waren sich revisionistische, reformistische und reaktionäre Kräfte in einem einig: Unordnung sollte nicht aufkommen, die Arbeiterbewegung und die Volksmassen sollten nicht in Bewegung kommen und ihr Geschick in die eigene Hand nehmen.

Alle waren sich einig, daß eine Verfassung dem Volk aufoktroyiert werden sollte, die den Ausbeutungsverhältnissen einen neuen Mantel geben sollte. Nachdem die Verfassungsgebende Versammlung gewählt war, hatte sie vor, in 90 Tagen das Verfassungswerk zu beenden. Das ging nicht. Der Termin wurde um weitere 90 Tage verlängert. Auch er wurde nicht eingehalten. Knapp vor den Wahlen zur „Versammlung der Republik" wurde die Verfassung beendet. Empfindlich waren die Debatten der „Volksvertreter" von der Volksbewegung, die sich entwickelte und die alte Ordnung angriff, gestört worden.

Die „politische Stabilität" mußte am 25. November vorigen Jahres mit Gewalt, Ausnahmezustand, Aufhebung des Streikrechts usw. hergestellt werden. Es stiegen derweil die Arbeitslosenzahlen, die Preise, die Krise griff um sich. Auf derartigem Boden läßt sich schwerlich „politische Stabilität" durchsetzen.

Die Lebensbedingungen der Arbeiter und des Volkes und ihre Kampfaktionen

Möglich ist der herrschenden Klasse, den Staatsapparat wieder voll in die Hand zu nehmen. Aber das geschieht in einer Lage, in der die Lebensbedingungen der Arbeiter und des Volkes sich massiv verschlechtern.

Für den Zeitraum von 1973 bis 1974 führt der „Express" vom 8. Mai aus: „An erster Stelle ist erkennbar, daß das Lebensniveau der portugiesischen Bevölkerung sehr gering angestiegen ist – 5,3 Prozent im Durchschnitt für die Zeit von 1968 bis 1973 und 5,8 Prozent im Jahr 1973 bis 1974, und an zweiter Stelle sieht man, daß inmitten des Elends die Elendsten weiterhin die Landarbeiter waren. Es ist in der Tat eine haarsträubende Sache, daß in einem Atomzeitalter, in dem der Mensch schon den Mond betreten hat, der portugiesische Landarbeiter einen Hungerlohn verdient, ist der Hungerlohn von 1968 (1 580 DM jährlich), dann sechs Jahre später den anderen Lohn, bei dem der Hunger nur etwas schwächer wurde (1 700 DM im Jahr – 1974)."

Richtig ist, daß nach dem 25. April 1974 die portugiesischen Arbeiter ihre Löhne stark erhöhen konnten. Das war mehr als gerecht. Aber die Imperialisten und Kapitalisten antworteten mit Kapitalflucht, Sabotage, und es wurde schnell offenkundig, daß mit den Nationalisierungen letztlich nichts erreicht war, was den Arbeitern und dem Volk hätte nützen können. Der Staat war weiterhin politisches Organ der herrschenden Klasse.

Seit dem 25. November ist nun die Lage geschaffen, in der die Imperialisten und Kapitalisten sich wieder voll und ganz und vor allem offen des Staates bedienen. Schon im Jahr 1975, so schätzt der „Expresso", sind in Lissabon die Preise um 21 Prozent, die Löhne aber nur um 8 Prozent gestiegen. Er führt dann aus, daß seit dem 25. November die Löhne überhaupt nicht mehr gestiegen seien: „Es scheint, daß einmal mehr die Verbesserung des Lebensniveaus eine fallende Kurve beschreibt."



Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter haben stärker begonnen. Es geht darum, die errungenen Verbesserungen zu erhalten. Das Bild zeigt Arbeiter eines Kleinbetriebs.

Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter haben nicht aufgehört. Im Gegenteil, sie haben stärker begonnen. Es finden unzählige Streiks und andere Kämpfe statt, die darum gehen, die errungenen Verbesserungen zu erhalten. So gelang es den Arbeiterinnen in der Stoffindustrie durch einen eintägigen Streik die Angriffe der Kapitalisten zurückzuschlagen. Die Holzarbeiter, die Keramikarbeiter, die Arbeiter der Konservenindustrie, die Apothekenangestellten, die Textilarbeiter des Südens, die im Handel Beschäftigten – sie alle sind in irgendeiner Form in Kampfaktionen getreten. Der „Expresso" vom 8. Mai meint einige „Konflikte, die großes Ausmaß annehmen könnten", vorauszusehen, wobei die Verantwortlichen des Arbeitsministeriums diese „Konflikte" „rein berufsständisch" ansähen.

Es beginnen gerade jetzt tatsächlich die Tarifverhandlungen der Metaller; es fanden kürzlich Streiks in der Keramik- und Tonindustrie statt, die auch die Bauindustrie getroffen haben sollen. Die Bauarbeiter selber befinden sich noch in Teilverhandlungen, ebenso die Minenarbeiter.

Das Arbeitsministerium versucht die Kämpfe als „rein berufsständisch" zu
Kämpfe als „rein berufsständisch" zu
verharmlosen. Man braucht sich nur die Gesetzesüberlegungen des Herrn Arbeitsministers Tomàs Rosa anzusehen, und man erkennt, daß dieser Minister-Militär die Kämpfe sehr ernst nimmt.

Neue Gesetze sollen die Kämpfe der Arbeiterklasse einschnüren

Tomàs Rosa plant ein neues Gesetz zu den Lohnverhandlungen. Das bisherige Gesetz sah vor, daß die Regierung als Schiedsrichter an den Lohnverhandlungen teilnehmen sollte und daß die Regierung die letzte entscheidende Instanz sein sollte, die jedes Verhandlungsergebnis akzeptieren mußte. Die Regierung brachte das in die mißliche Lage, bei jeder Tarifverhandlung anwesend zu sein, und bei jeder „Kleinigkeit" kamen die Gewerkschaften oder die Arbeitgeber zur Regierung gerannt, daß sie schiedsrichtern solle. Das Gesetz sah vor, daß die Regierung das letzte Wort haben sollte, aber dies wurde durch das Verfahren vollkommen aufgeweicht, und die Regierung wurde zum ständigen „Beisitzer". Der neue Gesetzesvorschlag sieht vor, daß die Regierung „nur in Ausnahmefällen" die letzte Instanz sein soll. Das bedeutet also, daß der Staat sich aus unbedeutenden „Streitigkeiten" heraushalten kann, um in bedeutenden „ausnahmsweise" zuschlagen zu können.

Ein anderes Gesetzesvorhaben des Arbeitsministers bezieht sich auf die „Arbeiterkontrolle". Diese Kontrolle soll folgendermaßen aussehen: „Es ist ähnlich wie beim Aufsichtsrat. Die Kommissionen der Arbeiter nehmen nicht an der Betriebsführung teil, sie greifen da nicht ein. Ich denke, diese Lösung wird sehr positiv sein; man wird mit einigen selbstgewählten Arbeiterkommissionen aufräumen; man wird mit dem Polizeicharakter, den sie manchmal angenommen haben, aufräumen ...", sagte Tomàs Rosa in einem Interview. (Expresso, 10. April)

Das dritte Gesetzesvorhaben ist eines über die „Säuberungen". Dies Gesetz geht davon aus, daß die „revolutionären" Säuberungen abgeschlossen sind und daß man nun darauf ankomme, „ungerechte Säuberungen" rückgängig zu machen. Dies Gesetz soll in allen Betrieben zur Anwendung kommen. Die faschistischen Fabrikherren dürfen heimkehren – dies ist der Inhalt.

Das vierte Gesetz soll festlegen, wie „die Lohnkurve zu verlaufen" hat, womit dem Lohnkampf eine Grenze nach oben gesetzt werden soll.

Die Zeitung der UDP „Voz do povo" führt zu dem Gesetz über die Lohnverhandlungen folgendes aus: „Das neue Gesetzesprojekt ist nicht mehr als ein Versuch, gesetzlich festzulegen, was die Fabrikherren mit Rükkendeckung des Arbeitsministeriums schon gemacht haben. Dies neue Gesetz erlaubt es denjenigen Fabrikherren, die keiner Arbeitgebervereinigung angehören, den Tarifvertrag zu ignorieren. Die Unternehmer können sogar Arbeiter, die nicht zur Gewerkschaft gehören, in einem individuellen Vertrag anwenden. Ein Gesetz, um die Arbeiter zu spalten, die einen gegen die anderen zu stellen."

Die Sozialistische Partei will die Führung der Gewerkschaft Intersindical den Revisionisten nehmen

Die wichtigste Debatte wird gegenwärtig über die gewerkschaftliche Organisation geführt. Arbeitsminister Tomàs Rosa sagte im April, es sei „möglich, unumgänglich und sogar logisch", die Intersindical, die einst per Dekret des Revolutionsrates als Einheitsgewerkschaft zugelassen worden war, aufzulösen. Ende April sagte der Staatssekretär im Arbeitsministerium Marcelo Curto (PS), er habe den Minister für öffentliche Angelegenheiten gebeten, vor Gericht zu gehen, um die Auflösung der Intersindical zu erwirken. Die Sozialistische Partei hatte ursprünglich die Absicht, einen eigenen gewerkschaftlichen Dachverband aufzumachen.

Inzwischen ist deutlich geworden, daß ihr dies nicht möglich ist. Zu einer wirklich relevanten Spaltung der Gewerkschaftsbewegung hätte dies nicht geführt. Daher spricht sich die Sozialistische Partei jetzt (im Gegensatz zur PPD, die nach wie vor Richtungsgewerkschaften der Parteien durchsetzen will) dafür aus, bis Ende Oktober einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß abzuhalten, auf dem eine neue Füh-
abzuhalten, auf dem eine neue Füh-
rung gewählt werden soll und die Intersindical in die „Confederaçao Geral do Trabalho" C.G.T. umgewandelt wird. Es ist die Absicht der PS, in die Führungsgremien des Dachverbandes hineinzukommen. Die PS vertritt weiterhin die Auffassung, in der Gewerkschaft müssen „Richtungen" erlaubt sein, das sei die einzige Form, wie der innerhalb der Einheitsgewerkschaften die freie Meinung aller Richtungen gewährleistet werden könne.

Es ist deutlich, daß die PS der Parteipolitik in die Gewerkschaft hineintragen will und die gewerkschaftliche Demokratie, bei der die Minderheit der Mehrheit unterworfen ist, zerstören will. Darin unterscheidet sich die PS nicht von der PCP, die treibende Kraft beim Aufbau der Intersindical gewesen ist und damals alle die Gewerkschaften, die nicht unter ihrem Einfluß standen, vom Gründungskongreß entfernt hat. Die Intersindical war damit seit ihrem Bestehen ein Anhängsel der PCP. Die PCP hat sich daher immer geweigert, einen demokratischen Gewerkschaftskongreß abzuhalten. Die Drohung der PS, einen eigenen Dachverband zu bilden, die Drohung mit der richterlichen Auflösung der Intersindical treibt die PCP jetzt dahin, auf den Vorschlag der PS einzuschwenken. Wie Führer der Intersindical mitteilten, soll noch in diesem Jahr der Gewerkschaftskongreß stattfinden. Mit Sicherheit wird es zu Vorabsprachen über die Postenverteilung kommen.

Die revolutionären Kräfte sind heute in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden und sie werden mehr. In vielen lokalen Gewerkschaftsverbänden stehen die Kommunisten der PCP/R an der Spitze. Sie werden die Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses zu einer Auseinandersetzung mit dem reformistischen Gewerkschaftsprogramm und mit dem Revisionismus nutzen. „Der Kongreß muß in den Betrieben, Fabriken und Büros beginnen, alle Arbeiter müssen die vorgelegten Dokumente diskutieren, nur so wird man einen einheitlichen Zentralverband kommen, der dem Willen der Arbeiter entspricht und in der Lage ist, die Arbeiter im Kampf gegen die Offensive der Fabrikherren, die sich abzeichnet, zu vereinen", schreibt die UDP. – (kkw)

Frankreich: 150000 ausländische Arbeiter demonstrieren für Gleichberechtigung

Die ausländischen Arbeiter der Soacotra, die in rund 45 Wohnheimen auf ganz Frankreich verteilt untergebracht sind, führen seit 15 Monaten den Kampf gegen die Bedingungen, zu denen sie in den Heimen wohnen und leben müssen. Einen ersten Erfolg haben sie erreicht: Die Immobilienfirma, der die Heime alle gehören und die die Kontrolle und unmittelbare Aufsicht in den Heimen ausübt, mußte eine Erhöhung der Mieten zurücknehmen. Die Arbeiter führen den Kampf aber weiter für die Herstellung ihrer Rechte in den Heimen. Sie fordern: Abschaffung der Heimordnung, Anerkennung als Mieter, Entlassung der rassistischen Heimleiter, Anerkennung des Mieterkomitees und des zentralen Koordinationskomitees als Vertretungsorgane der Arbeiter. Um ihre Interessen gegenüber dem Besitzer der Wohnheime zu vertreten, haben die Arbeiter in jedem Heim Komitees gewählt, aus denen Delegierte in das zentrale Koordinationskomitee geschickt wurden. Zunächst haben weder die französischen Gewerkschaften diesen Kampf der ausländischen Arbeiter um ihre Rechte unterstützt noch die politischen Parteien. Inzwischen versucht besonders die revisionistische PCF den Streik unter ihre Kontrolle zu bringen. Die PCF tritt dabei offen als Spalter auf, indem sie versucht, die Komitees zu Verhandlungen auf der Basis von einzelnen Heimen zu bringen.

Nachdem aber immer offensichtlicher wurde, daß das Koordinationskomitee seine Forderungen aufrechterhalten wird, verschärften sich die Unterdrückungsmaßnahmen von seiten der Staatsmacht. In Nacht- und Nebelaktionen wurden Delegierte aus ihren Zimmern geholt und ausgewiesen oder man weiß nicht, wo sie hingekommen sind. Fast täglich fand in irgendeinem Heim ein Polizeiüberfall statt, insgesamt wurden bis jetzt 16 Arbeiter ausgewiesen – die bürgerliche Presse schwieg dazu!

Aufgrund dieser ganzen Vorkommnisse und um zu zeigen, daß die Bewohner von Sonacotra nicht allein stehen, fand am Samstag, dem 24. April, eine Demonstration von 15 000 Personen statt, die einheitlich unter den Parolen des Koordinierungs-Komitees loszog. Die Demonstration war ein großer Erfolg, war sie doch ein erster Schritt zur Vereinheitlichung der französischen und ausländischen Arbeiter.

Die griechischen Arbeiter verteidigen das Streikrecht

150000 griechische Arbeiter sind am 24. Mai in den Streik getreten. Mit dieser Aktion wollen sie die Verabschiedung des von der Regierung Karamanlis ausgearbeiteten „Gewerkschaftsgesetzes" verhindern. Die streikenden Arbeiter sind nach Athen gezogen, um vom Parlament die Ablehnung des Gesetzes zu fordern. Polizeieinheiten haben die Demonstrationen der Arbeiter angegriffen. Die Arbeiter haben Barrikaden errichtet. Die Regierung versucht mit dem Polizeieinsatz das Gesetz vorwegzunehmen und gegen die Arbeiterklasse auf diese Weise durchzusetzen. Denn nach dem Gesetz sind „Streiks aus politischen Gründen" in Zukunft verboten. Diese Einschränkung des Streikrechts wollen die Arbeiter nicht hinnehmen. Unter der Herrschaft der faschistischen Diktatur, die jede Art von Streiks verboten hatte, haben die griechischen Arbeiter gelernt, daß sie das Recht auf ‚politische Streiks' brauchen, und es waren politische Streiks, mit denen die Arbeiter dazu beigetragen hatten, das faschistische Regime zu Fall zu bringen.

24-stündiger Streik der französischen Drucker und Journalisten

Paris. Am Freitag letzter Woche haben die französischen Drucker und Journalisten für 24 Stunden gestreikt. Während die Journalisten im Kampf für einen neuen Tarifvertrag seit längerem die Streikaktion beschlossen hatten, wurden die Drucker von ihren Gewerkschaften erst am Donnerstag zu dem Streik aufgerufen. Die Drukker protestierten mit dieser nationalen Aktion gegen die Räumung eines von Druckern seit einem Jahr besetzt gehaltenen Betriebs bei Caen. Die Polizei hat den Betrieb in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag um drei Uhr überfallen und die Arbeiter, die sich in dem Betrieb aufhielten, festgenommen. Die Solidaritätsaktion wurde breit befolgt, kaum eine Zeitung konnte am Freitag erscheinen. Teilweise haben die Drucker den Streik genutzt, um Zeitungen herauszubringen, die von ihnen selber gemacht wurden.

Bulgarische Arbeiter in der Sowjetunion ausgebeutet

Die sowjetischen Sozialimperialisten beuten die billige Arbeitskraft ihrer Vasallenstaaten brutal aus, berichtet am 13. Mai ATA, albanische Presseagentur. „Typisch in dieser Hinsicht ist Bulgarien. Die sowjetrevisionistische Presse berichtete kürzlich, daß das erste Kontingent bulgarischer Arbeiter für die Teilnahme am Aufbau des Kombinats in Ust Ilimsk Sofia verlassen hat. Andere Kontingente bulgarischer Arbeiter und Spezialisten werden dieser Gruppe folgen. Sie und die Arbeiter der anderen osteuropäischen Länder werden am Aufbau auch zahlreicher anderer Projekte teilnehmen, die in der Sowjetunion zwischen 1976 und 1980 verwirklicht werden sollen, wie z.B. die Erdgasleitung Orenburg-Westgrenze der Sowjetunion, die Vinice-Alterirsha-Hochspannungsleitung usw. Dieses bulgarische Kontingent vermehrt die 40 000 bulgarischen Arbeiter, die jetzt schon in der Sowjetunion ausgebeutet werden."

Die bürgerliche Presse hetzt gegen Mozambique

Samora Machel: „Unsere Hauptaufgabe: Eine neue Gesellschaft aufbauen"



In Cabo Delgado: Präsident Samora Machel zusammen mit zwei Veteranen des bewaffneten Befreiungskampfes.

In der bürgerlichen Presse wird gegenwärtig die Propaganda gegen Mozambique und die Befreiungsorganisation FRELIMO verschärft, die seit ihrem Sieg über die portugiesische Kolonialherrschaft im Lande die Macht ausübt. Wir stellen im folgenden einige Behauptungen der bürgerlichen Presse Auszügen aus einem Interview gegenüber, das Samora Machel, Präsident der FRELIMO, der Zeitschrift „Afrique/Asie" gegeben hat.

„Zehn Monate nach der Erlangung der Unabhängigkeit von Portugal steht das Land am Rande einer wirtschaftlichen Katastrophe . . ."

„Nach Angaben der Johannesburger Abendzeitung ‚The Star' wächst vor allem im Norden der Widerstand der Stammeshäuptlinge gegen die Zwangsmaßnahmen der FRELIMO-Regierung . . ." (Die Welt, 22. Mai)

Samora Machel: Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß dadurch, daß wir unsere nationale Fahne gehißt haben, die Klassenspaltung in unserer Gesellschaft aufgehoben hätten. Im Gegenteil, wir sind uns der Existenz reaktionärer sozialer Klassen, die bürgerlich und kapitalistisch sind, voll bewußt. Daraus folgt die Notwendigkeit, unsere eigene Position ihnen gegenüber zu bestimmen.

Diese Klassen haben ihre Macht verloren, seit die FRELIMO an der Spitze des Staates von Mozambique steht. Das bedeutet aber nicht, daß diese Klassen aufgehört haben zu kämpfen. Sie beginnen sich neu zu formieren. Schon haben sie einige neue Mittel des politischen Kampfes gefunden; so setzen sie z.B. Gerüchte in Umlauf. Dies ist eine echte Waffe, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist.



Am 25. Juni 1975 wird die Volksrepublik Mozambique gegründet. Diesen Tag feierte das Volk in Mozambique mit Demonstrationen und Massenversammlungen. Das Bild zeigt die Demonstration in der Hauptstadt von Mozambique, an der sich auch weiße Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligten.

Gegenwärtig erleben wir ein Bündnis zwischen der eigentlich kolonialen Klasse und der entstehenden nationalen Bourgeoisie. Der Kolonialismus hat in den letzten Jahren seiner Herrschaft sehr gut erkannt, daß er am wirkungsvollsten die FRELIMO bekämpfen kann, wenn er die Entstehung und Konsolidierung der nationalen Bourgeoisie fördert, damit diese den Kolonialismus wieder errichtet und den revolutionären Kampf eindämmt. (. . .)

Einige Machenschaften der nationalen Bourgeoisie sind schon gescheitert. Nach der Eroberung der Macht haben gewisse Leute zunächst geglaubt, daß die FRELIMO einen großen Bedarf an Fachkräften habe und deshalb gezwungen sein würde, auf diese „Gebildeten" zurückzugreifen. Sie glaubten auf diese Weise den Staatsapparat in Besitz nehmen und die Verwirklichung unserer Pläne hemmen und verhindern zu können.

Aber wir brauchen diese Techniker und Verwaltungskader, über die die Bourgeosie mehr verfügt als die FRELIMO, nicht unbedingt. Wir haben keine Angst davor, daß der Staatsapparat in der ersten Phase weniger leistungsfähig sein wird, wenn er nur seinen vom Volk geprägten Geist und Charakter bewahrt. Das ist besser als einen Staat zu haben, der zwar leistungsfähig ist, sich dafür aber ganz und gar in den Händen der Kleinbourgeoisie befindet, denn dann befänden wir uns in völliger Abhängigkeit von unserem Klassenfeind. Wieviele afrikanischen Länder haben diese Entwicklung erlebt und sind so in die Hände der privilegierten Klassen gefallen! (. . .)

Die ersten Schritte der Bourgeoisie kann man schon in gewissem Maß voraussehen. Sie würde z.B. nicht zögern, sich mit Südafrika unter dem Vorwand des „ökonomischen Realismus" zu verbünden um des vorgeblichen Wohlergehens des Landes willen, um die sogenannte Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Aber um welche Krise handelt es sich? Wenn es eine Krise in unserem Land gibt, dann ist es die Krise des sterbenden kapitalistischen, kolonialistischen Systems. Das ist eine Krise, die unvermeidlich ist, die ihre Ursachen in der Vergangenheit hat. Die „Realisten" sind nicht diejenigen, die den sterbenden Kapitalismus retten wollen – die gestern noch das Kolonialregime verteidigt haben und aus ihm Nutzen zogen – sondern wir, die eine nationale Wirtschaft auf einer neuen Grundlage aufbauen wollen.

Ja, es gibt noch Klassen, und es wird sie noch lange geben. Auch wenn es sich um schwer abgrenzbare Klassen oder um Zwischenschichten handelt.

Nehmen wir z.B. den Feudalismus, der, wenn auch wenig entwickelt, in Mozambique vorhanden ist. Er ist der Verbündete der Bourgeoisie. Die Kinder der Feudalherren wechseln direkt über in die Reihen der städtischen Bourgeoisie. Und die Grundherren! Einige behaupten heute noch, daß der Boden diesem oder jenem gehört. Das darf man nicht dulden.

„Mißwirtschaft und Korruption, die Apathie der vom ‚FRELIMO-Wunder' enttäuschten Bevölkerung, die völlige Mißachtung wirtschaftlicher Prioritäten durch die Regierung Machel haben das wirtschaftliche Chaos herbeigeführt." (Die Welt, 22. Mai)

Samora Machel: Der eine Teil des Landes hat seine Befreiung erkämpft, der andere Teil wurde sofort mit dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus befreit. Dort wo der Kampf sich zu einem solchen Niveau erhoben hat, daß der Kolonialismus selbst beseitigt wurde, erleben wir eine rasche Entwicklung der Gesellschaft. Es handelt sich um Gebiete, wo sich die Initiative der Massen voll entfaltet, wo die Menschen die Fähigkeit besitzen, die Probleme sehr klar zu erkennen und zu lösen. Das ist ein Erfolg des Befreiungskampfes.

Das Fehlen der geistigen Entkolonialisierung, d.h. die Nicht-Bejahung der nationalen Persönlichkeit, ist das erste Problem, das in den Gebieten festzustellen ist, die von heute auf morgen befreit wurden, wo der Feind bis zum Schluß physisch präsent war. (. . .)

Diese Übergangsperiode, die gewiß in mancherlei Hinsicht schwierig ist, läßt das Gerede von einer Krise entstehen. Dennoch muß man sich über die Bedeutung dieses Wortes klar werden. In unsern früh befreiten Gebieten gibt es überhaupt keine Krise. (. . .)

Das Hauptproblem in den Gebieten, die der Feind bis zum Schluß besetzt hielt, besteht darin, den Menschen hier zu erklären – und natürlich auch zu beweisen – daß es notwendig ist, die vom Kolonialismus errichtete Gesellschaftsordnung völlig abzuschaffen. Man muß um jeden Preis den Versuch vermeiden, den gleichen Mechanismus des Kolonialismus zu reproduzieren, nur eben ohne Kolonialisten – auf ökonomischem, aber auch gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet. Die FRELIMO ist gerade dabei, diesem Teil der Bevölkerung zu beweisen, daß wir zum einen den Kolonialismus nicht nachahmen, und zum anderen, daß wir das in Angriff nehmen und verwirklichen können, was der Kolonialismus nicht machen konnte oder nicht machen wollte.

„. . . abgesehen von den umstrittenen landwirtschaftlichen Kollektivierungsversuchen hat sich das FRELIMO-Regime bisher vor allem für die Ausmerzung sogenannten Staatsfeinde und die politische Schulung der Massen interessiert." (Die Welt, 22. Mai)

Samora Machel: Wir wenden weiterhin die Methoden an, die wir während des Befreiungskampfes benutzt haben, als der Feind die befreiten Gebiete unaufhörlich verfolgte und als daher die Volksstreitkräfte mit den Massen eine widerstandsfähige Front bilden mußten.

Wir mußten uns verteidigen, die Stellungen festigen und vorrücken. Aber die Einheit zwischen den Volksstreitkräften und dem Volk war vollkommen. Das Volk nahm am Kampf teil, und die Armee beteiligte sich an der Produktion. Wir glauben, daß eine Armee, die kämpft, ohne produktiv tätig zu sein, zum Sterben verurteilt ist. Sie ist dazu verurteilt, ihre Überlegenheit, die sie als Volksarmee besitzt, zu verlieren. Eine solche Armee, die nicht am täglichen Leben der Menschen und ihrer Entwicklung teilnimmt, kann nicht den neuen Menschen hervorbringen, der befreit von unterdrückenden Zwängen sich den Interessen der Volksmassen widmet. Diese Armee, die nicht das Leben des Volkes teilt, wäre eine schmarotzende Armee. (. . .)

Woher also kann die Armee die Fähigkeit zum Kampf und zum Sieg gewinnen? In der Produktion.

Woher kann sie ein Klassenbewußtsein erhalten? Von der Produktion. Wie wird sie sich Linienabweichungen und ideologischen Angriffen widersetzen? Wie wird sie weiterhin die Position des Feindes korrekt bestimmen und wissen können, wessen Herrschaft aufgebaut werden muß? Die Antwort lautet immer: in der Produktion und nicht in den Waffen.

Vor der Unabhängigkeit hatten wir eine kämpfende und eine produzierende Armee. Es war notwendig, das Land zu befreien, um produzieren zu können. Jetzt, da das Land befreit ist und da wir produzieren, müssen wir kämpfen, um die Produktion zu schützen. Unsere Armee muß sich in eine produzierende und kämpfende Armee verwandeln. (. . .)

Afrique/Asie: Man sprach oft von der Bereitschaft Mozambiques, sich an der Schaffung einer neuen regionalen Zusammenarbeit zu beteiligen.

Samora Machel: Als erstes muß man feststellen, daß die ökonomische und soziale Entwicklung eines Landes wie des unseren, das sich ganz auf die Landwirtschaft stützt, auch die industrielle Entwicklung vorantreiben muß. Das erfordert Beziehungen, die unser rückständiges Land mit seinen 8 bis 10 Millionen Einwohnern nicht besitzt. Man kann also nicht darauf verzichten, den Blick über die nationalen Grenzen hinaus zu werfen.

Zweitens muß man sich darüber klar werden, daß ein Land wie das unsere sich seine Verbündeten vorzugsweise unter jenen suchen muß, die wie wir schwach sind und die die gleichen Probleme kennen. In der gegenwärtigen Weltordnung, die von den kapitalistischen Ländern beherrscht wird, können wir kaum anstreben, mit den reichen Ländern in Konkurrenz zu treten. Wenn wir eines Tages ein Fahrrad selbst herstellen werden, so wird dieses unvermeidlich auf dem Weltmarkt teurer sein als ein japanisches Fahrrad.

Mit den entwickelten kapitalistischen Ländern können unsere ökonomischen Beziehungen nur in eine Richtung gehen. Sie kaufen bei uns Rohstoffe, aber ihr wesentliches Ziel ist es, ihre Produkte an uns zu verkaufen. Es gibt also keinen wirklichen Tausch. Das zwingt uns, Alternativen zu finden. Nehmen wir z.B. ein Produkt, das wir brauchen und das ebenso gut in Japan wie in Tansania hergestellt wird. Man wird uns darauf aufmerksam machen, daß das tansanische Produkt teurer ist. Aber wir stellen fest, daß wir es in Japan nur kaufen können, während wir mit Tansania dieses Produkt mit einem von unseren Produkten tauschen können. So kaufen wir, aber zu gleichen Zeit treiben wir unsere Produktion an. Das trifft auf das tansanische Produkt ebenso zu wie auf das „teure" Produkt aus unserer Provinz Cabo Delgado.

Wenn man eine umfassende Vorstellung von dem Problem hat und wenn man von dem Willen ausgeht, unsere Wirtschaft zu schützen und zu ausgeht, unsere Wirtschaft zu schützen und zu konsolidieren und nicht aufs Spiel zu setzen, dann kommt nur eine bestimmte Art der Kooperation in Frage. Wir müssen auf nationaler wie auf regionaler Ebene erkennen, daß wir mit unseren eigenen Kräften eine Reihe von Stufen wirtschaftlicher Entwicklung durchlaufen können.

Aber das ist noch nicht alles. Eine nationale Forderung zur Verteidigung einer Wirtschaft im Dienste der Volksmassen ist die gegenseitige Ergänzung. Deshalb gehen wir heute immer mehr davon aus, daß alle wirtschaftlichen Probleme, die internationale Beziehungen bedingen, auf dem Prinzip der gegenseitigen Ergänzung gegründet sein müssen. Und wir glauben, daß eine der prinzipiellen Grundlagen dieser gegenseitigen Ergänzung zwischen verschiedenen Ländern die Durchführung politischer Entscheidungen im Interesse des Volkes ist. Anders wird es nicht gelingen, die Interessen der Volksmassen zu verteidigen.

Es ist nicht nötig, hier Beispiele anzugeben für wirtschaftliche Beziehungen zwischen verschiedenen Gebieten in Afrika, die gescheitert sind oder dabei sind zu scheitern. Sie sind bekannt. Es ist wichtig hervorzuheben, daß die grundlegende Schwierigkeit dieser Beziehungen darin bestand, die politischen Positionen der Partner aufeinander abzustimmen. Um überhaupt durchführbar zu sein, ist die regionale Entwicklung nur möglich zwischen Ländern, deren gemeinsame Perspektive die Verteidigung der Interessen der Volksmassen ist. Alle Länder, deren Perspektive im Interesse des Volkes ist, werden mit uns zusammenarbeiten können, ob sie nun benachbart sind oder weiter entfernt. Was die anderen betrifft, so werden wir uns darauf beschränken, mit ihnen Handelsbeziehungen von Staat zu Staat zu unterhalten. Aber es wird keine gegenseitige Ergänzung geben.

Afrique/Asie: Aber es gibt auch Beziehungen mit den Industrieländern, auf die man angewiesen ist zur Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige . . .

Samora Machel: Unser Prinzip in dieser Hinsicht ist, daß wir in unserem Land die Pläne und die Programme entwickeln. Danach können wir mit anderen Ländern Kontakt aufnehmen, deren Pläne und Programm mit den unseren übereinstimmen. Wir werden sehen, in welchem Maße wir zusammenarbeiten können. Was wir kategorisch ablehnen, ist ein „Partner", auch wenn er noch so wertvoll ist, der zu uns kommt nicht um seine Ansprüche den unseren anzupassen, sondern um selbst die Projekte und Programme an unserer Stelle zu entwickeln. Nur auf der Grundlage dieses Prinzips wird die Volksrepublik Mozambique auf Weltwirtschaftsebene ihren Einzug halten.

El Aiun, Smara, Bou Craa und Bir Moghrein im Feuer der FPOLISARIO

Vor drei Jahren, am 20. Mai 1973, führte die „Volksfront für die Befreiung von Saguiat El Hamra und Rio de Oro – Frente POLISARIO“ die erste bewaffnete Operation gegen den spanischen Kolonialismus durch. Am 28. Februar 1976 mußte dieser seinen vollständigen Rückzug antreten, nachdem es ihm nicht gelungen war, die Einheit von Volk und FPOLISARIO zu spalten und ihren Widerstand zu bezwingen. Um die mineralischen Reichtümer von Westsahara der Ausbeutung durch die imperialistischen Monopole zu sichern, griff er jedoch zum Manöver, das Land von Marokko und Mauretanien, die selber noch in neokolonialer Abhängigkeit vom Imperialismus stehen, besetzen zu lassen.

Die Unterdrückung des Volkes von Westsahara und sein Befreiungskampf haben seither eine neue Stufe erreicht. Nach der Gründung der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara“ am 27. Februar hat das Volk, wie der folgende Bericht zeigt, den Besatzungstruppen schwere Schläge versetzt. Den dritten Jahrestag der Gründung der FPOLISARIO und der Aufnahme des bewaffneten Kampfes feierte es durch zahlreiche erfolgreiche Operationen in Westsahara und auch gegen militärische Einrichtungen auf dem Boden der Aggressoren selber.

„Der reaktionären Gewalt der Kolonialisten setzen wir unsere revolutionäre Gewalt entgegen“

Über 200 tote Soldaten haben Marokko und Mauretanien allein in der zweiten Maiwoche hinnehmen müssen. In der Nacht vom Dienstag, 11. Mai, auf den Mittwoch griffen innerhalb weniger Tage bereits zum zweiten Mal Kämpfer der FPOLISARIO die marokkanischen Truppen in El Aiun an. Auf die Hotels „Residencia“ und „Parador“, wo die hohen marokkanischen Funktionäre und Militärs abgestiegen sind, wurde das Feuer eröffnet und eine marokkanische Kaserne wurde zur Hälfte zerstört. Unter den Besatzungstruppen brach eine große Panik aus, berichtet ein Militärkommuniqué der FPOLISARIO vom 15.5.76. 58 Besatzer fanden dabei den Tod, 40 wurden verwundet. Einen Tag davor hatten andere Einheiten der Befreiungsarmee ebenfalls nachts Smara, die zweitgrößte Stadt 160 km südöstlich El Aiun angegriffen und in zwei Stunden etwa 50 marokkanische Soldaten getötet oder verwundet, zwei Munitionslager gesprengt und auf dem Flugplatz mehrere Brände ausgelöst. Weiter berichtet das Militärkommuniqué:

„Wagemutige Aktionen unserer Kämpfer gegen die Einrichtungen der Phosphatmine von Bou Crâa haben das Transportband vollständig ausgeschaltet und unter den ausländischen Technikern große Unruhe ausgelöst ... sie weigern sich, unter direkter Gefährdung weiterzuarbeiten und drohen mit der Rückkehr in ihre eigenen Länder.“

Unfähig, das Transportband wirksam zu sichern, „versuchen die Marokkaner ihr Glück auf der Straße durch Transport des Phosphats mit Lastwagen. Die FPOLISARIO hat deshalb am 12. Mai einen der LKW-Konvois angegriffen, 9 Begleitsoldaten getötet, 15 verwundet und 2 LKWs zerstört.

Die Invasoren wurden auch in ihrem eigenen Land angegriffen. In der Stadt Chinguetti in Mauretanien überraschten FPOLISARIO-Kämpfer mit Hilfe der Bevölkerung die Garnison, töteten 23 mauretanische Soldaten, verwundeten 18. „In Ruhe zogen sie sich dann zurück mit zahlreichen erkämpften Waffen, großen Mengen Munition, zwei Landrovern, beladen mit Lebensmitteln, die ihnen von der Bevölkerung geschenkt wurden.“ Das mauretanische Regime richtete im April den Hauptmann Souidate hin, weil er sich gegen die marokkanische Beherrschung Mauretaniens wendete.

Auch in Marokko gab es weitere Operationen im Süden: „Im Glauben, unser Land leicht und ungestraft besetzen zu können, sehen sich die marokkanischen Soldaten in der Wirklichkeit mit einem Volk konfrontiert, das entschlossen ist zum Widerstand und dessen bewaffneter Kampf ihre Pläne zum Scheitern gebracht hat und in ihren eigenen Reihen ein Klima der Unsicherheit erzeugt hat, das dabei ist, auf ganz Südmarokko überzugreifen. Beweis dafür ist, daß die vielfältigen Operationen unseres Widerstandes in dieser Region dazu geführt haben, daß eine Fluchtbewegung unter der örtlichen Bevölkerung nach Norden begonnen hat und eine große Zahl Bewohner der Städte Bouirat, Zag, Foum-El-Hassan usw. eingekerkert wurde, weil sie mit unserem gerechten Kampf sympathisieren.“

Im Kampf ist die Initiative beim Volk, die Kämpfer der FPOLISARIO greifen die Besatzer an, wo sie nicht darauf gefaßt sind oder sich in einer schlechten Verteidigungslage befinden, sie fügen ihnen so hohe Verluste wie möglich zu und halten die eigenen Verluste gering.

Das hat zum raschen Verfall der Moral der Invasionsstreitkräfte beigetragen. Sie sind schwer angeschlagen und versuchen häufig, ihre Einheiten zu verlassen oder sogar auf die Seite der FPOLISARIO überzugehen.

Welche Stärke der bewaffnete Widerstandskampf des saharauischen Volkes bereits erreicht hat, wird an den Gesamtzahlen deutlich, die sich aus den vielfältigen Kämpfen der vergangenen sechs Monate seit der Invasion ergeben. 2457 marokkanische Soldaten wurden getötet, 3062 verwundet und 103 gefangengenommen. 538 Tote, 560 Verwundete und 100 Gefangene hat die mauretanische Armee einstecken müssen. 6 Jagdflugzeuge und 10 Hubschrauber wurden abgeschossen, 88 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge sowie 330 Lastwagen wurden zerstört und zahlreiche weitere LKWs für die eigene Benutzung von der Befreiungsarmee übernommen. Das war möglich, obwohl gleichzeitig die Evakuierung von 60000 Flüchtlingen gegen die Angriffe der marokkanischen Armee durchgeführt und verteidigt werden mußte.

„Die Richtigkeit der Verlustzahlen“, heißt es im Kommuniqué, ist „leicht überprüfbar an der Tatsache, daß die marokkanischen und mauretanischen Krankenhäuser mit Verwundeten überfüllt sind. Das, obwohl nach Angabe aller militärischen Führer (Marokkos) 20 % der Verwundeten sterben und die darin nicht enthalten sind, die durch ihre Verwundung für eine weitere militärische Verwendung unbrauchbar wurden.“

Die Angreifer hatten geglaubt, „die Invasion unseres Territoriums würde für sie nichts weiter als eine Polizeioperation bedeuten“, „wir versprechen ihnen aber, Saguia El-Hamra und Wadi Edhaheb zum neuen Vietnam für alle Besatzungstruppen zu machen.“ (Kommuniqué 11. Mai 1976)



Die Kämpfer der FPOLISARIO haben zahlreiche Siege gegen die marokkanischen Besatzungstruppen erzielt.

Das „integrierte Rohstoffprogramm“

Die Länder der Dritten Welt fordern ein „integriertes Rohstoffprogramm“. In einem Memorandum des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zur UNCTAD-Konferenz heißt es dazu, es „würde den gesamten Bereich des internationalen Rohstoffhandels einer bürokratischen Reglementierung und Erstarrung unterwerfen“. Und über die Bindung der Rohstoffpreise an die Preise der Fertigwaren: „Die Indexierung setzt den Preismechanismus auf den Rohstoffmärkten außer Kraft.“ Die Entwicklungsländer haben erklärt, daß sie auch gegen die Imperialisten dieses Programm aufbauen werden. Weshalb? Dazu ein Beispiel.

1973 war im Welthandel für Sojabohnen folgendes zu beobachten: Nach der Erntezeit auf der südlichen Halbkugel wurden vier Fünftel der für den Export bestimmten Soja-Produktion Brasiliens, des größten Soja-Exporteurs, zu einem Preis von rund 110 Dollar aufgekauft. Im August schnellten die Preise an der Getreidebörse in Chicago auf 300 Dollar und mehr. Doch im März 1974, als die brasilianischen Bauern ihre Ernte begannen, sank der Preis wieder auf etwa 200 Dollar. Die Produzenten mußten ihre Produkte billig abgeben. Denn sie brauchten das Geld, um Kredite für die landwirtschaftlichen Maschinen, verteuerte Düngemittel usw. und die gestiegenen Pachtzinsen zu bezahlen. Außerdem haben sie keine Silos. In Rio Grande do Sul, wo über die Hälfte der brasilianischen Ernte eingebracht wird, wurde die Ernte von zehn internationalen Nahrungsmittelkonzernen aufgekauft: Continental Commodities, Unilever, Maccon, Cook, Panchaud Frères, Continental Grain, Finagrain, Tradax Overseas, Ryttervik und Sumitomo. In Ponta Grossa errichteten drei Konzerne einen riesigen Speicher und Verarbeitungsanlagen. Durch die Speicherung können sie den Preis drücken, wenn die brasilianischen Produzenten ihre Ernte verkaufen müssen. Dann warten sie, bis der Preis steigt und verkaufen. Die brasilianischen Bauern werden so um Milliardenbeträge beraubt. Für die Länder der Dritten Welt bedeutet „freier Welthandel“ Ausbeutung und Unterdrückung.

Noch deutlicher ist dies dort, wo die imperialistischen Staaten Steuern auf die Produkte, die die Entwicklungsländer herstellen, erheben. Die Bundesrepublik hat letztes Jahr laut Außenhandelsstatistik für 20 Mrd DM Rohöl und für weitere rund 9 Mrd DM Kraftstoffe und Schmieröl (einschließlich Erdgas) eingeführt. Rund 23 Mrd DM hat sie darauf an Steuern erhoben. Für 1,1 Mrd DM hat sie Kaffee eingeführt und 1,3 Mrd DM an Kaffeesteuer kassiert.

Im Rahmen des integrierten Rohstoffprogramms soll für die Rohstoffe Kaffee, Kakao, Tee, Zucker, Baumwolle, Kautschuk, Jute, Sisal und Hanf, Kupfer und Zinn ein Ausgleichslager gebildet werden. Zu der Finanzierung sollen auch die Imperialisten gezwungen werden.

Die Imperialisten wollen nur über *einzelne* Rohstoffe getrennt verhandeln. Sie hoffen, das Land mit dem Kupfer gegen das Land mit dem Kaffee ausspielen zu können. Das funktioniert nicht mehr. Die Entwicklungsländer betonen, das Wesentliche sei die gemeinsame Finanzierung des Rohstoffprogramms. Damit kann ein Ausgleich zwischen verschiedenen Rohstoffen stattfinden. Dies schafft nicht die Ausbeutung der Länder der Dritten Welt durch die imperialistischen Staaten ab, aber die unterdrückten Länder könnten gemeinsam gegen die imperialistische Ausplünderung vorgehen. Deshalb ist die Bundesregierung so sehr gegen diese Forderung der Entwicklungsländer. In ihrem Bericht zur Rohstoffpolitik vom April 1976 schreibt sie, sofern die BRD sich an solchen Rohstofflagern doch beteiligen müßte, „wäre einer dezentralen Lagerhaltung mit nationaler Verfügungsgewalt der Vorzug zu geben“. Sie ist nicht gegen Lagerhaltung. Im Geenteil. Sie will das Preisdiktat gegen die Entwicklungsländer fortsetzen und gleichzeitig Kriegsvorbereitungen treffen. Dazu bedarf es „nationaler Verfügungsgewalt“ über die Rohstofflager. – (fb)

„Verfassungsschwindel“ in Namibia

„Die von der südafrikanischen Regierung gestützte Verfassungsgebende Versammlung in Windhuk werde möglicherweise schon zum 31. August dieses Jahres eine Verfassung für Südwestafrika verabschieden und damit die Voraussetzung schaffen, daß Südwestafrika aus der südafrikanischen Verwaltung entlassen und unabhängig wird“, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 18.5.1976. „Die Grundzüge dieser Verfassung seien mit namibischen Führern unter Häuptling Clemens Kapuuo schon festgelegt.“ (Süddeutsche Zeitung) Tatsächlich geht es den Kolonialisten und Imperialisten um die Verhinderung der Unabhängigkeit, weshalb für Südwestafrika bloß eine „Scheinunabhängigkeit“ unter südafrikanischer Kontrolle beabsichtigt ist. Als Marionetten dienen eine Handvoll ausgesuchter und eingekaufter Häuptlinge.

Darüber, wie ihre Wahl zustandegebracht wurde, berichtet die rechtmäßige Vertretung des Volkes von Namibia SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation):

„Das Arbeitsvermittlungsbüro in Oluno wurde eingeschaltet – etwa zwei- bis dreitausend Arbeit im Süden Suchende erhielten die Auskunft, sie bekämen nie Arbeit, wenn sie nicht abstimmten: ‚Wählt und arbeitet – sonst verhungert!‘, sagte man ihnen ...

Eine andere Methode, die Stimmabgabe zu erzwingen, wurde bei der Ausgabe von Passierscheinen und anderen Reisepapieren angewandt. Im Paßamt von Ondangwa wurde Leuten ... einfach gesagt, daß keine Pässe ausgegeben würden, bevor der Bewerber den Stimmzettel angekreuzt hätte ...

Regierungsbeamte, Häuptlinge und Aufseher erzählten den Menschen, daß sie viel aufs Spiel setzten, wenn sie sich weigerten, zur Wahl zu gehen. Solche Personen würden von allen ärztlichen Behandlungen ausgeschlossen und kein Krankenhaus würde sie aufnehmen ...

Häuptling Josia Taapopi von Uukwaluudhi reiste landauf, landab, um seinen Untertanen von den Strafen zu erzählen, die jedem drohten, wenn er es wagen sollte, nicht zu wählen ... Er sagte, daß niemand die Erlaubnis zum Mais- oder Getreideanbau erhielte, ohne den Stimmzetteln angekreuzt zu haben ... Ebenfalls in Uukwaluudhi trieben Stammespolizisten, bewaffnet mit 0.303-Pistolen, Gummiknüppeln und Stammessäbeln, die Menschen aus ihren Häusern und eskortierten sie zu den Wahllokalen.

Alte, Blinde, Versehrte sowie geistig Behinderte, die staatliche Renten empfangen, wurden unterrichtet, daß es mit ihren Renten aus sei, wenn sie nicht abstimmten.“

Daß es in Wirklichkeit darum geht, den Befreiungskampf des Volkes von Namibia zu unterdrücken, gibt auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ freimütig zu: „Die Frist hat sie (die Republik Südafrika und ihre ‚Volksvertreter‘, d.Red.) nicht zuletzt deswegen verkürzt, um einen von den Vereinten Nationen befürworteten Erfolg der Guerillabewegung ... SWAPO und der Errichtung einer ‚Republik Namibia‘ zuvorzukommen.“ (18.5.76)

Frankreich bereitet Militärintervention im Libanon vor

Der französische Präsident Giscard d'Estaing hat erklärt, daß er zwei bis drei Regimenter der französischen Armee (zirka 5000 Mann) in den Libanon schicken werde, wenn er dazu von der libanesischen Regierung aufgefordert werde. Die Vorbereitung der entsprechenden Armeeeinheiten wurde soweit durchgeführt, daß sie innerhalb 48 Stunden im Libanon gelandet und eingesetzt werden können.

Diesen Plan hat der französische Präsident sowohl mit dem US-Außenminister Kissinger besprochen als auch zuvor mit der sowjetischen Regierung darüber „Informationsgespräche“ geführt. Der neugewählte Präsident Sarkis hat das Angebot begrüßt. Die Vertreter der kämpfenden Moslems und der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO haben gegen die Interventionspläne protestiert. Die auf die Dauer unabwendbare Niederlage der Reichen durch den Aufstand der armen Moslem-Mehrheit bedroht den Zugriff der Imperialisten auf den Libanon. Schon 1958 hatte die US-Armee durch ihre militärische Invasion die imperialistischen Interessen und ihre Interessenwahrer, die Herrschaft der reichen Christen, gerettet. Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich, die erst 1949 ihre letzten Truppen aus dem Libanon abziehen mußte, bietet sich nun an, für die Imperialisten die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die sozialimperialistische Supermacht hat nichts gegen solche Internationalisierung des Konflikts, kann sie doch dann selbst um so besser intervenieren. Der neugewählte Präsident Sarkis, der zuvor die imperialistischen Interessen als Direktor der libanesischen Zentralbank wahrgenommen hatte, ist der geeignete Mann für einen Hilferuf an die Imperialisten.

Iran meldet Kampftätigkeit in Oman

Immer wieder hat die bürgerliche Presse Berichte in die Welt gesetzt, daß der Befreiungskampf in Oman zu Ende sei und die Befreiungsbewegung von der britischen und iranischen Armee geschlagen sei. Mehrmals schon haben wir diese Lügen in der KVZ aufgeklärt. Inzwischen mußte auch die Presse in Teheran zugeben, daß die Kämpfe andauern. Die iranischen Zeitungen melden, daß iranische Stellungen in Dhofar (Oman) angegriffen worden seien und die iranische Armee mit einer Zunahme der Kampftätigkeiten rechne. Offensichtlich bereitet sie eine Offensive vor. Mit diesen Offensiven ist es bisher weder der britischen noch der iranischen Armee gelungen, die Erfolge des Befreiungskampfes des Volkes von Oman zu zerstören. – (nach Süddeutsche Zeitung)

Körperschaftssteuerreform

Stärkung der Parasitenexistenz der Finanzbourgeoisie

Der Finanzausschuß des Bundestages hat sich mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD auf ein neues Körperschaftsteuergesetz geeinigt, das am 2. Juni im Bundestag beraten und noch in diesem Jahr beschlossen werden soll. Es läuft auf eine weitgehende Steuerbefreiung für die Dividenden der Aktionäre hinaus.

Knapp 20 Prozent aller Haushalte besitzen Aktien, aber nur 2 Prozent aller Haushalte besaßen schon 1966 75 Prozent des gesamten Produktivvermögens. Trotzdem sind sich die bürgerlichen Parteien einig, mit der Reform der Körperschaftssteuer eine „soziale Großtat" zu vollbringen. Denn die Körperschaftssteuerreform mache die Aktie als Sparanlage „für breite Bevölkerungskreise attraktiv".

Das ist nicht neu. Alle Maßnahmen des Staates zur Bereicherung der Kapitalistenklasse geschehen nur zum Vorteil der ausgebeuteten Massen, wenn man die bürgerlichen Politiker sprechen hört. Wie sieht das nun mit der Körperschaftssteuer aus?

Die Wirkung der Körperschaftssteuer

Die Körperschaftssteuer ist die Steuer, die ein kapitalistisches Unternehmen auf den Profit zahlen muß. Für den Teil des Profits, der im Unternehmen verbleibt, müssen bisher 51 Prozent, für den Teil, der an die Aktionäre als Dividende ausgezahlt wird, müssen bisher 15 Prozent gezahlt werden. Die ausgeschüttete Dividende wird sodann nochmal durch die Einkommenssteuer und Kapitalsertragssteuer besteuert, wobei die im Voraus zu zahlende Kapitalertragssteuer bei der Einkommenssteuer angerechnet wird. Da bleibt nach Abzug aller Steuern fast nichts, jammern die Kapitalisten. Die Doppelbesteuerung der Dividenden muß weg, fordern sie schon seit Jahren. Rechnet man ein Beispiel durch, so muß es in der Tat so erscheinen, als bliebe den Kapitalisten nach Abzug aller Steuern nur ein Bruchteil ihres Profits. Nehmen wir an, ein Unternehmen habe einen Gewinn von 200. Davon sollen 100 als Dividende ausgeschüttet und 100 für Erweiterungsinvestitionen im Unternehmen verbleiben.

Ein Beispiel

Von den 100 im Unternehmen verbleibenden müssen zunächst 51 Prozent Körperschaftssteuer bezahlt werden und dann noch 15 Prozent Körperschaftssteuer für die ausgeschütteten Dividenden:

100
– 51
– 15

---

34 bleiben übrig im Unternehmen.

Nehmen wir nun an, der Aktionär müsse 50 Prozent Einkommenssteuer zahlen, weil er ein Großaktionär ist. Zunächst werden ihm 25 Prozent Kapitalertragssteuer abgezogen, die bekommt er dann wieder angerechnet, so daß er im Endeffekt 50 Einkommenssteuer zahlen muß. Von dem Profit von 200 sind also insgesamt 84 übrig geblieben nach Abzug der Steuern, 34 im Unternehmen und 50 in der Hand des Aktionärs. Die Steuer macht also insgesamt 58 Prozent aus. Solche Rechnungen machen die Kapitalisten, und wer will da bezweifeln, daß es ein schweres Los ist, Kapitalist zu sein.

Aber nur ein kleiner Teil der Profite wird versteuert

Schaut man dagegen die Statistik an, so erhält man schon ein anderes Ergebnis. Im Jahr 1975 betrug das sogenannte „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" 225 Milliarden DM. Die Steuereinnahmen aus Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer und Einkommenssteuer betrugen 40,3 Milliarden DM, also 17,9 Prozent. Die Steuergesetze sind also so, daß die Kapitalisten nur auf einen Bruchteil ihrer Profite Steuern entrichten müssen. Die Abzüge vom Lohn sind dagegen im Durchschnitt etwa doppelt so hoch.

In Wirklichkeit sind jedoch die Profite noch weit höher als es diese offizielle Statistik angibt und entsprechend ist die prozentuale Besteuerung der Profite noch weit geringer. Einen Großteil der Profite können die Kapitalisten als Unkosten verbuchen. Einen Großteil ihrer privaten Ausgaben für ihr Luxusleben können die Kapitalisten als Unkosten ihres Unternehmens verbuchen: Spesen, Dienstwagen, Kunstgegenstände, Schmiergelder, Tantiemen, Geschäftseinrichtung usw. Alles Gelder, mit denen sie ihr eigenes Luxusleben und das Leben ihrer Geschäftsfreunde, Huren und Manager bezahlen. Als Unkosten sind es Abzüge vom zu versteuernden Gewinn.

Mit Abschreibungen werden aus Profit Kosten des Unternehmens gemacht

Das geht z.B. so: Ein Kapitalist kauft ein teures Picasso-Gemälde für das Vorstandszimmer – „Geschäftsausstattung". Nach einiger Zeit ist es abgeschrieben, das heißt nach und nach als Unkosten verbucht. Danach ist es wertmäßig nicht mehr in der Bilanz. Als Abschreibung konnte er es vom zu versteuernden Gewinn abziehen. Ist es
versteuernden Gewinn abziehen. Ist es
abgeschrieben, taucht es in der Bilanz nicht mehr auf, ist als Wert verschwunden und findet sich in der Villa des Kapitalisten wieder. Daß es so ist, kann man an der Bilanz einer beliebigen Aktiengesellschaft ablesen. Zum Beispiel an der Bilanz der Siemens Aktiengesellschaft. Da wird der Vermögenswert der Geschäftsausstattung 1975 mit 352 Millionen DM angegeben. Im gleichen Jahr betragen die Abschreibungen für Geschäftsausstattung 351 Millionen DM. Die Siemens-Kapitalisten erklären also in ihrer Bilanz, daß sie ihre gesamte Geschäftsausstattung einmal im Jahr völlig erneuern. Wohin ist der Wert der nur ein Jahr alten Geschäftsausstattung verschwunden?

Genauso geht es mit den Abschreibungen auf Maschinen. Aus der gleichen Siemens-Bilanz geht hervor, daß die Maschinenanlagen zu einem Drittel pro Jahr abgeschrieben werden, das heißt also im Durchschnitt alle drei Jahre vollständig verschlissen sind und erneuert werden. Natürlich stehen die meisten Maschinen nach drei Jahren noch gut erhalten und gepflegt in den Werkhallen, denn sie verschleißen nicht schon in drei Jahren. Was mit den Abschreibungen als Ersatz für verschlissene Maschinen in der Bilanz ausgewiesen wird, sind in Wirklichkeit zu einem großen Teil neue Maschinen, die zu den alten Maschinen dazukommen. Sie werden zum Teil in neuen Werkhallen aufgestellt, die auf die gleiche Weise durch Abschreibungen finanziert sind, angeblich also um alte Werkhallen zu ersetzen. Nach den Abschreibungen für Grundstücke und Gebäude zu schließen, sind diese bei Siemens nach 15 Jahren nicht mehr zu gebrauchen, ja selbst der Boden, auf dem sie stehen, verbraucht sich auf diese Weise in der Bilanz, obwohl die Bodenpreise ständig steigen.

Man könnte eine beliebige andere Bilanz anschauen und käme zum gleichen Ergebnis. Sowohl das Luxusleben der Kapitalisten als auch die Erweiterungsinvestitionen erscheinen nicht als Profit und müssen entsprechend nicht besteuert werden.

Die Wirkung der neuen Körperschaftssteuer

Die Körperschaftssteuer muß also nur auf einen geringen Teil der tatsächlichen Profite gezahlt werden. Die geplante Körperschaftssteuerreform soll jetzt die Besteuerung weiter verringern. Das geschieht in der Weise, daß die Körperschaftssteuer erhöht wird, die Körperschaftssteuer auf die Dividende aber nun ganz von der Einkommenssteuer abgezogen werden kann. Die Körperschaftssteuer auf die einbehaltenen Gewinne wird auf 56 Prozent erhöht, die Körperschaftssteuer auf die Dividende wird auf 36 Prozent erhöht. Um die Auswirkungen zu untersuchen, kommen wir auf unser Rechenbeispiel zurück, wohl wissend, daß die angenommenen 200 nur einen kleinen Bruchteil des tatsächlichen Profits ausmachen.

Von den 100, die im Unternehmen bleiben, gehen jetzt 56 Prozent ab und
bleiben, gehen jetzt 56 Prozent ab und
zusätzlich 36 auf die anderen 100, die als Dividende ausgeschüttet werden.

100
– 56
– 36

---

8 bleiben übrig im Unternehmen.

Die Dividende wird wieder zu 50 Prozent besteuert, von den 50 Einkommens- und Kapitalertragssteuer können aber jetzt 36 abgezogen werden. Der Aktionär muß also nur 14 Steuer zahlen und behält 84 auf der Hand. Insgesamt bleiben nach Abzug der Körperschaftssteuer und der Einkommenssteuer nun 92 gegenüber 84 im vorigen Beispiel vor der Körperschaftssteuerreform. Insgesamt müssen jetzt von den 200 108, das sind 54 Prozent, Steuern gezahlt werden, und das den Kapitalisten verbleibende Einkommen ist um fast 10 Prozent gestiegen. 1 Milliarde weniger Steuern für die Kapitalisten, das sind rund 10 Prozent der bisherigen Körperschaftssteuer, soll nach offiziellen Schätzungen bei der Reform derKörperschaftssteuer rauskommen. (Süddeutsche Zeitung, 22. Mai)

Mehr Geld für Spekulation und Luxus des Finanzkapitals

Die Steuerverminderung für die großen Aktionäre ist die wichtigste Wirkung der Körperschaftssteuerreform. Zugleich aber bewirkt sie, daß die Steuerminderung um so größer ist, je mehr Gewinn als Dividende ausgeschüttet wird und je weniger im Unternehmen verbleibt. Die Kapitalistenklasse wird also vor allem als verschwenderische und spekulierende Klasse gestärkt. Sie bekommt mehr Geld in die Hand zum Ausgeben, zum Spekulieren und für den Kapitalexport. Das stärkt wiederum das Bankkapital, über das alle Geldgeschäfte laufen.

Direkter Zugriff auf die Sparbeträge der Lohnabhängigen

Mit der Einkommenssteuerreform und dem Haushaltssicherungsgesetz war zuvor die staatliche Förderung des Sparens abgebaut werden. Über die Verringerung der Besteuerung auf Dividenden wird nun darauf spekuliert, daß die Lohnabhängien, statt Sparbücher anzulegen, sich Aktien kaufen. Auf diese Weise wollen die großen Aktiengesellschaften an das Geld der Sparer direkt rankommen, indem sie neue Aktien ausgeben. Durch den Abbau der Sparförderung und die Verminderung der Dividendenbesteuerung wollen sie die Lohnabhängigen dazu bringen, ihre Spargelder in Aktien anzulegen, und sie in ihre Börsenspekulation hineinziehen. Das ist es, was die bürgerlichen Politiker als die soziale Seite der Körperschaftssteuerreform ausgeben. Das Parasitenleben der Finanzbourgeoisie verbessern und die Spargelder der Lohnabhängigen, vor allem aber der höher verdienenden Angestellten und Beamten, für ihre Spekulationsgeschäfte und für den Kapitalex-
tionsgeschäfte und für den Kapitalex-
port zu bekommen, ist der Zweck dieser Körperschaftssteuerreform.

Die Einnahmeausfälle für seinen Staat sieht das Finanzkapital wunderbar ausgeglichen durch die steigende Lohnsteuer, und wo dies nicht reichen sollte, ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer geplant. Im Gegensatz zur Körperschaftssteuer wirkt die Lohnsteuer progressiv mit ständig steigenden Steuersätzen auf den inflationierten Lohn. Und mit den indirekten Steuern wird erreicht, daß auch noch die niedrigsten Löhne und Renten besteuert werden. Der Staatsapparat, mit dem die Finanzbourgeoisie ihre Parasitenexistenz und die kapitalistische Ausbeutung, auf der sie beruht, schützen läßt, wird als mächtiger Hebel der Umverteilung an die Börse des Finanzkapitals benutzt. Das zeigt deutlich die folgende Aufstellung. Während das Bruttosozialprodukt von 1966 bis 1975 um 112 Prozent anstieg, stiegen die Steuern der Lohnabhängigen um 150 Prozent, die der Kapitalisten um 60 Prozent. Im ersten Vierteljahr 1976 ist die Lohnsteuer um 20 Prozent aufgrund der Lohnsteuerreform angestiegen, während die Gewinnsteuern insgesamt um 8,4 Prozent zugenommen haben. Was die Kapitalisten noch nicht durch die Ausbeutung holen, holen sie durch die Ausplünderung durch den Staat, und das ist dieser an die Kapitalistenklasse weiterleitet, holt er wieder durch erhöhte Ausplünderung der Massen herein. (bb)

Anstieg der Steuern von 1966 bis 1975

Lohnsteuer	plus	174 %
indirekte Steuern	plus	97 %
zusammen	plus	150 %
Einkommenssteuer	plus	74 %
Körperschaftssteuer	plus	30 %
Kapitalertragssteuer	plus	54 %
zusammen	plus	60 %

Durch einen Fehler in der Herstellung ist in der letzten KVZ die unkorrigierte Fassung des Artikels über den Bundeshaushalt abgedruckt worden. Die darin enthaltenen Zahlen über die prozentuale Verteilung der Haushaltsmittel weicht von den Daten in der beigefügten Grafik ab. Die Abweichung ist zurückzuführen auf eine andere Berechnungsmethode. In der ersten Fassung war der Ausgabenposten „Sonstiges", der vor allem an die Landwirtschaft geht, ganz ausgeschlossen, ebenso die Zahlungen an die EG und von der EG. Wir drucken die Grafik mit einer Erläuterung der Posten im folgenden noch einmal ab.

Die in die Bundeskasse 1975 eingetriebenen Steuern wurden gezogen:

1. Aus Profit	
Bundesanteil an der veranlagten Einkommensteuer	12040 Mio
Bundesanteil an der Körperschaftssteuer	5027 Mio
Bundesanteil an der Kapitalertragssteuer	1123 Mio
Kapitalverkehrssteuer	1743 Mio
15,7 % des Bundesanteils an der Umsatzsteuer	5795 Mio
15,7 % der Verbrauchssteuern des Bundes und der Zölle	5393 Mio
15,7 % des Bundesanteils an der Gewerbesteuer	541 Mio
15,7 % der Ergänzungsabgabe	109 Mio
	31771 Mio (25,2 %)
2. Aus Lohn:	
Bundesanteil von der Lohnsteuer	30612 Mio
84,3 % des Bundesanteils der Umsatzsteuer	31117 Mio
84,3 % der Verbrauchssteuern des Bundes und der Zölle	28955 Mio
84,3 % des Bundesanteils an der Gewerbesteuerumlage	2903 Mio
84,3 % der Ergänzungsabgabe	585 Mio
	94173 Mio (74,8 %)

An die EG fließen für Verfolgung der imperialistischen Absichten der westdeutschen Bourgeoisie davon 5932 Mio, die im Bundeshaushalt nicht mehr ausgewiesen werden, so daß 120022 an Steuereinnahmen ausgewiesen wurden. Zur Deckung des Haushalts bekam die Regierung vom Finanzkapital 29,9 Mrd. DM Kredit.

Einnahmen des Bundes 1975: 155,8 Mrd.
Kredite 29,9 Mrd.
Steuern aus Profit 31,8 Mrd. 25,2 %
Steuern aus Lohn 94,2 Mrd. 74,8 %
1975 vom Bund eingezogene Steuern

Geplante Ausgaben des Bundes 1976: 164 Mrd.
Zahlungen an die EG
Für Erhöhung der Profite 50,3 Mrd. 30,7 %
Für Unterdrückung der arbeitenden Klassen und imperialistische Politik 57,3 Mrd. 34,9 %
4,3 Mrd. 2,6 % Sonstige
Vom Staat zwangsverwaltete Gelder, die in das Gesamteinkommen der Lohnabhängigen einfließen 52,2 Mrd. 31,8 %
Bundeshaushalt 1976

Bundeshaushalt 1976

Ausgaben im Haushaltsentwurf 1976

(Die EG-Abgabe erscheint im Haushalt gar nicht mehr, wird aber für Zwecke der imperialistischen Expansion und zur Erhöhung der Profite verausgabt.)

1. Für Erhöhung der Profite
(Ausgaben für Entwicklungshilfe, Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschule, Kindergeld an die Kapitalisten, Arbeitsförderungsmaßnahmen, Sparförderung, Wohnungsbauförderung, Energie und Wasserwirtschaft, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Wirtschftsunternehmen des Bundes, Zinsen für Schulden.)
50,3 Mrd. 30,7 %

2. Für Unterdrückung der arbeitenden Klassen und imperialistische Politik
(Ausgaben für Politische Führung und zentrale Verwaltung, für Auswärtige Angelegenheiten, Militär, Polizei, Justiz, Wissenschaftsverwaltung, Politische Bildung, Kulturpflege, Kirchen, Verwaltung der Versicherungen, Steuerbehörden, Pensionen)
57,3 Mrd. 34,9 %

3. Nicht aufgegliederte Zwischenposten, vor allem Zahlungen an die Landwirtschaft
4,3 Mrd. 2,6 %

4. Vom bürgerlichen Staat zwangsverwaltete Gelder, die in das Gesamteinkommen der Lohnabhängigen eingehen
(Renten- und Knappschaftsversicherung, Zuschüsse, Unfall- und Krankenversicherung, Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe, Kriegsopferrenten, Arbeitslosenhilfe, Gesundheitswesen, Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten)
52,2 Mrd. 31,8 %

Bundeskanzler Schmidt: „Modell Deutschland" mit dem Kapitalistenverbandschef ausgebrütet

Der CDU-Abgeordnete Barzel hat am 11. Mai im Bundestag dem Bundeskanzler Schmidt vorgehalten, die von Schmidt entworfene Wahlplattform der SPD, die mit dem Begriff des „deutschen Modells" hausieren geht, sei vom ehemaligen Kapitalistenverbandschef Otto A. Friedrich abgeschrieben. Was Schmidt vortrage, sei nur das „Plagiat dieses Modells" des Schleyer-Vorgängers.

Bundeskanzler Schmidt hat gleich am nächsten Tag auf diesen Vorwurf Barzels im Bundestag geantwortet:

„Ich möchte noch auf einen Vorwurf eingehen dürfen, den Herr Barzel gestern erhoben hat. Sie haben einen Freund von mir zitiert, einen Mann, mit dem ich 25 Jahre lang persönlich eng befreundet war, übrigens auch Herbert Wehner. Wir haben uns über ein Vierteljahrhundert gekannt und haben in diesem Vierteljahrhundert viele, viele Abende gemeinsam philosophiert, über Politik gesprochen. Es war bisweilen auch der eine oder andere Ihrer Parteifreunde dabei. Ich spreche von Otto A. Friedrich. Sie haben gemeint, der in unserem Regierungsprogramm für die nächsten vier Jahre enthealtene Ausdruck ***‚Modell Deutschland'*** *sei eigentlich ein Plagiat, er sei eigentlich einem Vortrag von Otto A. Friedrich entnommen, dessen Abdruck in einer Broschüre Sie hier demonstriert haben. Sie irren sich, und ich bitte Sie herzlich, mir das zu glauben. In jenen Gesprächen mit* ***Otto A. Friedrich*** *haben wir diesen Gedanken gemeinsam entwickelt (. . .).*

Otto A. Friedrich und ich und ein paar andere auch, die zu diesem Gesprächskreis gehörten, der regelmäßig in der Wohnung von Marion Gräfin Dönhoff in Hamburg zu tagen pflegte, waren uns in vielen Punkten einig, insbesondere in dem, daß das ***Zusammenwirken freier selbstverantwortlicher Gewerkschaften*** *auf der einen* ***mit ihrem Tarivertragspartner*** *auf der anderen Seite, so wie es bei uns in Deutschland in den letzte 15 Jahren mit ungeheurem Erfolg praktiziert worden ist, in der Tat etwas ist, das man als ein Modell bezeichnen könnte, wenn man an andere denkt, oder das man als ein Modell bezeichnen darf, wenn man daran denkt, wie es in der Zukunft weiter ausgestaltet werden muß.*

Wir haben auch viele Male über die Notwendigkeit der ***Beteiligung des Arbeitsnehmers am zukünftig gebildeten Produktivvermögen*** *gesprochen und*
Produktivvermögen *gesprochen und*
darin übereingestimmt. Otto A. Friedrich hat öffentlich darüber mehr gesprochen als viele andere von uns, aber ich nehme für mich in Anspruch, darüber auch gesprochen zu haben."

Den Kanzler Schmidt hatte nicht gestört, daß das Wahlprogramm der SPD mit den Auffassungen des Kapitalistenverbandschefs übereinstimmt. Ihn störte der Verdacht, daß er bloß abgeschrieben habe und nicht aus freien Stücken Kapitalistenpositionen vertrete. „Modell Deutschland", das ist die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen der Kapitalisten, organisiert durch die Gewerkschaftsführungen.

Der strahlende Glanz der Kulturrevolution wird immer leuchten

Auszüge aus einem Artikel zum 10. Jahrestag des Rundschreibens des Zentralen Komitees der KP Chinas

Aus Anlaß des zehnten Jahrestages des „Rundschreibens des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas", mit dem 1966 der Großen Proletarischen Kulturrevolution der Weg gewiesen wurde, haben die Redaktionen der Zeitungen „Renmin Ribao", „Hongqi" und „Jiengfangjun Bao" einen gemeinsamen Artikel veröffentlicht, aus dem wir im folgenden Auszüge veröffentlichen. Es wird darin die Verbindung gezogen zwischen der Kulturrevolution und dem gegenwärtigen Kampf gegen den Wind von rechts, wie er von Parteimachthabern auf dem kapitalistischen Weg wie Teng Hsiao-ping aufgerührt wurde. (Red.)

Das „Rundschreiben" ist in einem verbissenen Kampf entstanden, in dem sich das Hauptquartier des Proletariats mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze und das Hauptquartier der Bourgeoisie unter dem Anführer Liu Schao-tschi gegenüberstanden. (...)

Der Vorsitzende Mao sagte:

„Wenn die Große Proletarische Kulturrevolution nicht durchgeführt wird, wird es nicht gehen."

Diese große Revolution war langfristig vorbereitet worden, sie ist die unvermeidliche Folge des heftigen Kampfes, der sich zwischen den zwei Klassen, den zwei Wegen, den zwei Linien abgespielt hat. Während Jahren haben Liu Schao-tschi, dieser Renegat, Agent des Feindes und Verräter an der Arbeiterklasse, sowie seine Anhänger fieberhaft eine konterrevolutionäre, revisionistische Linie angewandt und verfolgten hartnäckig den kapitalistischen Weg. Sie behaupteten, die „(kapitalistische) Ausbeutung habe ihre Vorteile", und man müsse die „neudemokratische Ordnung konsolidieren"; sie haben eine große Anzahl von landwirtschaftlichen Kooperativen aufgehoben, die Erweiterung von Einzelparzellen für den Privatgebrauch und die freien Märkte gefördert; die Schaffung von Kleinunternehmen, die Festlegung der Produktionsnormen auf der Grundlage der Familie; sie haben reaktionäre Filme unter die Leute gebracht, wie „Die geheime Hofgeschichte der Tsing" und „Das Leben von Wou Hsiun". Sie sind der Kritik am Stück „Hai Jui wird seines Amtes enthoben" entgegengetreten. Kurz, sie widersetzten sich in allen Bereichen, mit aller Kraft der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao.

Während einiger Zeit hatte das Hauptquartier der Bourgeoisie unter Liu Schao-tschi die Macht innerhalb der Partei, im Bereich der Kultur- und Propagandaarbeit sowie an vielen anderen Stellen. In dem von ihm beherrschten Bereich der Ideologie und der Kultur hatte der Kapitalismus freie Bahn, der Revisionismus entfesselte sich und üble Elemente kamen massenhaft zum Vorschein, breiteten sich in Zeitungen und Zeitschriften, in Rundfunksendungen, in Büchern aus, insbesondere in literarischen und künstlerischen Werken. In bestimmten Bereichen des Überbaus war dadurch eine ernste Lage entstanden: Die Bourgeoisie übte dort die Diktatur über

Überbaus war dadurch eine ernste Lage entstanden: Die Bourgeoisie übte dort die Diktatur über

das Proletariat aus.

Liu Schao-tschi und seine Anhänger unterstützten lebhaft die Anwendung des materiellen Anreizes und die Verleihung von Prämien, die nach ihrer Meinung von erstrangiger Bedeutung sind; auf diese Weise veranlaßten sie die Leute, den kapitalistischen Weg einzuschlagen. In einer ziemlich großen Mehrheit der Fabriken und der anderen Betriebe lag die Führung nicht mehr in Händen von wahren Marxisten und der arbeitenden Massen. Die Grundlage unserer sozialistischen Wirtschaft war nicht fest. Wenn die Große Kulturrevolution nicht durchgeführt worden wäre, hätte es nicht mehr lange gedauert, bis die Konterrevolution sich auf nationaler Ebene breitgemacht hätte, unsere Partei eine revisionistische geworden und ganz China die Farbe gewechselt hätte.

Mit dem großen Scharfsinn des Marxisten-Leninisten hat der Vorsitzende Mao rechtzeitig die ernste Gefahr erkannt, die die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg darstellen, welche die Diktatur des Proletariats stürzen wollten.

Er schreibt im „Rundschreiben":

„Die Repräsentanten der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, sind ein Häuflein von konterrevolutionären Revisionisten; sie werden, sobald die Zeit dafür reif ist, die politische Macht an sich reißen und die Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Bourgeoisie umwandeln."

Und im gegenwärtigen Kampf gegen den rechtsabweichlerischen Wind, der die richtigen Urteile aufheben wollte, hat er folgendes gesagt:

„Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch."

Diese wichtigen Richtlinien des Vorsitzenden Mao untersuchen auf gründliche Art die Veränderungen, die in den Klassenverhältnissen aufgetreten sind, und die charakteristischen Eigenschaften des Klassenkampfes in der sozialistischen Periode, formulieren eine wissenschaftliche These – die Bourgeoisie existiert innerhalb der Kommunistischen Partei – und stellen eine Weiterführung des Marxismus-Leninismus dar; sie geben uns deutlicher die Richtung an, die bei der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats zu verfolgen ist. (...)

Die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg stellen für die Bourgeoisie die Hauptkraft dar bei ihrem Kampf mit dem Proletariat mit dem Ziel, den Kapitalismus zu restaurieren. Das Schlüsselproblem ist hier, daß diese Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg sich in die Organe der Diktatur des Proletariats infiltriert haben. Liu Schao-tschi, Lin Piao und Teng Hsiao-ping, diese Vorreiter der revisionistischen Linie, hatten alle einen großen Anteil der Macht innerhalb der Partei und des Staates inne; das versetzte sie in die Lage, diese Instrumente der Diktatur des Proletariats in Instrumente der Dik-



„Die Kulturrevolution ist nur die erste dieser Art gewesen. In der Zukunft werden solche Revolutionen notwendigerweise öfter stattfinden." (Mao Tsetung, Vorsitzender des Zentralen Komitees der Kommunistischen Partei Chinas)

tatur über das Proletariat umzuwandeln; so wa-

tatur über das Proletariat umzuwandeln; so wa-

ren sie im Versuch, den Kapitalismus zu restaurieren, wirksamer als die Bourgeoisie außerhalb der Partei.

Sie hatten die Möglichkeit, ihre Macht auszunützen, um Kapitulanten und Renegaten zu rekrutieren, Klüngel im Dienst ihres persönlichen Ehrgeizes zu schaffen, Hauptquartiere der Bourgeoisie zu errichten, von der Spitze zur Basis hinunter eine revisionistische Linie auszuarbeiten und umzusetzen. Sie konnten das bürgerliche Recht verstärken und ausweiten, ihre Interessen als „hohe Würdenträger", die den Revisionismus anwenden, verteidigen, sich große Mengen an gesellschaftlichem Reichtum aneignen und diese verschwenden, sich voll in das kapitalistische Unternehmen stürzen und die sozialistischen Produktionsverhältnisse untergraben und zersetzen. Sie legen sich immer einen marxistisch-leninistischen Deckmantel zu und tragen unterschiedliche Schilder, was ihnen erlaubt, Leute zu täuschen und zu betrügen – wenn auch nur vorübergehend – die nicht wissen, woher der Wind weht und deren politisches Bewußtsein mangelhaft ist, um sie dem revisionistischen Weg folgen zu lassen, den sie ausgearbeitet haben. (...)

„Die drei Direktiven zum Haupthebel machen", dies war das politische Programm Teng Hsiao-pings für seine Bestrebungen, die richtigen Urteile aufzuheben und die alte Ordnung wieder einzuführen. Dieses revisionistische Programm predigte die Theorie des Absterbens der Klassenkämpfe und die Theorie der Produktivkräfte, widersetzte sich der Theorie des Klassenkampfes als Hauptkettenglied, bekämpfte die Grundlinie der Partei und leugnete die Notwendigkeit der Großen Proletarischen Kulturrevolution. (...)

„Sich der ideologischen Positionen bemächtigen", auf diese Weise bereitete Teng die Meinung vor, um die richtigen Urteile aufheben zu lassen und die alte Ordnung wieder einzuführen. Nachdem er wieder an der Macht war, insbesondere seit Juli, August und September des letzten Jahres, begannen sich politische Gerüchte und seltsame Behauptungen in großem Umfang zu verbreiten. Deren Ursprung mußte bei Teng gesucht werden; es war die Gerüchteküche Teng & Co., die dieses Geschwätz in Umlauf brachte. So griffen diese Leute zu allen möglichen niederträchtigen Mitteln, um eine Strömung konterrevolutionärer Meinungen hervorzubringen, den Gemütern der Menschen durch demagogische Manöver zu schmeicheln, um eine Spaltung herbeizuführen, wobei immer die Speerspitze auf das Zentrale Komitee der Partei mit dem Vorsitzenden Mao an der Spitze gerichtet war; diese ganzen Machenschaften waren auf die Usurpation der Partei- und Staatsführung durch Teng ausgerichtet.

„Zuerst die Führungsmannschaften in die Hände nehmen", darauf lassen sich die organisatorischen Maßnahmen zurückführen, die Teng getroffen hatte, um die richtigen Urteile aufzuheben und die alte Ordnung wiederherzustellen. Er war gegen die revolutionären Führungen mit Dreierverbindungen, bekämpfte und verdrängte die alten, mittleren und jungen Kader, die der re-

volutionären Linie des Vorsitzenden Mao treu

volutionären Linie des Vorsitzenden Mao treu

waren, scharte Verantwortliche auf dem kapitalistischen Weg, die nicht bereut hatten, um sich und vertraute ihnen wichtige Posten an; er stellte „Kommandos" zusammen, um die richtigen Urteile aufzuheben und die alte Ordnung wieder einzuführen. Er bemühte sich, die Renegaten und Sonderagenten, die in der Großen Kulturrevolution entlarvt worden waren, in der Partei zu behalten, um sie eines Tages wieder in den Sattel heben zu können.

„In allen Bereichen wieder Ordnung herstellen", darauf lief der Aktionsplan Tengs hinaus, um die richtigen Urteile aufzuheben und die alte Ordnung wieder herzustellen. Und bei seinem ersten Befehl in dieser Richtung setzte ein übler Wind ein, der die richtigen Urteile aufheben wollte. Die Linie und die revolutionären Maßnahmen des Vorsitzenden Mao, die Errungenschaften der Kulturrevolution, die Überlegenheit des sozialistischen Systems, alles wollte er „wieder in Ordnung bringen", d.h. er wollte dies alles wegfegen. So bedeutete „Wiederherstellung der Ordnung" eigentlich: der Bourgeoisie erlauben, das Proletariat anzugreifen, den Kapitalismus wieder einzuführen.

Alle diese Schritte Tengs stellten die Fortsetzung und Entwicklung des reaktionären „Februar-Plans" (der Liu Schao-tschi-Gruppe von 1966, Red.) dar, der vom Vorsitzenden Mao bereits im „Rundschreiben" kritisiert worden war. (...)

Dieser kapitalistische Weg, den er eingeschlagen hatte, war darauf ausgerichtet, zur halbkolonialen und halbfeudalen Lage, in der sich das alte China befunden hatte, zurückzuführen, unser Land dem Imperialismus und Sozialimperialismus zu unterwerfen. Wie der Vorsitzende Mao im „Rundschreiben", die Vertreter der Bourgeoisie kritisierend, sagte, *„sind es treue Lakaien der Bourgeoisie und des Imperialismus, mit denen sie versuchen, die bürgerliche Ideologie der Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats sowie das kapitalistische Regime aufrechtzuerhalten; sie widersetzen sich der marxistisch-leninistischen Ideologie und dem sozialistischen Regime".*

„Ihr Kampf gegen uns ist ein Kampf auf Leben und Tod; dabei kann von einer Gleichheit überhaupt nicht die Rede sein. Dabei ist unser Kampf gegen sie ebenfalls unvermeidlich ein Kampf auf Leben und Tod."

Das große historische Verdienst der Kulturrevolution, die vom Vorsitzenden Mao persönlich ausgelöst und geleitet wurde, besteht darin, rechtzeitig und mit der notwendigen Entschlossenheit das Komplott der Restauration, das die Bourgeoisie innerhalb der Partei geschmiedet hatte, zu zerschlagen, ihre konterrevolutionäre, revisionistische Linie verurteilt zu haben, den Teil der Macht, den sie innerhalb der Partei und des Staates usurpiert hatte, zurückgenommen zu haben und das ständige Voranschreiten unseres Landes auf der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao gesichert zu haben; es besteht weiter darin, in Theorie und Praxis dieses bedeutende Problem gelöst zu haben, das sich heute der internationalen kommunistischen Bewegung stellt: die Diktatur des Proletariats zu konsolidieren und der Restauration des Kapitalismus zuvorzukommen. (...)

Wir haben großartige Siege errungen, aber der Kampf ist noch nicht beendet. Der Kampf um die Kritik an der konterrevolutionären, revisionistischen Linie Tengs muß vertieft geführt werden. Wir dürfen vor allem nicht in unserem Kampfwillen nachlassen. Die Handvoll Klassenfeinde ist ihrerseits nicht bereit, sich geschlagen zu geben. Nach den eingesteckten Mißerfolgen überlegen sie nun Taktiken und Mittel, die sie gegen uns verwenden könnten; das revolutionäre Volk muß darüber ein klares Bewußtsein haben. Der Vorsitzende Mao hat hervorgehoben:

„Lenin sprach von der Errichtung eines bürgerlichen Staates ohne Kapitalisten, der die Aufgabe hat, das bürgerliche Recht zu verteidigen. Wir selbst haben einen solchen Staat errichtet, der sich nicht von der alten Gesellschaft unterscheidet: Es existiert darin eine Hierarchie, Löhne auf acht verschiedenen Stufen, Verteilung nach der Leistung, Tausch zu gleichen Werten."

Solange solche Zustände herrschen, solange Klassen existieren, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, solange der Einfluß der Bourgeoisie, des Imperialismus, des Revisionismus auf internationaler Ebene weiterbesteht, wird die Tatsache, „daß die Verantwortlichen in der Partei auf dem kapitalistischen Weg nicht aufgehört haben, diesen Weg zu verfolgen", eine historische Erscheinung bleiben, die lange andauern wird. Beim 1. Jahrestag des „Rundschreibens" hatte uns der Vorsitzende Mao bereits gewarnt, daß *„die Kulturrevolution nur die erste dieser Art gewesen sei. In der Zukunft werden solche Revolutionen notwendigerweise öfter stattfinden."*

Im gegenwärtigen Kampf gegen den Wind von rechts hob er folgendes hervor:

„Nach der demokratischen Revolution sind die Arbeiter, die armen und mittleren Bauern nicht stehengeblieben; sie wollen die Revolution fortsetzen. Aber einige Parteimitglieder wollen nicht weitergehen, einige unter ihnen gehen sogar rückwärts und widersetzen sich der Revolution. Weshalb? Nachdem sie große Würdenträger geworden sind, wollen sie die Interessen ihrer Kaste verteidigen."

„Wird man die Revolution noch in hundert Jahren führen müssen? Noch in tausend Jahren? Man wird die Revolution noch führen müssen und sie immer führen müssen. Es gibt immer Leute, die

immer führen müssen. Es gibt immer Leute, die

sich unterdrückt fühlen; die kleinen Beamten, die Studenten, die Arbeiter, die Bauern und die Soldaten wollen nicht, daß die Großen sie unterdrücken, und deshalb wollen sie die Revolution machen. Wird es in tausend Jahren keine Widersprüche mehr geben? Wie sollte es da keine mehr geben! Es wird sie noch geben."

Wir müssen also ideologisch auf einen langanhaltenden Kampf gegen die Verantwortlichen auf dem kapitalistischen Weg und für die Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats gerüstet sein.

Anfang des Jahres sagte der Vorsitzende Mao: *„Ohne Kampf keine Fortschritte".*

„Mit einer Bevölkerung von 800 Millionen Menschen, wie könnte es da ohne Kampf gehen?" (...)

Das Proletariat ist in der Revolution optimistisch. Wir glauben an die Dialektik. Wir sind voll davon überzeugt: *„ ‚Das Neue löst das Alte ab.' Das ist ein allgemeines und ewig unumstößliches Gesetz des Weltalls."* (Über den Widerspruch)

Der Weg der Revolution wird zwar voller Windungen und Wendungen sein, aber die Wahrheit des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen ist unwiderstehlich. Die Volksmassen, die mehr als 95 Prozent der Bevölkerung darstellen, streben immer danach, die Revolution zu machen; die Revolution besiegt unvermeidlich die Reaktion; was entsteht, ist unvermeidlich stärker als was verfault ist. Dies ist das Gesetz der Geschichte. Mehr als ein Jahrhundert ist vergangen seit der Entstehung des Marxismus, und die alte Welt hat schon Einbrüche erlitten. Und heute steht für den Kapitalismus und Revisionismus, die dem Ende ihrer Existenz entgegensehen, der Niedergang als Beginn vom Ende an. Es ist möglich, daß die kleinen grotesken Gestalten, die gegen den Strom der Geschichte schwimmen, sich für einige Zeit durchsetzen können, aber schließlich werden sie vom Volk auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen.

So wie Marx und Engels sagten:

„Der Sturz der Bourgeoisie und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich." (Manifest der Kommunistischen Partei) (...)

Die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao ist unbesiegbar! Nichts kann uns in unserem Vorangehen aufhalten! Die Kulturrevolution wird immer im größten Glanz erstrahlen!

(eigene Übersetzung)